SACHVERSTÄNDIGENBÜRO MAG. GEORG STRAFELLA

ALLGEMEIN BEEIDETER UND GERICHTLICH ZERTIFIZIERTER SACHVERSTÄNDIGER

GZ 5 S 92/24 Z

VERKEHRSWERTGUTACHTEN



BLNR 6, 474/1118 Anteile, Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG 2002 an siehe BLNR 4 (Geschäftslokal Top 1 Garten) GB 01605 Floridsdorf, EZ 248, GST 116, 1210 Wien, Hoßplatz 13

Verkehrswert der BLNR 6¹

rd. € 822.000,-

Auftraggeber: Dr. Ulla Reisch, als Insolvenzverwalterin

Landstraßer Hauptstraße 1a, 1030 Wien

Zweck: Sanierungsverfahren, GZ 5 S 92/24 z Objekt(e): Geschäftslokal (WE in Vorbereitung)

Stichtag: 12.06.2024 (auftragsgemäß)

Datum: 14.10.2024

Mittersteig 13 Tel. +43/1/587 10 10 gs@strafella.at Bank Austria IBAN: AT90 1200 0509 8125 7001

1040 Wien Fax +43/1/587 10 10 - 31 BIC: BKAUATWW
UID Nr.: ATU 62924438 Mobil +43/676/611 26 35 www.strafella.at RLB NÖ-Wien AG IBAN: AT23 3200 0000 1164 9951

BIC: RLNWATWW

¹ Unter der Annahme von besonderen Bedingungen → siehe hierzu die Ausführungen unter Pkt. 1.1., 1.2.1., 2.4. und 4.1.1.

INHALTSVERZEICHNIS

1.	ALLGEMEINES	3
	 1.1. Auftrag 1.2. Prämissen der Bewertung 1.2.1. Konkrete Prämissen der Bewertung 1.2.2. Allgemeine Prämissen der Bewertung 1.3. Grundlagen, Quellen, Literatur, etc. 	3 3 3 5 9
2.	BEFUND	10
	 2.1. Lage der Liegenschaft 2.2. Lärmimmission - Straßenverkehr 2.3. Grundbuchstand, Rechte und Lasten, Widmung, etc. 2.4. Bewilligungen/Bescheide (auszugsweise), etc. 2.5. Liegenschaft – Außenanlagen, Grundstück und Gebäude 2.6. BLNR 6 – Geschäftslokal Top 1 Garten 2.7. Bestandsituation 2.8. Betriebskosten, Reparaturrücklage und Stand der Reparaturrücklage 	10 15 16 18 19 20 24 25
3.	METHODIK	26
	 3.1. Allgemeines 3.2. Ertragswertverfahren (gem. \$ 5 LBG) 3.3. Vergleichswertverfahren (gem. § 4 LBG und § 10 LBG) 	26 26 29
4.	BEURTEILUNG & BEWERTUNGSGRUNDLAGEN	32
	 4.1. Beurteilung 4.2. Grundkostenanteil und anteiliger Bodenwert 4.1. Ertragswertverfahren 4.1.1. Nettomietzins/Jahresrohertrag 4.1.2. Bewirtschaftungskosten 4.1.3. Kapitalisierungszinssatz (gem. LBG) 4.1.4. Restnutzungsdauer (RND) 4.1.5. Vervielfältiger 4.1.6. Bauschäden/Reparaturrückstau 4.2. Rechte und Lasten 4.3. Anpassung an den Markt 	32 32 33 33 35 35 36 36 36 37
5.	GUTACHTEN	40
	5.1. Verkehrswert der BLNR 6 – Geschäftslokal Top 1 Garten	40
6.	ANLAGEN	41
	 6.1. Grundbuchsauszug (auszugsweise) 6.2. Einheitswertbescheid 6.3. Fotos (Ausstattung/Zustand – Zeitpunkt der Befundaufnahmen) 6.4. Bewilligungen/Bescheide (auszugsweise) 6.4.1. Bauakt 6.4.2. Überwachung 	41 43 44 53 53 68
	6.5. Pläne (auszugsweise)6.6. Schreiben der Baupolizei MA 37	74 79
	 6.7. Kaufvertrag und Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum 6.8. Mietvertrag 6.9. Hausverwaltung 	84 92 96
	6.9.1. Betriebskostenvorschreibung 2024 6.9.2. Vorausschau 2024	96 97

1. ALLGEMEINES

1.1. Auftrag

Gegenstand des Gutachtens ist die Ermittlung des Verkehrswertes der BLNR 6, 474/1118 Anteile, Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG 2002 an siehe BLNR 4 (Geschäftslokal Top 1 Garten), auf der Liegenschaft 01605 Floridsdorf, EZ 248, GST 116, an der Adresse 1210 Wien, Hoßplatz 13.

```
KATASTRALGEMEINDE 01605 Floridsdorf
                                                      EINLAGEZAHL 248
BEZIRKSGERICHT Floridsdorf
Letzte TZ 1239/2024
WOHNUNGSEIGENTUM IN VORBEREITUNG
Plombe 1426/2024
Plombe 1501/2024
Plombe 1577/2024
Einlage umgeschrieben gemäß Verordnung BGBl. II, 143/2012 am 07.05.2012
 GST-NR G BA (NUTZUNG) FLÄCHE GST-ADRESSE
                            600
  116
      GST-Fläche
          Bauf. (10)
                                285
                                315 Hoßplatz 13
          Gärten(10)
Legende:
Bauf.(10): Bauflächen (Gebäude)
Gärten (10): Gärten (Gärten)
  4 ANTEIL: 644/1118
    H13 Immobilienprojekt GmbH (FN 447585p)
    ADR: Kärntner Ring 14/8+9, Wien 1010
     a 2274/2016 IM RANG 1343/2016 Kaufvertrag 2016-03-03 Eigentumsrecht
     b 3067/2016 4391/2016 Übertragung des Rechts auf
        Wohnungseigentumseinräumung gem § 40 Abs 2 WEG 2002 Geschäftslokal
        Top 1 Garten für Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
  6 ANTEIL: 474/1118
    Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
    ADR: Singerstraße 6/5, Wien 1010
     a 3067/2016 Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG
        2002 an siehe BLNR 4
     b 4391/2016 IM RANG 4214/2016 Kaufvertrag 2016-09-08 Eigentumsrecht
     d 2230/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-06-07
 e 3483/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-09-18
```

Auftraggeber ist Dr. Ulla Reisch, Landstraßer Hauptstraße 1a, 1030 Wien, als Insolvenverwalterin des Sanierungsverfahren des Liegenschaftspakets der SABA GmbH (FN 397621m) Stichtag ist der 12.06.2024 (auftragsgemäß).

1.2. Prämissen der Bewertung

1.2.1. Konkrete Prämissen der Bewertung

Allgemeines

Der Wertermittlung werden nur die Umstände zugrunde gelegt, die im Rahmen einer üblichen, ordnungsgemäßen und angemessenen Erforschung des Sachverhaltes, vor allem und überwiegend aufgrund der vorgelegten Unterlagen und der erteilten Informationen sowie der örtlichen Begehung/Befundaufnahme am 17.05.2024 erkennbar oder sonst bekannt geworden sind. Im

Rahmen der Befundaufnahme wurden das ggst. Geschäftslokal sowie die Allgemeinteile und der Keller besichtigt.

Bauakteinsicht

Eine Bauakteinsicht wurde durchgeführt.

(Nutz)flächenangaben

Die Grundstücksfläche wurde dem Grundbuch entnommen. Gem. dem seitens der Schuldnerin zur Verfügung gestellten Einreichplan vom 10.06.2015 der E³ Architekten verfügt das ggst. Geschäftslokal über eine Nutzfläche von 415,64 m² und einen Garten mit 17,92 m². Beim Bewilligungsdezernat der MA 37 wurde ein Grundrissplan aus 01/2024 (Planwechsel) vorgefunden, der die bauliche Situation vor Ort besser wiedergibt. Im ggst. Fall wird dieser Plan herangezogen. Angemerkt wird, dass der Flächenstempel eine falsche Nutzfläche von 412,91 m² ausweist. Tatsächlich ergeben sich 418,91 m² plus Garten mit 17,92 m². Diese Flächen werden der Bewertung zugrunde gelegt. Die Differenz ergibt sich vor allem aus dem nicht umgesetzten/vorhandenen Kellerabgang.

Eine gesonderte Vermessung, d.h. Nachmessungen der Längenmaße, der Raumhöhen, der Gebäudehöhen und der (Nutz-) Flächen wurden seitens des Sachverständigen – sofern dies nicht explizit angegeben wurde - nicht durchgeführt. Sollten die angegebenen Maße nicht mit den tatsächlichen Maßen ident sein, verändern sich die Werte sinngemäß.

Bestandsituation

Das ggst. Geschäftslokal ist aufgrund eines unbefristeten Mietvertrages vermietet. Der ggst. Mietvertrag sowie die aktuelle Mietvorschreibung wurden dem gef. SV zur Verfügung gestellt und werden diese der Bewertung (tlw.) zugrunde gelegt.

Digitaler Kataster

Festgehalten wird, dass in die digitale Katastralmappe Einsicht genommen wurde und die darin dargestellten Grenzen nicht in der Natur überprüft wurden.

Anschlüsse, Haustechnik

Die beschriebenen elektrischen, heizungstechnischen, sanitären und sonstigen Einrichtungen, sowie sonstige Ver- und Entsorgungsleitungen (Anschlüsse) wurden - sofern nicht im Detail im Befund und Gutachten darauf eingegangen wird - nicht auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft und wird deren ordnungsgemäße Funktion bei der Bewertung vorausgesetzt.

Feststellungen hinsichtlich des Bauwerkes und des Bodens werden nur insoweit getroffen, wie sie für die Wertermittlung von Bedeutung sind.

Erhaltungszustand

Der Bau- und Erhaltungszustand des/der Gebäude(s) wurde ausschließlich durch äußeren Augenschein anlässlich der Befundaufnahme festgestellt und klassifiziert. Detaillierte Untersuchungen des Bauzustandes bzw. zerstörende Untersuchungen wurden nicht ausgeführt, weshalb etwaige Angaben über nicht sichtbare Bauteile und Baustoffe auf Auskünften, die dem gef. SV gegeben wurden, bzw. auf vorgelegten Unterlagen beruhen.

Altlasten/Kontamination

Die Liegenschaften wurden nicht auf Bodenkontaminationen untersucht, da dies nicht in das Fachgebiet des gefertigten Sachverständigen fällt. Stattdessen wurden jedoch der Verdachtsflächenkataster sowie der Altlastenatlas durch den Sachverständigen auf der Homepage des Um-

weltbundesamtes abgefragt. Entsprechend den Bestimmungen des Altlastensanierungsgesetzes hat der Landeshauptmann dem Bundesminister für Umwelt Verdachtsflächen bekannt zu geben. Der Verdachtsflächenkataster wird vom Umweltbundesamt geführt und beinhaltet jene vom Landeshauptmann gemeldeten Altablagerungen und Altstandorte, für die der Verdacht einer erheblichen Umweltgefährdung aufgrund früherer Nutzungsformen ausreichend begründet ist. Die Eintragung einer Liegenschaft in den Verdachtsflächenkataster dokumentiert keinesfalls, dass von der Liegenschaft tatsächlich eine erhebliche Gefahr ausgeht. Ob von einer Verdachtsfläche tatsächlich eine erhebliche Gefahr ausgeht, muss durch entsprechende Untersuchungen (z.B.: Boden- und Grundwasseruntersuchungen) nachgewiesen werden. Die ggst. Liegenschaft(en) ist/sind nicht im Verdachtsflächenkataster/Altlastenatlas verzeichnet (Abfrage, 10.06.2024).



GST 116

Wertminderungen durch Altlasten, wie z.B.: Bodenkontaminationen oder auch andere die Liegenschaft entwertende Altbodenverhältnisse sind nicht bekannt. Darüberhinausgehende Untersuchungen hinsichtlich etwaiger Bodenkontaminationen oder hinsichtlich anderer die Liegenschaft entwertender Altbodenverhältnisse sind nicht beauftragt.

Die Bewertung erfolgt auftragsgemäß ohne Durchführung einer Bodenuntersuchung aufgrund des üblichen Geschäftsgebrauches unter der Annahme, dass sich auf dem Bewertungsgegenstand keine Materialien und Stoffe befinden, welche auf einer höherwertigen Deponie als einer Baurestmassendeponie entsorgt werden müssen. Sollte sich nachträglich herausstellen, dass die Liegenschaft oder ein benachbartes Grundstück Kontaminationen aufweist, wäre eine Nachbewertung mit einer Boden- bzw. Bauwerksuntersuchung erforderlich. Eine eventuelle Wertminderung wäre durch den gefertigten Sachverständigen auf Basis dieser Untersuchungsergebnisse ergänzend festzustellen.

Untersuchungen des Baugrundes und sonstige bauphysikalische oder chemische Untersuchungen waren nicht Gegenstand des Auftrages und wurden nicht durchgeführt.

1.2.2. Allgemeine Prämissen der Bewertung

Energieausweis

Sofern kein Energieausweis über die Gesamtenergieeffizienz eines Gebäudes im Sinne der Richtlinie 2002/91/EG des Europäischen Parlamentes vorgelegt wurde, wird im Rahmen der Bewertung von einem, dem Alter und der Bauweise entsprechenden, durchschnittlichen Heizwärmebedarf ausgegangen.

Geldwerte Rechte & Lasten

Die Ermittlung des Verkehrswertes erfolgt geldlastenfrei. Allfällig begründete Pfandrechte, vorhandene Mietzinsreserven oder Rücklagen aus Erhaltungsbeiträgen sowie eventuell geleistete Mietzinsvorauszahlungen und erlegte Kautionen bleiben, sofern nicht im Detail darauf eingegangen wird, in der Bewertung außer Ansatz, da sie bei einer Veräußerung mit dem Käufer direkt zu verrechnen sind.

Außerbücherliche Rechte & Lasten

Außerbücherliche Rechte und Lasten finden nur dann Berücksichtigung, wenn sie dem Sachverständigen von Seiten des Auftraggebers bzw. den Parteien schriftlich bekannt gegeben wurden. Wenn diesbezüglich dem Sachverständigen keine Informationen bekannt gegeben wurden, basiert der ausgewiesene Wert des Gutachtens auf der Annahme, dass keine außerbücherlichen Rechte und Lasten vorliegen.

Fahrnisse, Inventar

Das vorhandene Inventar, Einrichtungsgegenstände und sonstige Fahrnisse wurden auftragsgemäß nicht mitbewertet.

Rundungsdifferenzen

Die Berechnungen in diesem Gutachten wurden computergestützt durchgeführt. Der Computer rechnet auf viele Stellen hinter dem Komma genau. Die Ergebnisse werden jedoch automatisch auf- oder abgerundet. Dies führt manchmal zu scheinbaren Rechendifferenzen, die für das Ergebnis jedoch ohne Bedeutung sind. Deshalb täuscht eine Berechnungsschärfe bis auf EUR 1,00 eine größere Genauigkeit nur vor. Weil aber bei Rundungen im Rechengang oft vermeintliche Ungenauigkeiten durch Leser des Gutachtens moniert werden, was zu unnützen Mehrarbeiten und Kosten führt, wird erst das Endergebnis angemessen gerundet.

ÖNORM B 1300/B 1301

Es wurde kein detailliertes bautechnisches Gutachten in Auftrag gegeben und wurde ein solches auch nicht erstellt. Ebenso stellen der gegenständliche Befund und das erstellte Gutachten keine Objektsicherheitsprüfung für Wohngebäude im Sinne der ÖNORM B 1300 bzw. für Nicht-Wohngebäude im Sinne der ÖNORM B 1301 dar. Sollte eine Objektsicherheitsprüfung gemäß ÖNORM B 1300 bzw. gemäß ÖNORM B 1301 seitens des Auftraggebers zusätzlich gewünscht werden, muss diese gesondert durch einen dafür geeigneten Sachverständigen erstellt werden. Im Übrigen kann dieses Gutachten ein Ankaufs- oder Verkaufsgutachten im Falle der Verwertung der Liegenschaft nicht ersetzen.

ÖNORM B 1998-1/ÖNORM EN 1998-1

Eine Prüfung des Gebäudes oder der Bestandeinheiten auf Systemsicherheit hinsichtlich Erdbebeneinwirkungen gemäß ÖNORM B 1998-1 bzw. ÖNORM EN 1998-1 und dem Eurocode 8 wurde vom Auftraggeber nicht beauftragt und vom gefertigten Sachverständigen dementsprechend auch nicht durchgeführt. Es können sich dadurch allfällige, maßgebliche und wertbeeinflussende Einschränkungen ergeben, welche nicht berücksichtigt sind. Es wird im Weiteren davon ausgegangen, dass die o.g. Systemsicherheit gewährleistet ist.

Haftung gegenüber Dritten

Die in diesem Gutachten erfolgte Befundaufnahme und Gutachtenserstellung erfolgt ausschließlich im Interesse des Auftraggebers bzw. sämtlicher Parteien im Verfahren. Haftungen des Sachverständigen gegenüber Dritten sind ausgeschlossen. Ausgenommen davon sind die dem Sachverständigen bei Beauftragung schriftlich, namentlich genannten Empfänger des Gutachtens. Gegenüber diesen wird gehaftet wie gegenüber dem Auftraggeber.

Gewährleistung

Im Falle von Gewährleistungsansprüchen des Auftraggebers gegenüber dem Sachverständigen aus dem abgeschlossenen Werkvertrag verzichtet der Auftraggeber unwiderruflich und ausdrücklich auf das Recht der Minderung oder Wandlung.

Haftpflichtversicherung

Für allenfalls eintretende Schadensfälle ist die Haftung auf Grundlage der vom gefertigten Sachverständigen erbrachten Leistungen für den einzelnen Schadensfall, soweit gesetzlich zulässig, mit insgesamt EUR 5.000.000,- begrenzt. Die zugrunde liegenden Versicherungsbedingungen gelten als vereinbart. Der Sachverständige haftet für Schäden jedenfalls dann nicht, wenn ihm nur leichte Fahrlässigkeit vorgeworfen wird oder es sich um Mängelfolgeschäden handelt.

Eine Abtretung von Ansprüchen des Auftraggebers gegen den Sachverständigen aus diesem Gutachten an Dritte ist unzulässig.

Mathematische Exaktheit

Angesicht der Unsicherheit einzelner in die Bewertung einfließender Faktoren, insbesondere der Notwendigkeit auf Erfahrungswerte zurückzugreifen, kann das Ergebnis der Bewertung keine mit mathematischer Exaktheit feststehende Größe sein.

Kurzfristiger Verkauf

Es wird gemäß ÖNORM B 1802, Pkt.3.3. darauf hingewiesen, dass der ermittelte Verkehrswert nicht notwendigerweise bedeutet, dass ein entsprechender Preis auch bei gleichbleibenden äußeren Umständen im Einzelfall jederzeit, insbesondere kurzfristig, am Markt realisierbar ist.

Verkehrswert (Streuung/Bandbreite)

Hinsichtlich der Genauigkeit und Leistungsfähigkeit der Verkehrswertermittlung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der in einem Gutachten gemäß § 2 Absatz 2 LBG ermittelte Verkehrswert nie ein stabiler Gleichgewichtspreis im Sinne der volkswirtschaftlichen Theorie eines vollkommenen Marktes sein kann. Immobilienmärkte sind ex definitione unvollkommene Märkte, weshalb es nicht den bestimmten oder bestimmbaren einzelnen Gleichgewichtspreis, also nicht eine Marktmiete, einen Kaufpreis, ein Leasingentgelt usw., sondern immer eine mehr oder weniger große Streuung (valuation spread) – eine marktkonforme Bandbreite – geben kann. Dementsprechend ist der im Gutachten ausgewiesene Verkehrswert mit einer entsprechenden Bandbreite nach oben oder unten zu sehen (range of valuation). Die angesprochene Bandbreite ist direkt abhängig von der Anzahl und Qualität vorliegender Marktdaten sowie von der Art der Immobilie.

Umsatzsteuer - Verkehrswert

Hingewiesen wird auf die umsatzsteuerlichen Auswirkungen des Budgetbegleitgesetzes 1998. Sollte die zu bewertende Sache mit Inrechnungstellung von 20 % Umsatzsteuer verwertet werden, ist diese Umsatzsteuer dem ermittelten Verkehrswert hinzuzurechnen – eine eventuelle Vorsteuerberichtigung ist dann nicht nötig. Wird die zu bewertende Sache ohne Inrechnungstellung von 20 % Umsatzsteuer verkauft, sind eventuell bereits geltend gemachte Vorsteuerbeträge anteilig zu berichtigen.

Umsatzsteuer - Vermietung

Bei Büro- und Geschäftsraumvermietung wird davon ausgegangen, dass der Mieter ausschließlich vorsteuerabzugsberechtigende Umsätze (§ 6 Absatz 2 UStG idF des 1. Stabilitätsgesetzes 2012) erzielt und der Vermieter berechtigt ist, dem Mieter Umsatzsteuer vorzuschreiben. Bei Wohnungsmietverträgen wird davon ausgegangen, dass die Wohnungen ausschließlich zu Wohnzwecken vermietet werden und keine geänderten Nutzungsarten gegeben sind bzw. Wohnungen nicht auch anders als zu Wohnzwecken genutzt werden. Für den nicht zu Wohnzwecken genutzten Anteil müssten ansonsten 0 % Umsatzsteuer mit Vorsteuerverlust oder 20 % Umsatzsteuer verrechnet werden.

Veränderungen wertrelevanter Faktoren/Einflussgrößen

Die vorliegende Wertindikation ist auf die angeführten Unterlagen und Informationen aufgebaut. Daraus ergibt sich zwingend, dass neue Unterlagen oder Informationen zu einer Änderung derselben und somit zu einem anderen Verkehrswert führen können. Das Gutachten beruht somit auf der derzeitigen Faktenkenntnis, die nicht vollständig sein muss. Ergeben neue Fakten wertrelevante Änderungen, so ist das Gutachten darauf abzustimmen. Ergeben sich neue Fakten oder Umstände, behält sich der Sachverständige ausdrücklich die Änderung oder Ergänzung dieser Wertermittlung bzw. der getroffenen gutachterlichen Schlussfolgerungen vor. Das Gutachten hat nur im Gesamten und nicht auszugsweise Gültigkeit.

Weiterverwendung, Vervielfältigung des Gutachtens

Die Veröffentlichung, Vervielfältigung oder Zitierung des Gutachtens oder dessen Mitteilung an Medien in Teilen oder gesamt darf jeweils nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des gefertigten Sachverständigen erfolgen. Eine, über den vereinbarten Verwendungszweck (Abhandlung des Insolvenzverfahrens) hinausgehende Verwendung des Gutachtens oder von Teilen des Gutachtens bzw. eine Weitergabe an Dritte (mit Ausnahme der Weitergabe an involvierte Dritte bzw. Veröffentlichung in der Ediktsdatei) ist ohne vorherige Zustimmung des gef. SV nicht gestattet.

1.3. Grundlagen, Quellen, Literatur, etc.

Grundlagen

- Befundaufnahme am 17.05.2024, von 13⁵⁰ bis 14³⁰, anwesend:
 - Mag. Georg Strafella, SV
 - Farnam Miad, MA der Schuldnerin
 - Manuel Unfried, MA der Schuldnerin
 - Mitarbeiter/Marktleiter der Untermieterin
- Umfeldbegehung & Fotodokumentation
- Liegenschaftsbewertungsgesetz (LBG) 1992
- Mietrechtsgesetz (MRG), Richtwertgesetz (RichtWG), etc.
- Wohnungseigentumsgesetz (WEG 2002)
- Flächenwidmung, Bebauungsplan und Katasterplan www.wien.gv.at/flaechenwidmung/public
- Grundbuchsauszug & Recherchen in der Urkundensammlung des Grundbuches
- Recherche und Bauakteinsicht bei der der zuständigen Baubehörde
- Bauordnung für Wien, in der derzeit gültigen Fassung
- Mündliche Erörterungen im Rahmen der Befundaufnahme
- Recherchen bei der Mautner Markhof Immobilien, Schubertgasse 13/5, 1090 Wien, Tel. 01 4700911, Email office@mm-immo.at

Bewertungs-/Fachliteratur, Artikel

- Stabentheiner, LBG-LiegenschaftsbewertungsG
- Ross-Brachmann-Holzner, Ermittlung des Bauwertes von Gebäuden und des Verkehrswertes von Grundstücken, 29. Auflage
- Seiser/Kainz, Der Wert von Immobilien, 2011
- Karauscheck/G. Strafella, Der Mietzins, 2. Auflage, 2014
- Kleiber, Simon, Weyers, Verkehrswertermittlung von Grundstücken, 7. Auflage, 2014
- Kranewitter, Liegenschaftsbewertung, 7. Auflage, 2017
- Popp, Empfehlungen für Herstellungskosten, Sachverständige, Hefte 02/2019-03/2023
- Seiser, Die Nutzungsdauer von Gebäuden, baulichen Anlagen, gebäudetechnischen Anlagen und Bauteilen, 2020
- ÖNORM B 1802-1, 2022
- Bienert, Funk, Immobilienbewertung Österreich, 4. Auflage, 2022

Sonstige Quellen, Marktberichte

- OIB Richtlinien online <u>www.oib.or.at</u>
- Lärmkarte auf www.laerminfo.at
- Adressortungssystem und Orthofotos auf <u>www.wien.gv.at/stadtplan</u>, <u>www.maps.google.at</u>, <u>www.bing.com/maps</u>
- Statistische Werte auf www.statistik.at, Statistik Austria
- Verdachtsflächenkataster bzw. Altlastenatlas www.umweltbundesamt.at
- Immobilienplattformen u.a. www.immobilien.net, www.willhaben.at
- Immobilien-Preisspiegel der WKO
- ÖROK
- Eigene Systembibliothek & Immobiliendatenbank

2. BEFUND

2.1. Lage der Liegenschaft

Die Liegenschaft befindet sich in 1210 Wien, Hoßplatz 13.



Quelle: https://www.wien.gv.at/





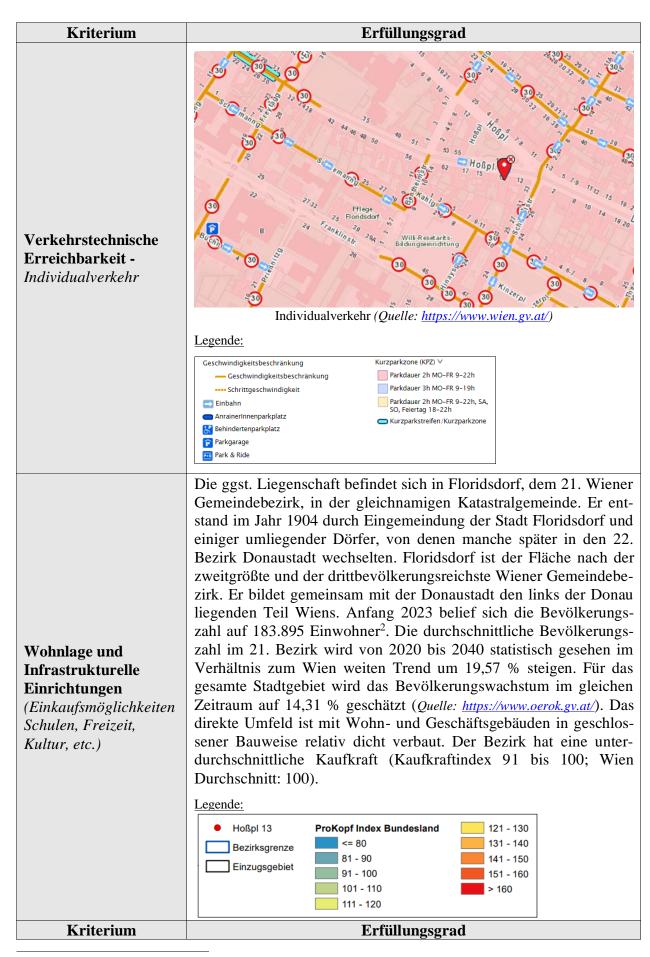


Quelle: www.googlemaps.at

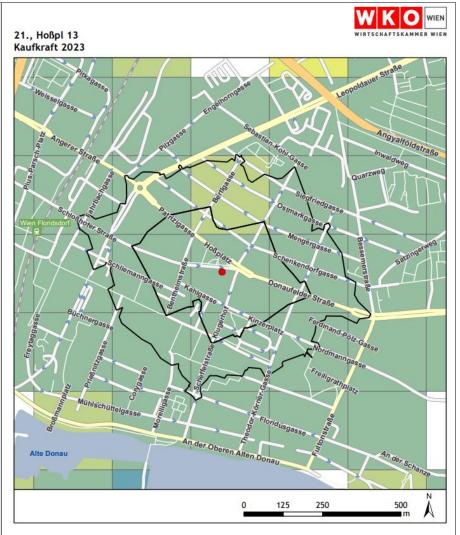
Die Lage einer Liegenschaft wird u. a. nach den folgenden Kriterien bemessen:

Kriterium	Erfüllungsgrad	
TXI ICCI IUIII		
Verkehrstechnische Erreichbarkeit - Öffentliche Verkehrsmittel	Bus: Linien 28A und 29A (Haltestelle "Patrizigasse") rd. 450 m entfernt Straßenbahn: Linien 25 und 26 (Haltestelle "Hoßplatz") direkt vor der ggst. Liegenschaft U-Bahn: Linie U6 (Station "Floridsdorf") rd. 600 m entfernt S-Bahn: Linien S1, S2, S3, S7 und diverse Regionalzugverbindungen (Station "Traisengasse") ebenfalls rd. 600 m entfernt Ø-Fahrzeit zum Zentrum (Stephansplatz): rd. 30 Min. (inkl. notwendiger Fußwege) Offentlicher Verkehr (Quelle: https://www.wien.gv.at/) Legende Ø Offentlicher Verkehr O U-Bahn Straßenbahn Bus Straßenbahn Aufzug in Station Taxistandplatz	
	4 Lokalbahn Wien−Baden ••• Regionalbus	
	-•- ASTAX	
Verkehrstechnische Erreichbarkeit - Individualverkehr	groß-/kleinräumig: vom Zentrum kommend z.B. über den Ring iVm. der Maria-Theresien-Straße, der Brigittenauer Lände, der A22 Donauufer Autobahn, der Hermann-Bahr-Straße, der Angerer Straße und der Patrizigasse erreichbar Einbahnen: in der Umgebung gibt es zahlreiche Einbahnregelungen; der Hoßplatz wird im Bereich der ggst. Liegenschaft von der Bentheimstraße in Richtung Scheffelstraße als Einbahn geführt; mit Ausnahme des Hoßplatzes und der Donaufelder Straße besteht in der Umgebung eine 30 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung Parkplatzsituation: Kurzparkzone in der Umgebung (Parkdauer 2 h, MO-FR 9-22 h); die Parkplatzsituation ist durchschnittlich angespannt; Parkgaragen sind in fußläufiger Umgebung vorhanden Ø-Fahrzeit zum Zentrum (Stephansplatz): rd. 25 Min.	

Seite 13 von 97



² Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Floridsdorf



Wohnlage und Infrastrukturelle Einrichtungen

(Einkaufsmöglichkeiten Schulen, Freizeit, Kultur, etc.)

<u>Nahversorgung:</u> die Einrichtungen der täglichen Nahversorgung befinden sich in unmittelbarer Umgebung (z.B. direkt auf der ggst. Liegenschaft bzw. am Hoßplatz oder in der Donaufelder Straße etc.) <u>Medizin. Versorgung:</u> Allgemeinmediziner, Zahn- und Fachärzte sind in der Umgebung vorhanden; die nächstgelegene Apotheke befindet sich in der Donaufelder Straße 22

<u>Kinderbetreuung:</u> zahlreiche private und öffentliche Kindergärten bzw. Kindergruppen sind in (un)mittelbarer Umgebung vorhanden, z.B. in der Schlosshofer Straße 52 oder 58, in der Theodor-Körner-Gasse 28, etc.

<u>Bildung:</u> Schulen f. unterschiedliche Altersklassen befinden sich z.B. in der Mengergasse 33 (VS), am Kinzerplatz 9 (MS), in der Franklinstraße 26 und 21 (AHS), etc.

<u>Freizeit:</u> diverse kleinere Parkanlagen wie z.B. der Joseph-Samuel-Block-Park oder die Parkanlage Kinzerplatz befinden sich in fußläufiger Entfernung; das Hallenbad Floridsdorf befindet sich in rd. 600 m Entfernung

<u>Geschäftslage</u>: die ggst. Liegenschaft befindet sich im 21. Bezirk, direkt am Hoßplatz; im ggst. Bereich ist ein annähernd durchgehender Geschäftsbesatz gegeben (Gastrolokale, Einzelhandel, etc.); durchschnittliche Passantenfrequenz

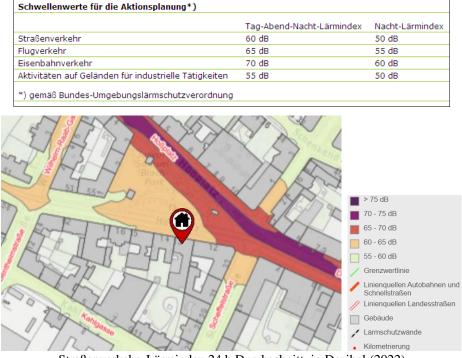
Seite 15 von 97



Infrastrukturelle Einrichtungen - Quelle: www.wien.gv.at/

2.2. Lärmimmission - Straßenverkehr

Gemäß den nachfolgenden Lärmkarten liegt der Tag- und Nachtlärmpegel für den Straßenverkehr im Bereich der ggst. Liegenschaft entlang des Hoßplates über den Schwellenwerten für die Aktionsplanung und somit in einer Konfliktzone (gemessen in 4 m Höhe³). Geringere bzw. keine Lärmbelästigung der hofseitig ausgerichteten Räumlichkeiten. Keine überdurchschnittliche Lärmbelästigung durch den naheliegenden Schienenverkehr.



Straßenverkehr, Lärmindex 24 h Durchschnitt, in Dezibel (2022)

³ In den Karten werden mit der grünen Grenzwertlinie auch die Schwellenwerte für die Aktionsplanung angezeigt. Beim Straßenverkehrslärm gilt für den Tag-Abend-Nachtlärmpegel L_{den} ein Wert von 60 dB (Dezibel) und für den Nacht-Lärmpegel L_{night} ein Wert von 50 dB.



Straßenverkehr, Lärmindex Nachtwerte, in Dezibel (2022)



Schienenverkehr, Lärmindex 24 h Durchschnitt, in Dezibel (2022)

2.3. Grundbuchstand, Rechte und Lasten, Widmung, etc.

Grundbuch	ch 01605 Floridsdorf		
BG	Floridsdorf		
EZ	248		
GST-NR	116		
GST-Fläche	600		
	BLNR 6, 474/1118 Anteile; Zusage der Einräumung von Woh-		
Grundbücherliche(r)	nungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG 2002 an siehe BLNR 4		
Eigentümer	(Geschäftslokal Top 1 Garten),		
	Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)		
	A2- Blatt:		
	Keine Eintragungen im A2-Blatt		
Grundbücherliche Rechte und Lasten C-Blatt: **********************************			

	auf Anteil B-LNR 6 a 2493/2020 Pfandurkunde 2020-06-09 PFANDRECHT Höchstbetrag EUR 1.000.000, für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d) b gelöscht 20 auf Anteil B-LNR 6 a 2253/2023 Vereinbarung 2020-12-29, Spezialvollmacht 2020-12-22, Nachtrag 2023-06-06 PFANDRECHT Höchstbetrag EUR 500.000, für Verius Capital AG b 2253/2023 Simultan haftende Liegenschaften EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 20 EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 31 EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 9 auf Anteil B-LNR 6 a 4673/2023 Hypothekarvereinbarung 2020-12-29, Nachtrag zur Hypothekarvereinbarung 2023-06-06 PFANDRECHT Höchstbetrag EUR 10.500.000, für Verius Capital AG (CHE-445.604.722) b 4673/2023 Simultan haftende Liegenschaften EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 21 EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 22 EZ 3022 KG 01210 Penzing C-LNR 32 EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 10		
Wahanaaaiaaataa	- Kaufvertrag und Zusage der Begründung von Wohnungsei-		
Wohnungseigentum	gentum, 08.09.2016		
Außerbücherliche Rechte und Lasten	Außerbücherliche Rechte und Lasten sind mit Ausnahme des Bestandverhältnisses nicht bekannt. Lt. Auskunft der BH-Abt. 34 der MA 6 bestehen für die ggst. WE-Objekte zum 27.05.2024 keine offenen Forderungen.		
Flächenwidmung	27.05.2024 keine offenen Forderungen. Gem. gültigen Flächenwidmungs- und Bebauungsplan der Stadt Wien, Plandokument 7216 (online) bestehen folgende Widmungs-/ Bebauungsbestimmungen: straßenseitig: GB Bauland-Gemischtes Baugebiet III Bauklasse III g geschlossene Bauweise hofseitig: GBGV Bauland-Gemischtes Baugebiet Geschäftsviertel I Bauklasse I g geschlossene Bauweise 4,5 m max. Gebäudehöhe 4,5 m Besondere Bestimmungen: Die Dächer von Gebäuden mit einer Grundfläche von mehr als 100 m², die auf den mit BB2 bezeichneten Flächen errichtet werden, sind als begrünte Flachdächer mit einer Neigung von maximal 5° auszubilden. Technische oder der Belichtung dienende Aufbauten sind im erforderlichen Ausmaβ zulässig.		



Flächenwidmungs-, Bebauungs- und Katasterplan (Quelle: https://www.wien.gv.at/)

2.4. Bewilligungen/Bescheide (auszugsweise), etc.

Im Bauakt liegen u.a. folgende Bewilligungen, Pläne etc. auf:

Datum	Dokument	Betreff/Anmerkung
20.04.1892	Plan	Erbauung eines 2 Stock hohen Hauses
10.08.1892	Plan	Rekonstruktion des Seiten- und Quertraktes im Hof
12.08.1907	Bescheid	Bewilligung Bauliche Umgestaltungen Einfriedungsmauer
23.07.1910	Bescheid	Bewilligung Bauliche Umgestaltungen an der linken Hausgrenze
28.10.1913	Bescheid	Betriebsanlagengenehmigung Fleischhauergewerbe
28.03.1914	Plan	Bauliche Herstellunge im Hoftrakt
28.03.1914	Bescheid	Bewilligung Bauherstellungen im Hoftrakt
25.07.1914	Bescheid	Benützungsbewilligung Bauliche Herstellungen im Hoftrakt
25.07.1914	Plan	Bauabänderungen im Hoftrakt
25.07.1914	Bescheid	Bewilligung Bauabänderungen im Hoftrakt
02.12.1924	Plan	Errichtung eines Magazins
02.12.1924	Bescheid	Bewilligung Bauliche Herstellungen Errichtung eines Magazins
09.07.1927	Plan	Stockwerksaufbau und Adaptierung im EG
09.07.1927	Bescheid	Bewilligung Bauherstellungen Aufsetzung Stockwerk im Hoftrakt und Adaptierungen im EG
29.08.1927	Bescheid	Benützungsbewilligung Stockwerksaufsetzung und Adaptierungsarbeiten
20.07.1928	Plan	Bauliche Umgestaltungen im linken Hofseitentrakt
20.07.1928	Bescheid	Betriebsanlagengenehmigung Fleischhauer und Fleischlaborgewerbe
20.07.1928	Bescheid	Bewilligung Bauliche Umgestaltungen im linken Hofseitentrakt
15.01.1941	Bescheid	Baubewilligung Feuermauerdurchbrüche
29.01.1958	Einreichplan	Errichtung einer Kleingarage
29.01.1958	Bescheid	Baubewilligung Errichtung einer Kleingarage
12.03.1962	Bescheid	Benützungsbewilligung Kleingarage
07.10.1963	Einreichplan	Pfeileraustausch bei der straßenseitigen Außenmauer
07.10.1963	Bescheid	Baubewilligung Pfeileraustausch bei der straßenseitigem Außenmauer
26.02.1980	Einreichplan	Bauliche Änderungen Geschäftslokal
26.02.1980	Bescheid	Bewilligung Bauliche Änderungen Geschätslokal im Erdgeschoß
13.08.1980	Bescheid	Benützungsbewilligung Bauliche Änderungen Geschäftslokal im Erdgeschoß
27.03.1981	Einreichplan	Errichtung einer Abortanlage
27.03.1981	Bescheid	Bewilligung Errichtung einer Abortanlage
08.06.1988	Bescheid	Bewilligung Gehsteigauf- und -überfahrt
11.12.1995	Einreichplan	Änderung der Kanalanlage
11.12.1995	Bescheid	Bewilligung Bauliche Änderungen der Kanalanlage
30.08.1996	Fertigstellungsanzeige	Änderung der Kanalanlage

In der <u>Überwachung</u>	1'	C 1 1 1	D '11'	D1 (
n dar I barwachiina	110001110	TOLOGODA	RAWILLIALINAAN	Plana atc alite
III UEL UDELWACIIIII9	HESEH ILA	TOTACHOL	DEWILIBUILBEIL	THANK KILL AND

Datum	Dokument	Betreff/Anmerkung
26.11.2015 Bescheid Baubwilligung Dachgeschoßzubau, eingeschossiger Zubau im Hof, Erri		Baubwilligung Dachgeschoßzubau, eingeschossiger Zubau im Hof, Errichtung eines
		Aufzugsschachtes, Gebrauchserlaubnis, Bewilligung nach der StVO, Gebrauchsabgabe
19.04.2016	Mitteilung	Nicht-Kenntnisnahme der Benennung des Prüfingenieurs, fehlende Unterfertigung durch den
		Bauführer, Nichtbenennung des baurechtlichen Geschäftsführers
20.04.2016	Strafanzeige	Keine Bekanntgabe des Baubeginns und kein baurechtlicher Geschäftsführer benannt
22.08.2016	Bescheid	Baueinstellung Errichtung eines 3. Obergeschoßes und Dachgeschoßes im Bereich des Straßentraktes,
		Zubau im Hof
31.08.2016	Bescheid	Baueinstellung Errichtung eines 3. Obergeschoßes und Dachgeschoßes im Bereich des Straßentraktes,
		Zubau im Hof
23.02.2017	Strafanzeige	Bauen ohne Baubewilligung Dachgeschoßzubau, Zubau im Hof
26.06.2019	Strafanzeige	Benutzen ohne Fertigstellung der Bauführung sowie ohne Fertigstellungsanzeige - Geschäftslokal im
		EG des Straßentraktes

Für das Gebäude besteht lt. Auskunft der MA 37, Fr. DI Hinteregger vom 19.06.2024 aktuell keine Fertigstellung/dh kein Konsens, es gibt zudem einen offenen (noch nicht bewilligten Planwechsel) von der Fa. H13, der vermutlich <u>zurückgewiesen</u> wird, da unvollständig (ua fehlen Unterschriften von der Fa. Sveta und sind lt. Auskunft auch div. techn. Details zu überarbeiten → siehe Aufforderung und Mitteilung der MA 37, Gebietsgruppe Ost − Großvolumige Bauvorhaben vom 17.05.2024 bzw. 29.05.2024 im Anhang). Lt aktueller Auskunft 08/2024 wurde der Planwechsel per 27.06.2024 zurückgewiesen. Prinzipiell müsste hierzu auch neu eingereicht werden, da die alte Bewilligung abgelaufen ist und somit kein Planwechsel mehr möglich ist → Frist bis 20.06.2024. Lt. Auskunft Dr. DI Hinteregger stimmen auch die berechneten Stellplatzverpflichtungen nicht und wurden angeblich auch die vorgeschriebenen Ausgleichsabgaben bis dato nicht bezahlt (Haftungsbescheid/offenes Verfahren; zuständig ist hierfür die Rechtsabteilung der MA 37, Hr. Tempelmayr)⁴; Seitens Fr. DI Hinteregger wurde zudem mitgeteilt, dass die Einreichung aus 2015 vermutlich als "quasi Konsens" gilt, obwohl die Baubewilligung vom 26.11.2015 verfallen ist, da der Bau bereits größtenteils konsumiert wurde.

Dies bedeutet It. Auskunft von Fr. DI Hinteregger wiederum, dass vermutlich kein Abbruch/Rückbau notwendig ist, eine Benützung dzt aber eigentlich trotzdem nicht zulässig ist. Es besteht daher die Möglichkeit eines/weiterer Strafbescheide(s) durch die Bauinspektion. Für eine Fertigstellung bedarf es It. Auskunft einer neuen Einreichung (für die gesamte Liegenschaft).

2.5. Liegenschaft – Außenanlagen, Grundstück und Gebäude

Die ggst. Liegenschaft EZ 248, bestehend aus dem GST 116, ist eine relativ eben gelegene, tarpezähnlich ausgestaltete Mittelliegenschaft, die am Hoßplatz über eine Straßenfrontlänge von rd. 15 m verfügt und eine Tiefe von rd. 40-42 m aufweist. Lt. Grundbuch verfügt die ggst. Liegenschaft über eine Grundstücksfläche von 600 m². Auf der Liegenschaft befindet sich ein um 1892 errichtetes, als Gründerzeit-Straßentrakter ausgeführtes, Wohn-/Geschäftshaus, bestehend aus einem Straßen- und einem Hoftrakt. Der Straßentrakt ist unterkellert, verfügt über ein EG, 3. OG und 1 DG⁵. Der Zugang erfolgt über den Hausdurchgang - die vertikale Erschließung erfolgt eine Stiege und einen Personenaufzug. Der Hof ist im EG fast komplett mit dem ggst. Geschäftslokal verbaut und gibt es rechts hinten auch einen kleinen hofseitigen Aufbau (Wohnung 4) im Obergeschoß⁶. Der seitliche Hoftrakt links im OG besteht nicht mehr/dürfte wieder rückgebaut worden sein.

Bis zur Gutachtensfertigstellung konnten hierzu keine weiteren Informationen recherchiert werden.

⁵ Lt. Planunterlagen wird das 3. OG als 1. DG und das DG als 2. DG bezeichnet; beide wurden nachträglich errichtet.

⁶ Lt. Auskunft wurde das bestehende Hofgebäude dabei nicht saniert, sondern abgebrochen und der Aufbau neu errichtet.

Ausstattung und Erhaltungszustand des ggst. Gebäudes (zum Stichtag)

Gewerk	Ausstattung
Konstruktion	Massivbauweise
Dachform/-deckung	Mansardendach, Blechdeckung; Flachdach, Bitumen, Kies
Dachrinnen	Saumrinnen, Fallrohre, tlw. innenliegend; funktionstüchtig
Fassaden/Außenputz	<u>Straßenfassaden</u> – ungegliederte Reibputzfassade, leichte Gestaltungselemente bei den Fenstern; <u>Hoffassaden</u> – ungegliederte Reibputzfassade, Wärmedämmung, Balkone
Türen	<u>Hauseingang/Hof:</u> doppelflügeliges Metalltor mit Oberlichten, Aluisolierglastür, (doppelflügelige) Aluisolierglastüren tlw. mit Oberund Seitenlichten; <u>Innentüren:</u> Metall-/ Holztüren in Metallzargen; <u>Wohnungen:</u> Sicherheitstüren
Fenster	Kunststoffisolierglasfenster
Stiegen	Betonwerkstiege mit einseitiger Betonbrüstung und einseitigem Metallhandlauf
Böden	Hauseinfahrt – gepflastert, Waschbetonplatten; Fliesen
Wände	gemalt, verputzt, mit Gliederungen im Eingangsbereich
Decken	gemalt, verputzt, Kranzgewölbe im Eingangsbereich
Keller	Metalltür in Metallzarge, Betonstiege mit einseitigem Metallhand- lauf, Betonboden, Wände Ziegelmauerwerk, tlw. verputzt/gemalt, Decken Ziegelmauerwerk, Beton; noch nicht ganz fertig gestellt
Anschlüsse/sonstiges	Alle notwendigen Ver- und Entsorgungseinrichtungen sind vorhanden, Rauchabzugsmelder; funktionstüchtig
Gemeinschaftsanlagen	Abgesehen vom Aufzug, sind keine bekannt
Personenaufzüge	vorhanden; Tragkraft 630 kg bzw. 8 Personen, KG-2. DG; funktionstüchtig
Heizung	Gaszentralheizung
Außenanlagen	EG: Hausdurchgang/kleiner Innenhof: Wellenverbund-Pflaster, Waschbetonplatten; OG: begehbares Flachdach: bekiest, Zugang W 4 betoniert, seitliche/hintere Hofmauer Altbetsand; Absturzsicherung/Metallgeländer; starke aufsteigende Feuchtigkeit an den Wänden des Durchgangs; Hausdurchgang noch nicht fertig saniert
Zustand	durchschnittlich-sehr gut

2.6. BLNR 6 – Geschäftslokal Top 1 Garten

Lage im Gebäude

Das ggst. Geschäftslokal befindet sich im Erdgeschoß und erstreckt sich auch über fast die gesamte Hoffläche. Der Zugang ist straßenseitig, aber auch über den Hausdurchgang/Innenhof (Warenanlieferung) gegeben.

Seite 21 von 97



Lageskizze im Gebäude (schematisch)

Größe & Konfiguration

Wie bereits unter Pkt. 1.2.1 Konkrete Prämissen der Bewertung ausgeführt, liegt ein Einreichplan aus 06/2015 über eine Nutzfläche von 415,64 m² vor. Zusätzlich gibt es einen "Garten" mit 17,92 m² (zukünftig WE-Zubehör). Die Nutzfläche teilt sich demnach wie folgt, auf die einzelnen Räumlichkeiten auf:

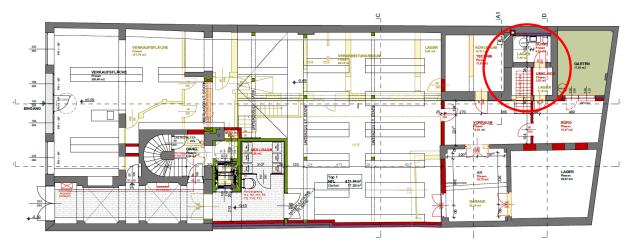
Geschoß	Raum	Nutzfläche	Faktor	gew. Fläche
	Verkaufsfläche	300,46 m ²	1,00	300,46 m ²
	Abstellraum	23,79 m²	1,00	23,79 m ²
	Lager	29,67 m ²	1,00	29,67 m ²
Erdasahal	Vorraum	19,26 m ²	1,00	19,26 m ²
Erdgeschoß	Technik	17,87 m ²	1,00	17,87 m ²
	Umkleid	2,92 m ²	1,00	2,92 m ²
	Dusche/WC	6,20 m ²	1,00	6,20 m ²
	Büro	15,47 m ²	1,00	15,47 m ²
(Wohn-)Nutzfläch	e gesamt	415,64 m²	1,00	415,64 m ²
Erdgeschoß	Garten	17,92 m²	0,10	1,79 m ²
gewichtete Fläche				417,43 m ²

Dieser Grundriss gibt die aktuelle Situation allerdings nicht ganz wieder. Es besteht keine interne Verbindungsstiege in den Keller.

-

Als kleiner Innenhof ausgeführt; mit Holzterrasse, wird für die Außengeräte der Klima-/Lüftungsanlage verwendet Mag. Georg Strafella

Seite 22 von 97



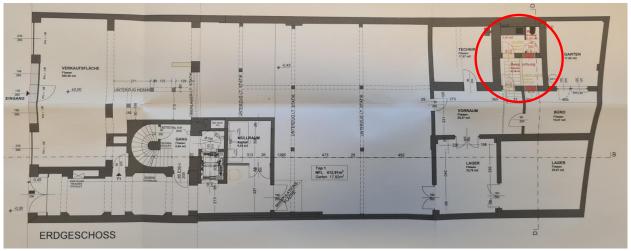
Grundriss Geschäftslokal Top 1 Garten (Einreichplan E³ Architekten 06/2015)⁸

Aus dem mittlerweile zurückgewiesenen Planwechsel aus 01/2024, der die Situation auch nicht ganz richtig, aber besser⁹ wiedergibt, ergibt sich wie folgt:

Geschoß	Raum	Nutzfläche	Faktor	gew. Fläche
	Verkaufsfläche	300,46 m ²	1,00	300,46 m ²
	Abstellraum	23,79 m ²	1,00	23,79 m ²
	Lager	29,67 m ²	1,00	29,67 m ²
	Vorraum	20,37 m ²	1,00	20,37 m ²
Erdgeschoß	Technik	17,87 m ²	1,00	17,87 m²
	Besprechung	6,16 m ²	1,00	6,16 m ²
	Vorraum/Teekü(?)	3,30 m ²	1,00	3,30 m ²
	WC	1,82 m²	1,00	1,82 m ²
	Büro	15,47 m ²	1,00	15,47 m ²
(Wohn-)Nutzfläche	e gesamt	418,91 m²	1,00	418,91 m²
Erdgeschoß	Garten	17,92 m²	0,10	1,79 m²
gewichtete Fläche				420,70 m²

Anmerkung: Die Gartenfläche wird mit einem Faktor von 0,1 gewichtet.

Die Konfiguration gestaltet sich wie folgt:



Grundriss Geschäftslokal Top 1 (Planwechsel – 20.01.2024; wurde per 27.06.2024 zurückgewiesen)

⁸ Die Planunterlagen waren/sind im Überwachungsakt nicht vorhanden

⁹ Im Bereich der ehem. Umkleide/Kellerabgang & Dusche/WC wurde gleich rechts ein WC-Raum eingebaut, der restliche Bereich ist offener Duschraum

Im ggst. Fall werden für die Bewertung eine Nutzfläche von rd. 418,91 m² und die Gartenfläche von 17,92 m² herangezogen.

Das ggst. Geschäftslokal verfügt über folgende(n) Ausstattung und Erhaltungszustand

Kriterium	Erfüllungsgrad
	<u>Türen:</u> Glasschiebetür
	Fenster: Aluglasportal
	Böden: Fliesen
Verkaufsfläche	Wände: gemalt
V OI IIII III III III III III III III II	Decke: gemalt
	Heizung: Heizluftschleier beim Eingang, Fußbodenheizung
	Ausstattung: Lüftungsanlage, Splitklimaanlage, Dome-Cam, Flucht-
	wegorientierungsbeleuchtung
	<u>Türen:</u> doppelflügelige Kunststoffisolierglastür
	Fenster: -
T	Böden: Fliesen
Lager	Wände: gemalt
rechts hinten	Decke: gemalt
	Heizung: Fußbodenheizung
	<u>Ausstattung:</u> mechanische Entlüftung/Lüftungsanlage Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, Lichtstrom
	Türen: doppelflügelige Kunststoffisolierglastür
	Fenster: Glasbausteine
	Böden: Fliesen
	Wände: gemalt; Blechpaneele, Wärmedämmung
Lager mit (2)	Decke: gemalt
Kühlhäusern	Heizung: Fußbodenheizung
	Ausstattung: mechanische Entlüftung/Lüftungsanlage, Warmwas-
	serboiler, Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, Wasseranschluss,
	Abfluss, Starkstromanschluss, Lichtstrom
	Türen: Holztüren in Metallzarge; Kunststoffisolierglastüren
	Böden: Fliesen
	Wände: gemalt
Lager Mitte	Decke: gemalt
o o	Heizung: Fußbodenheizung
	Ausstattung: Lüftungsanlage Sicherungskasten, Fluchtwegorientie-
	rungsbeleuchtung, Starkstromanschluss, Lichtstrom
	<u>Türen:</u> offener Durchgang
	Fenster: -
Lager links	Böden: Fliesen
Lager miks	Wände/Decke: Blechpaneele
	Ausstattung: Kühlhaus, Warmwasser-Boiler, Wasseranschluss, Ab-
	fluss, Starkstromanschluss, Lichtstrom
	<u>Türen:</u> Holztür in Metallzarge
	<u>Fenster:</u> -
	Böden: Fliesen
Abstellraum	Wände: gemalt
	Decke: gemalt
	Heizung: -
	Ausstattung: Lichtstrom

	Türen: Holztür in Metallzarge
	Fenster: -
	Böden: Fliesen
TT 11 '1 /D 1	Wände: gefliest
Umkleide/Dusche	Decke: gemalt
	Heizung: Fußbodenheizung
	Ausstattung: mechanische Entlüftung/Ventilator, 2 Waschbecken,
	Duschkabine, Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, Lichtstrom
	Türen: Holztür in Metallzarge
	Fenster: -
	Böden: Fliesen
	Wände: gefliest; kleinere Rissbildungen in den Fugen
WC	Decke: gemalt; kleinere Rissbildungen an Deckenichsen
	Heizung: Fußbodenheizung
	Ausstattung: mechanische Entlüftung/Ventilator Handwaschbecken,
	Hänge-WC mit Unterputzspülkasten und Spartastenfunktion,
	Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, Lichtstrom
	<u>Türen:</u> Holztür in Metallzarge
	Fenster: Kunststoffisolierglasfenster/-tür, Glasbausteine
	Böden: Fliesen
	Wände: gemalt
Büro	Decke: gemalt
	Heizung: Fußbodenheizung
	Ausstattung: Fluchtwegorientierungsbeleuchtung, Lichtstrom
	Terrasse/Innenhof: Boden Holz, Thermostat Lüftungs-/ Klimaau-
	Bengeräte,

$\underline{Zusammen fassung-Ausstattung/Zustand}$

Die ggst. Geschäftslokal befindet sich insgesamt in einem ordentlichen Erhaltungszustand. Die Ausstattung (Technik/ Oberflächenmaterialen, etc.) entsprechen den Vorstellungen/Erwartungen der ggst. Nutzung. Die Ausstattung steht lt. Auskunft im Eigentum der (Unter)mieterin.

2.7. Bestandsituation

Lt. Mietvertrag gestaltet sich die Bestandsituation wie folgt:

Mietvertrag:	schriftlich					
Mietgegenstand:	Geschäftslokal in 1210 Wien, Hoßplatz 13, Lokal 1 plus Garten					
Wohnnutzfläche	lt. Plan 416,38 m² und 17,92 m² Garten					
Mietzweck	Verkaufslokal					
Mietbeginn:	01.01.2017					
Mietdauer:	unbefristet					
Kündigung	k.A.					
Mietzins:	Lt. Mietvertrag iHv. € 5.000,- netto					
	Mietzins aktuell: € 5.000,- netto, Anm. des gef. SV: bis dato wur-					
	den seitens der Eigentümerin keine Indexierungen vorgenommen					
Wertsicherung:	VPI 2000; jeweils zum 1. Jänner eines jeden Jahres; Schwankun-					
	gen unter 5 % nach oben oder unten bleiben unberücksichtigt					
Untervermietung:	Untervermietungsrecht innerhalb des Familienkreises des Mieters					
Kaution:	Auf eine Kaution wurde verzichtet					
Mag. Georg Strafella						

Aktuell wird ein MIX Markt im ggst. Lokal betrieben. Die Mix Markt 4309 GmbH, FN 614662s ist vermutlich die Untermieterin.

2.8. Betriebskosten, Reparaturrücklage und Stand der Reparaturrücklage

Die monatlichen Nettobetriebskosten (ohne Reparaturrücklagen) für das ggst. Geschäftslokal betragen aktuell € 800,- p.m bzw. € 1,92/m². Die Betriebskosten liegen sohin im Bereich einer marktüblichen Bandbreite. Die Einzahlung in die Rücklagenfonds beträgt insgesamt € 247,86 p.m. bzw € 0,60 /m².

Betriebskosten 2024											
Position Kosten netto Kosten pro m ² Ust Kosten Brutto Kosten pro m ²											
Betriebskosten	€ 800,00 p.m.	€	1,92 /m²	€ 160,00 p.m.	€	960,00 p.m.	€	2,31 /m²			
Rücklage	€ 247,86 p.m.	€	$0,60 / \mathrm{m}^2$		€	247,86 p.m.	€	$0,60 / \text{m}^2$			
Gesamt	€ 1 047,86 p.m.	€	2,52 /m ²	€ 160,00 p.m.	€	1 207,86 p.m.	€	2,91 /m ²			

Anmerkung: Lt. Auskunft der HV besteht seitens der Betriebskostenabrechnung 2023 eine Gutschrift iHv. € 1.231,04.

Stand der Reparaturrücklage

Lt. Auskunft der HV beträgt die allgemeine Rücklage der Liegenschaft per 31.12.2023 rd. € 1.400,-; ab 2024 beträgt die monatliche Zuführung € 525,12.

Investitionen/Sanierungsarbeiten

- Generalsanierung
- Dachgeschoßausbau
- Zubau

In naher Zukunft sind lt. Auskunft der HV keine größeren Sanierungsarbeiten und Investitionen geplant.

Hausbesorgerwohnung:

Eine Hausbesorgerwohnung ist nicht vorhanden.

3. METHODIK

3.1. Allgemeines

Der Verkehrswert wird gem. Liegenschaftsbewertungsgesetz (LBG 1992) wie folgt definiert

§ 2 Abs 2 LBG

Verkehrswert ist der Preis, der bei einer Veräußerung der Sache üblicherweise im redlichen Geschäftsverkehr für sie erzielt werden kann.

§ 2 Abs 3 LBG

Die besondere Vorliebe und andere ideelle Wertzumessungen einzelner Personen haben bei der Ermittlung des Verkehrswertes außer Betracht zu bleiben.

Gem. ÖNORM B1802-1, 2022 Pkt 3.25 ist der Verkehrswert definiert als

Preis, der bei einer Veräußerung der Liegenschaft im redlichen Geschäftsverkehr üblicherweise erzielt werden kann.

Im ggst. Fall handelt es sich um ein unbefristet vermietetes Geschäftslokal samt Nebenflächen (WE in Vorbereitung/Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum).

Für gewerblich genutzte Liegenschaften ist, unabhängig von einer Eigen- oder einer Fremdnutzung, nach dem aktuellen Stand der Wissenschaft und Technik, das Ertragswertverfahren gem. § 5 LBG heranzuziehen. Die Ermittlung des **Bodenwertes** erfolgt durch Anwendung des **Vergleichswertverfahrens gem.** § 4 LBG.

3.2. Ertragswertverfahren (gem. \$ 5 LBG)

Im Rahmen des Ertragswertverfahrens wird nach folgendem Schema vorgegangen:

Ertragswertverfahren						
Jahresrohertrag						
- Bewirtschaftungskosten						
= Liegenschaftsreinertrag						
- Bodenwertverzinsung						
= Reinertrag der baulichen Anlagen						
x Vervielfältiger **						
= Ertragswert der baulichen Anlagen						
+ Bodenwert						
= Ertragswert der Liegenschaft						

**
$$V = \frac{q^{n} - 1}{q^{n} * (q - 1)}$$
 $q = 1 + p$

- V Vervielfältiger
- p Kapitalisierungszinssatz
- n Restnutzungsdauer in Jahren

Rohertrag

Sofern der Bewertungsgegenstand zum Stichtag noch längerfristig in Bestand gegeben ist, sind im Rahmen der Bewertung die tatsächlich erzielten Einnahmen auf ihre Marktangemessenheit zu prüfen und als Rohertrag in Ansatz zu bringen. Ist der Bewertungsgegenstand bestandfrei oder wird er kurzfristig freigemacht (zB befristeter Mietvertrag mit kurzer Restlaufzeit, Kündigung absehbar), ist im Rahmen der Ertragswertermittlung ein (allenfalls fiktiv) nachhaltig erzielbarer Nettohauptmietzins anzusetzen.

Sowohl die Marktgängigkeit eines tatsächlich erzielten Bestandzinses als auch die Nachhaltigkeit eines anzusetzenden Nettohauptmietzinses werden im Wege einer Marktanalyse – d.h. durch Erhebung und Analyse von vergleichbaren durchgeführten Transaktionen und/oder von vergleichbaren Angeboten – aus dem, zum Stichtag vorherrschenden Preisniveau abgeleitet.

Bewirtschaftungskosten

Als Bewirtschaftungskosten sind die, im Zusammenhang mit der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung des Bewertungsgegenstandes entstehenden, nicht auf die Bestandnehmer überwälzbaren Kosten anzusetzen. Im gegenständlichen Fall werden folgende Bewirtschaftungskosten angesetzt:

Mietausfallswagnis

Unter dem Mietausfallswagnis werden uneinbringliche Rückstände sowie die Kosten der Rechtsverfolgung auf Zahlung aber auch die Leerstandskosten subsumiert. Da die exakte Höhe dieser Kosten im Vorhinein in der Regel nicht bekannt ist, werden diese als Wagnis, in Prozent des Rohertrages in Abzug gebracht. Die Höhe orientiert sich primär an der Lage, der Nutzung sowie der Nutzbarkeit (Drittverwendungsfähigkeit) des Bewertungsgegenstandes.

Das Mietausfallswagnis wird üblicherweise innerhalb folgender Bandbreiten angesetzt:

Wohnobjekt	2,0 %	bis	4,0 %
Büros und Geschäftslokale	3,0 %	bis	5,0 %
Gewerblich genutzte Objekte	5,0 %	bis	10,0 %

Die dargestellten Bandbreiten stellen durchschnittliche Erfahrungswerte dar. Der individuell gewählte Ansatz kann aufgrund der jeweiligen Beschaffenheit des Bewertungsgegenstandes sowie der Höhe des erzielten/angesetzten Ertrages von den dargestellten Bandbreiten abweichen.

Instandhaltungskosten

Für die Beseitigung von baulichen Schäden sowie Schäden aus Witterung, Alterung und Abnutzung werden Instandhaltungskosten, in einer der Bauweise, dem Alter und der Nutzung des Bauwerkes angemessenen Höhe in Abzug gebracht.

Verwaltungskosten

Die einem Vermieter verbleibenden und nicht auf die Mieter überwälzbaren Verwaltungskosten umfassen vor allem die Kosten der Jahresabrechnung, des Bilanzabschlusses usw.

Kapitalisierungszinssatz (= Liegenschaftszinssatz gem. ÖNORM B 1802-1)

Der Kapitalisierungszinssatz dient der Verzinsung der bewertungsmethodisch angesetzten (Rein-)Erträge und bildet das Risikoprofil des jeweiligen Bewertungsgegenstandes ab.

Der Hauptverband der allg. beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs empfiehlt, folgende Kapitalisierungszinssätze anzusetzen:

Zusammenfas	sende EMPFEHLU	ING:		Mary Land Barrier				
LIEGENSCHAFTSART	LAGE							
	hochwertig	sehr gut	gut	mäßig				
Wohnliegenschaft	0,5 - 2,5 %	1,5 - 3,5 %	2,5 - 4,5 %	3,5 - 5,5 %				
Büroliegenschaft	2,5 - 4,5 %	3,5 - 5,5 %	4,5 - 6,5 %	5,0 - 7,0 %				
Geschäftsliegenschaft	3,0 - 5,0 %	3,5 - 6,0 %	5,0 - 6,5 %	5,5 - 7,5 %				
Einkaufszentrum, Supermarkt, Fachmarktzentrum	3,5 - 6,5 %	4,5 - 7,0 %	5,0 - 8,0 %	5,5 - 8,5 %				
Transport-, Logistikliegenschaft	4,0 - 6,0 %	4,5 - 6,5 %	5,0 - 7,0 %	6,0 - 8,0 %				
Touristisch genutzte Liegenschaft	4,5 - 7,0 %	5,0 - 7,5 %	5,5 - 8,0 %	6,0 - 9,0 %				
Gewerblich genutzte Liegenschaft	4,0 - 7,0 %	4,5 - 7,5 %	5,5 - 8,5 %	6,5 - 9,5 %				
Industrieliegenschaft	4,5 - 7,5 %	5,0 - 8,0 %	5,5 - 9,0 %	6,5 - 10,0 %				
Landwirtschaftliche Liegenschaften	1,0 % bis 3,5 %							
Forstwirtschaftliche Liegenschaften	0,5 % bis 2,5 %							

Quelle: "Sachverständige", Heft 2/2024

Festzuhalten ist, dass der Kapitalisierungs-/Liegenschaftszinssatz ausschließlich ein Instrument der Liegenschaftsbewertung darstellt und für die Marktteilnehmer de facto nicht von Relevanz ist. Marktteilnehmer kalkulieren die mit dem bewertungsgegenständlichen Objekt verbundenen Risiken und Potentiale in Form einer Ertragsrendite. Diese unterscheidet sich vom Kapitalisierungs-/Liegenschaftszinssatz insofern, als dass die Rendite folgende der Ertragswertmethode innewohnende Vorgehensweisen nur implizit berücksichtigt:

- Trennung Grund & Boden/Baulichkeiten
- Explizierter Ansatz der Restnutzungsdauer der Baulichkeiten
- Expliziter Ansatz der Bewirtschaftungskosten

Insofern orientiert sich der Kapitalisierungs-/Liegenschaftszinssatz an der marktseitig erwarteten Rendite und leitet sich auch aus dieser retrograd ab.

Restnutzungsdauer

Die gewöhnliche Nutzungsdauer ist die üblicherweise zu erwartende Zeitspanne von der Errichtung bis zum Ende der wirtschaftlich vertretbaren Nutzung. Diese hängt von der Nutzung, Bauweise und -art sowie der Wartung und Instandhaltung ab.

In der Bewertungsliteratur werden, je nach Ausführung und Gebäudeart/Nutzung, folgende Nutzungsdauern (Auszug) empfohlen:

Art der Baulichkeit	übliche Gesamt- nutzungsdauer
Ein- und Zweifamilienhaus	
normale Bauausführung	60-70 Jahre
einfache Bauausführung	50-60 Jahre
Fertighäuser	60-70 Jahre
Fertighäuser auf Holzbasis	40-60 Jahre
Mehrwohnungshäuser	
Miet- und Eigentumswohngebäude	60-70 Jahre
Sozialer Wohnbau	50-60 Jahre
Altbau-/Gründerzeithäuser	100-150 Jahre
Garagen	
Garagen Massivbau	50-70 Jahre
Fertiggaragen	40-50 Jahre

Parkhäuser und Tiefgaragen	40-50 Jahre
Büro- und Verwaltungsgebäude	
je nach Bauausführung und Standort	40-60 Jahre
Handelsimmobilien	
Geschäftshäuser und Kaufhäuser	30-50 Jahre
Supermärkte	20-30 Jahre
Gewerbe- und Industriegebäude	
Fabrikgebäude und Werkhallen	30-50 Jahre
Lagerhallen und Logistikimmobilien	20-40 Jahre
Betriebsgebäude für besondere Zwecke	10-30 Jahre
Wellblechschuppen, Flugdächer, Holzschuppen, Holzgebäude in einfacher Bauweise	20-30 Jahre
Sonderimmobilien	
Hotels	20-40 Jahre
Schulen	40-60 Jahre
Tankstellen	10-20 Jahre

3.3. Vergleichswertverfahren (gem. § 4 LBG und § 10 LBG)

Generelles

"Der Vergleichswert der Liegenschaft wird durch Vergleich mit im redlichen Geschäftsverkehr tatsächlich erzielten Kaufpreisen bzw. Mieten vergleichbarer Liegenschaften ermittelt. Dieses Verfahren ist insbesondere zur Ermittlung des Verkehrswertes/Marktwertes unbebauter Liegenschaften sowie zur Ermittlung des Bodenwertes anzuwenden. Es setzt die sorgfältige Beobachtung der Marktentwicklung voraus.

Bei der Beurteilung der Vergleichbarkeit sind die Einflussgrößen der Wertermittlung zu berücksichtigen. Abweichende Eigenschaften sind nach Maßgabe ihres Einflusses auf den Wert begründet zu berücksichtigen." Quelle: Ö-NORM B 1802-1

Da im Rahmen des Vergleichswertverfahrens der Wert unmittelbar aus dem Marktgeschehen abgeleitet wird, stellt dieses Verfahren das direkteste Wertermittlungsverfahren dar und ist im Zweifel anderen Verfahren vorzuziehen.

Voraussetzung für die Anwendung des Vergleichswertverfahrens ist das Vorhandensein vergleichbarer Transaktionen in zeitlicher und räumlicher Nähe zum Stichtag und dem Bewertungsgegenstand.

Bei der Auswahl der Vergleichsobjekte ist, soweit wie möglich auf eine Übereinstimmung hinsichtlich wertrelevanter Parameter zu achten. Abweichungen sind durch entsprechende Anpassungen adäquat zu berücksichtigen.

Anpassungen

Die Anpassungen erfolgen erfahrungsgemäß, unter Anderem nach folgenden wertmaßgeblichen Parametern:

- Stichtag
- Lage
- Lage im Gebäude (bei Objekten auf Multi-Tennant-Liegenschaften)
- Größe
- Konfiguration

- Ausstattung (idR. bei Baulichkeiten)
- Erhaltungszustand (bei Baulichkeiten)
- Bebaubarkeit (bei Grund und Boden)

Es ist darauf hinzuweisen, dass die Anpassungen nur bedarfsweise vorzunehmen sind; sofern eine ausreichende Übereinstimmung gegeben ist oder die Abweichung als nicht wertmaßgeblich beurteilt wird, ist keine Anpassung vorzunehmen.

Stichtagsanpassung

Die Stichtagsanpassung erfolgt regelmäßig unter Zugrundelegung des Immobilien-Preisspiegels der WKO. Die Berechnung erfolgt (tageweise) interpoliert. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Erhebungen des, dem Immobilien-Preisspiegel zugrunde liegenden, Preisniveaus jeweils 1 Jahr vor der Publikation erfolgt. Insofern stellen die publizierten Werte das Vorjahresniveau dar. Dies findet im Rahmen der Stichtagsanpassung entsprechende Berücksichtigung. Die Werte für den jeweils aktuellen Stichtag (d.h. zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung) werden auf Basis der durchschnittlichen Steigerung der Vorjahreswerte antizipiert. Hinsichtlich der Stichtagsanpassung der Grundkostenanteile werden ergänzende auch noch die Entwicklungen des Baupreisindex für Wohnhaus- und Siedlungsbau berücksichtigt. *Im ggst. Fall erfolgt die Stichtagsanpassung auf Basis des Immobilien-Preisspiegels*.

sonstige Anpassungen

Hinsichtlich der übrigen Anpassungen werden sowohl der Bewertungsgegenstand als auch die Vergleichsobjekte anhand folgender Skala beurteilt und benotet:

Beurteilung - Parameter	Note
Sehr Gut	1,0
Sehr Gut - Gut	1,5
Gut	2,0
Gut - Durchschnittlich	2,5
Durchschnittlich	3,0
Durchschnittlich - Schlecht	3,5
Schlecht	4,0
Schlecht - Sehr Schlecht	4,5
Sehr Schlecht	5,0

Die Vergleichsobjekte werden dem Bewertungsgegenstand gegenübergestellt, wobei sich die Anpassungen auf Grundlage folgender Matrix ergeben:

Anpassung			10,00%	7,50%	5,00%	2,50%	0,00%	-2,50%	-5,00%	-7,50%	-10,00%
	Note		1,0	1,5	2,0	2,5	3,0	3,5	4,0	4,5	5,0
	Beurteilung		Sehr Gut	Sehr Gut - Gut	Gut	Gut - Durchschnittlich	Durchschnittlich	Durchschnittlich - Schlecht	Schlecht	Schlecht - Sehr Schlecht	Sehr Schlecht
10,00%	1,0	Sehr Gut	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%	10,00%	12,50%	15,00%	17,50%	20,00%
7,50%	1,5	Sehr Gut - Gut	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%	10,00%	12,50%	15,00%	17,50%
5,00%	2,0	Gut	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%	10,00%	12,50%	15,00%
2,50%	2,5	Gut - Durchschnittlich	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%	10,00%	12,50%
0,00%	3,0	Durchschnittlich	-10,00%	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%	10,00%
-2,50%	3,5	Durchschnittlich - Schlecht	-12,50%	-10,00%	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%	7,50%
-5,00%	4,0	Schlecht	-15,00%	-12,50%	-10,00%	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%	5,00%
-7,50%	4,5	Schlecht - Sehr Schlecht	-17,50%	-15,00%	-12,50%	-10,00%	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%	2,50%
-10,00%	5,0	Sehr Schlecht	-20,00%	-17,50%	-15,00%	-12,50%	-10,00%	-7,50%	-5,00%	-2,50%	0,00%

Es wird darauf hingewiesen, dass die Höhe der maximal möglichen Anpassung auf Grundlage des Marktgeschehens eingeschätzt wird und gegebenenfalls von den oben beispielsweise dargestellten +/- 10 % abweichen kann.

In Bedarfs- und Ausnahmefällen kann von der oben beschriebenen Vorgehensweise abgewichen werden, wobei die Abweichungen individuell erläutert und ermittelt werden.

Ausreißerprüfungen

Sowohl das der Bewertung zugrunde gelegte Sample als auch das ermittelte Ergebnis ist auf die statistische Relevanz zu prüfen. Extrem gelegene Werte sind nicht für die Bewertung heranzuziehen. Im Rahmen des Vergleichswertverfahrens erfolgen zwei Ausreißerprüfungen.

In der Ausreißerprüfung I wird die erhobene Auswahl an Vergleichsobjekten überprüft. Vergleichsobjekte die als Ausreißer zu beurteilen sind, werden aus der Bewertung ausgeschieden und nicht weiterverarbeitet. Nach Durchführung der Anpassungen werden die angepassten Vergleichswerte erneut einer Ausreißerprüfung (Ausreißerprüfung II) unterzogen.

4. BEURTEILUNG & BEWERTUNGSGRUNDLAGEN

4.1. Beurteilung

Kriterium	Beurteilung
Lage der Liegenschaft	gute Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln und mit Individualverkehr; durchschnittlich-gute infrastrukturelle La- ge; annähernd durchgehender Geschäftsbesatz.; tlw. überdurch- schnittliche Lärmbelästigung durch Straßenlärmimmissionen; insgesamt durchschnittlich-ansprechende Geschäftslage
Größe/Konfiguration der Liegenschaft	Die ggst. Liegenschaft EZ 248 besteht aus dem GST 116, ist relativ eben gelegen, als unregelmäßiges Rechteck konfiguriert und weist gem. Grundbuch eine Fläche von 600 m² auf. Die Konfiguration ist durchschnittlich-ansprechend. Die Größe ist durchschnittlich.
Ausstattung und Erhaltung Gebäude	Auf der Liegenschaft befindet sich ein um 1892 erbautes Wohnund Geschäftshaus. Das Gebäude ist unterkellert und verfügt über 4 Geschoße über Niveau (EG – 3. OG) und zwei nachträglich ausgebaute Dachgeschoße. Zusätzlich gibt es einen Hoftrakt mit einem EG und OG. Die Erschließung erfolgt über eine Stiege. Alle Ver- und Entsorgungseinrichtung sind vorhanden. Ein Aufzug ist ebenfalls vorhanden. Durchschnittliche-ordentliche Ausstatung und ordentlicher Erhaltungszustand.
Lage im Gebäude GL Top 1 Garten	Das ggst. Geschäftslokal erstreckt sich über das gesamte EG. Die Fenster sind sowohl straßenseitig als auch in den Innenhof ausgerichtet. Ein Aufzug ist vorhanden. Ansprechende Lage im Gebäude.
Größe/Konfiguration GL Top 1 Garten Ausstattung und	Das ggst. Geschäftslokal verfügt lt. Planunterlagen über eine Nutzfläche von rd. 416 m² und einen Garten mit rd. 18 m² (WE-Zubehör). Ansprechende Größe und durchschnittlicheansprechende Konfiguration. Das ggst. Geschäftslokal verfügt über eine ordentliche Ausstat-
Erhaltungszustand GL Top 1 Garten	tung und befindet sich in einem ordentlichen Erhaltungszustand.

4.2. Grundkostenanteil und anteiliger Bodenwert

Bei der Feststellung des Bodenwertes sind Wertkriterien wie örtliche Lage der Liegenschaft, gegebene Aufschließung, Größe und Konfiguration der Grundstücksfläche, Bebaubarkeit, Verkehrserschließung sowie unmittelbare und mittelbare Umgebung maßgebend.

Für die Ermittlung des Bodenwertes der ggst. Liegenschaft wurden nachfolgende Vergleichsobjekte herangezogen.

	Vergleichsobjekte/Basisdaten										
PLZ	Straße	GB	EZ	Tagebuch- zahl	Stichtag	FläWi	Bau- klasse	Bauweise	GSt. Fläche	Grundkosten- anteil	
							Kiasse				
1210	Baumergasse	01606	124	3267/2022	24.06.2021	GB	II	g	622 m²	1 634,- €/m²	
1210	Brünner Straße	01606	650	1794/2023	15.01.2023	GB	П	g	1 289 m²	1 679,- €/m²	
1210	Stammersdorfer Straße	01616	20	1434/2023	31.01.2023	GB	I	g, 4,5 m, 60 %	779 m²	1 380,- €/m²	
1210	Pilzgasse	01603	1584, 2235	Gutachten	02.05.2023	GB	StrG		7 319 m²	1 237,- €/m²	
1210	Brünner Straße	01607	26	Gutachten	14.08.2023	GB	Ш	g, G	1 142 m²	1 141,- €/m²	
1210	Ostmarkgasse	01603	134	Gutachten	27.05.2024	W	III	g, g	293 m²	1 346,- €/m²	
Durchs	chnitt									1 403,- €/m²	

Die um wertbestimmende Unterschiede korrigierten Grundkostenanteile (Durchschnitt über alle Geschoße für Wohnnutzung) für vergleichbare Liegenschaften liegen zwischen rd. \in 1.232,-/m² und rd. \in 1.830,-/m². Im ggst. Fall liegen auch keine statistischen Ausreißer vor. Der Durchschnitt liegt bei rd. \in 1.486,-/m².

		Ver	gleichsobjekte/		Korrekturen	Plausib. Prüf.			
PLZ	Straße GB EZ Stichtag GSt. Fläch		GSt. Fläche	Grundkosten-	Korrektur	angepasste	Ausreißer		
PLZ	Strabe	OB	EZ	Suchag	GSt. Fracile	anteil	gesamt	Vergleichswerte	Prüfung II
1210	Baumergasse	01606	124	24.06.2021	622 m²	1 634,- €/m²	11,99%	1 830,- €/m²	nein
1210	Brünner Straße	01606	650	15.01.2023	1 289 m²	1 679,- €/m²	5,31%	1 768,- €/m²	nein
1210	Stammersdorfer Straße	01616	20	31.01.2023	779 m²	1 380,- €/m²	5,13%	1 451,- €/m²	nein
1210	Pilzgasse	01603	1584, 2235	02.05.2023	7 319 m²	1 237,- €/m²	4,13%	1 289,- €/m²	nein
1210	Brünner Straße	01607	26	14.08.2023	1 142 m²	1 141,- €/m²	7,98%	1 232,- €/m²	nein
1210	Ostmarkgasse	01603	134	27.05.2024	293 m²	1 346,- €/m²	-0,10%	1 345,- €/m²	nein
Durchs	chnitt					1 403,- €/m²		1 486,- €/m²	

Unter Berücksichtigung der Geschäftsnutzung ist nach Ansicht des gef. SV im ggst. Fall ein Faktor von 0,8 in Ansatz zu bringen und ergibt sich der anteilige Bodenwert daher wie folgt:

Anteiliger Bodenwert									
EZ	WE-Objekt	gew. Fläche	GKA Ø	Faktor	GKA	Bodenwert			
248	B-LNr 6; 474/1118; WE an Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum an Geschäftslokal Top 1 Garten	420,70 m²	1 486,- €/m²	0,80	1 189,- €/m²	500 131 €			
Gesamt		420,70 m²			1 189,- €/m²	500 131 €			

4.1. Ertragswertverfahren

4.1.1. Nettomietzins/Jahresrohertrag

Das ggst. Geschäftslokal ist zum Stichtag auf Basis eines unbefristeten Mietvertrages vermietet. Der aktuell vorgeschriebene Nettomietzins beträgt € 5.000,- p.m. bzw. € 11,98 /m² gewichteter Fläche. Dies ergibt einen Jahresrohertrag iHv. € **60.000,-**.

Hierzu wird angemerkt, dass der Mietzins seit Mietbeginn im Jahr 2017 noch nicht wertgesichert wurde. In Bezug auf die nachfolgende Wertsicherungsvereinbarung gem. Mietvertrag

Wertsicherung

Der Mietzins wird durch den vom Österreichischen Statistischen Zentralamt verlautbarten monatlichen Index der Verbraucherpreise 200 = 100 wertgesichert. Die Anpassung erfolgt jeweils zum 1. Jänner eines jeden Jahres, bezogen auf die zu diesem Zeitpunkt zuletzt veröffentlichte Indexzahl. Die neue Indexzahl bildet jeweils die Ausgangsbasis für die Errechnung der weiteren Überschreitungen. Schwankungen unter 5 Prozent des letztgültigen Mietzinses bleiben unberücksichtigt. Sollte dieser Index nicht mehr verlautbart werden, gilt jener Index als Grundlage für die Wertsicherung, der diesem Index am meisten entspricht.

ist auszuführen, dass einerseits das Risiko der Unbestimmtheit (VPI 200=100; d.h. der konkrete VPI ist nicht angeführt, da es einen VPI 200 nicht gibt) und andererseits das Risiko einer gröblichen Benachteiligung gem. § 879 Abs 3 ABGB (fehlende Basisindexzahl) besteht.

Ob es sich um eine gültige Wertsicherungsvereinbarung handelt, ist eine Rechtsfrage. Im ggst. Fall wird daher aus Vorsichtsgründen der tatsächlich vorgeschriebene Mietzins herangezogen.

Angebote/Plausibilisierung

Folgende Angebote von Geschäftslokalen ab einer Größe von 150 m² konnten im 21. Bezirk recherchiert werden.

Lage/Nähe	NFI	Anmerkungen	(An	gebots-)Miete	(Angebots-)Miete €/m² p.m. NFl ▼
1210 Wien, Nähe Trillerpark	1 057,79 m²	Geschäftslokal, neuwertig	€	5 288,95 p.m.	€ 5,00 /m²
1210 Wien, Ottilie-Bondy-Promenade	185,14 m²	Geschäftslokal, neuwertig	€	2 250,00 p.m.	€ 12,15 /m²
1210 Wien, Schwaigergasse	784,86 m²	Geschäftslokal, guter Zustand	€	8 241,03 p.m.	€ 10,50 /m²
1210 Wien, Siemensstraße	158,00 m²	Geschäftslokal, neuwertig	€	1 669,50 p.m.	€ 10,57 /m²
1210 Wien, Nähe U6 Floridsdorf	551,00 m ²	Geschäftslokal	€	4 999,33 p.m.	€ 9,07 /m²
1210 Wien, Nähe Trillerpark	306,00 m²	Geschäfstlokal, Erstbezug	€	3 825,00 p.m.	€ 12,50 /m²
1210 Wien, Brünner Straße	400,00 m²	Geschäftslokal, ordent. Zustand	€	4 597,25 p.m.	€ 11,49 /m²
1210 Wien, Leopoldine Padaurek Str.	393,72 m²	Geschäfstlokal, neuwertig		€ 3 239,- /m²	€ 8,23 /m²
1210 Wien, Jedlersdorfer Straße	414,00 m²	Geschäftslokal, ordent. Zustand	€	3 999,00 p.m.	€ 9,66 /m²

Seite 35 von 97

Immobilien-Preisspiegel

Lt. Immobilien-Preisspiegel 2023 der WKO¹⁰ liegen die durchschnittlichen Mieten für Geschäftslokale (Erdgeschoßfläche) in 1a-, 1b- und Nebenlagen im 21. Bezirk in folgenden Bandbreiten:

Immobilienpreisspiegel 2024								
Geschäftslokale Mieten - 1210 Wien								
Größe/Lage	1a-Lage	1b-Lage	Nebenlagen					
bis 60 m ²	€ 25,25 /m²	€ 12,52 /m²	€ 9,06 /m ²					
60 m² - 150 m²	€ 20,91 /m²	€ 11,21 /m ²	€ 7,76 /m ²					
über 150 m²	€ 13,43 /m ²	€ 9,33 /m²	€ 6,25 /m ²					

In der Geschäftsmietenliste der Technischen Stadterneuerung (MA 25), Stand Dezember 2023 wird der Hoßplatz nicht ausgewiesen.

4.1.2. Bewirtschaftungskosten

Mietausfallswagnis

Das Mietausfallswagnis deckt jenes Risiko ab, das auf Grund von uneinbringlichen Mietrückständen, Mietkürzungen, Mietprozessen, Räumungsklagen sowie fluktuationsbedingten Leerständen entsteht. Die Höhe des Mietausfallswagnisses richtet sich u.a. nach der Lage und Nutzungsart der Liegenschaft, aber auch nach dem tatsächlich vorgeschriebenen Mietzins. Im ggst. Fall ist das Mietausfallswagnis iHv. **5,00** % anzusetzen.

Instandhaltungskosten

Der Ansatz der Instandhaltungsaufwendungen berücksichtigt jene Kosten, die erforderlich sind, um eine ordentliche und brauchbare Nutzung der Liegenschaft zu gewährleisten. Die Nutzungsdauer einzelner Gebäudebestandteile entspricht nicht der Gesamtnutzungsdauer des Gebäudes und deshalb sind diese in regelmäßigen Abständen zu erneuern (u.a. Leitungen, Fenster, Dach). Die tatsächlichen Instandhaltungskosten sind zunächst relativ gering und steigen mit dem Gebäudealter an. Um kalkulatorisch durchschnittliche Wertansätze in die Berechnung einfließen zu lassen, wird auf Erfahrungswerte zurückgegriffen. Auf Grund des insgesamt ordentlich-guten Erhaltungszustandes des Gebäudes werden Instandhaltungskosten in Höhe von rd. € 12,- /m² p.a. in Ansatz gebracht.

Verwaltungskosten

Die nicht überwälzbaren Verwaltungskosten für die Jahresabrechnung, etc. werden näherungsweise mit 1,00% des Rohertrags in Ansatz gebracht.

4.1.3. Kapitalisierungszinssatz (gem. LBG)¹¹

Der Kapitalisierungszinssatz dient der Verzinsung der bewertungsmethodisch angesetzten (Rein-)Erträge und bildet das Risikoprofil des jeweiligen Bewertungsgegenstandes ab.

Der Zinssatz ist eine Rechengröße im Ertragswertverfahren. Er wird in seiner reinen Form aus Marktdaten (also Kaufpreisen und den ihnen zugeordneten Reinerträgen) im Wege einer ret-

_

Die im Immobilien-Preisspiegel der WKO publizierten Werte sind Durchschnittswerte auf Bezirksebene und geben nur die allgemeinen Markttendenzen wieder, berücksichtigen jedoch nicht die kleinräumigen Preisdifferenzen innerhalb des Bezirkes.

¹¹ entspricht dem Liegenschaftszinssatz lt. ÖNORM B 1802-1

Seite 36 von 97

rograden Berechnung abgeleitet und bildet damit die regionale Immobilienmarktentwicklung ab. In der Berechnung wird daher jener Zinssatz angewendet, welcher der Kapitalverzinsung bei einer Anlage dieser Kategorie im Geschäftsverkehr üblicherweise zukommt.

Mit in die Betrachtung einzubeziehen sind die Objektart (Nutzungskategorie), die Mikrolage des Objektes, die Beschaffenheit der Immobilie, die Marktlage samt den grundsätzlichen Rahmenbedingungen (unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen des MRG; mietrechtliche Gründerzeitlage) auf dem lokalen und überregionalen Immobilienmarkt, die Restnutzungsdauer, die Ortsgröße sowie die zum Wertermittlungsstichtag auf dem örtlichen Grundstücksmarkt herrschenden Verhältnisse.

Für die gegenständliche Liegenschaft wurde auf Basis der gegebenen Nutzung, unter Berücksichtigung des möglichen/vorhandenen Entwicklungspotenzials der Zinssatz über einen Basiszinssatz und weitere Anpassungen/ Korrekturen abgeleitet. Eine Plausibilisierung des gewählten Liegenschaftszinssatzes ist u.a. mit Hilfe von veröffentlichten Richtwerten erfolgt¹². Siehe hierzu auch die Empfehlungen des Hauptverbandes der allg. beeideten und gerichtlich zertifizierten Sachverständigen Österreichs unter Pkt. 3.3.

Der Kapitalisierungszinssatz wird unter Berücksichtigung der ggst. Geschäftsraumnutzung und der tatsächlich vorgeschriebenen & erzielten (allerdings bis dato noch nicht indexierten) Quadratmetermiete iHv. 4,50 % in Ansatz gebracht.

4.1.4. Restnutzungsdauer (RND)

Die gewöhnliche Nutzungsdauer ist die üblicherweise erwartete Zeitspanne von der Errichtung des Gebäudes bis zum Ende seiner wirtschaftlich vertretbaren Nutzung: Diese hängt von der Nutzung, Bauweise und –art sowie der Wartung und laufenden Instandhaltung des Gebäudes ab. Die gewöhnliche Nutzungsdauer beträgt rd. 100 Jahre. Ausgehend vom Zeitpunkt der Errichtung, einer laufenden Instandhaltung und dem aktuellen Erhaltungszustand des Gebäudes kann von einer **Restnutzungsdauer von rd. 60 Jahren** ausgegangen werden.

4.1.5. Vervielfältiger

Aus dem Kapitalisierungszinssatz und der Restnutzungsdauer leitet sich der Vervielfältiger nach folgender Formel ab:

$$V = \frac{q^{n} - 1}{q^{n} * (q - 1)}$$
 $q = 1 + p$

V... Vervielfältiger p... Kapitalisierungszinssatz n... Restnutzungsdauer in Jahren

4.1.6. Bauschäden/Reparaturrückstau

Das ggst. Geschäftslokal befindet sich in einem insgesamt ordentlichen Zustand mit einer ordentlichen Ausstattung (Eigentum der (Unter)mieterin). Die Oberflächenmaterialien und die (techn.) Ausstattung entsprechen den Anforderungen der ggst. Nutzung. Baumängel und - schäden wurden im Rahmen der Befundaufnahme nicht festgestellt.

¹² Studien von Simon/Kleiber, Vogels, Ross/Brachmann/Holzner, Veröffentlichungen des Hauptverbandes der allg. beeid. und gerichtlich zertifizieren Sachverständigen Österreichs, Kranewitter, weitere Fachliteratur sowie Vergleichstransaktionen.

4.2. Rechte und Lasten

A2-Blatt:

Keine Eintragungen im A2-Blatt vorhanden.

C-Blatt:

```
*******************************
     auf Anteil B-LNR 6
    a 4391/2016 Pfandurkunde 2016-09-08
        PFANDRECHT
                                               Höchstbetrag EUR 1.200.000, --
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
      auf Anteil B-LNR 6
     a 2493/2020 Pfandurkunde 2020-06-09
        PEANDRECHT
                                              Höchstbetrag EUR 1.000.000, --
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
     b gelöscht
      auf Anteil B-LNR 6
     a 2253/2023 Vereinbarung 2020-12-29, Spezialvollmacht
        2020-12-22, Nachtrag 2023-06-06
        PFANDRECHT
                                                Höchstbetrag EUR 500.000, --
        für Verius Capital AG
     b 2253/2023 Simultan haftende Liegenschaften
        EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 20
        EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 31
        EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 9
      auf Anteil B-LNR 6
     a 4673/2023 Hypothekarvereinbarung 2020-12-29, Nachtrag zur
        Hypothekarvereinbarung 2023-06-06
        PFANDRECHT
                                              Höchstbetrag EUR 10.500.000, --
        für Verius Capital AG (CHE-445.604.722)
     b 4673/2023 Simultan haftende Liegenschaften
        EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 21
        EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 32
        EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 10
```

C-LNR 13, 15, 20 und 21: Pfandrechte

Die Bewertung erfolgt ohne Berücksichtigung geldwerter Rechte und Lasten. Die ggst. Pfandrechte sind daher nicht bewertungsrelevant.

Außerbücherliche Rechte/Lasten

sind mit Ausnahme des Bestandverhältnisses nicht bekannt. Lt. Auskunft der BH-Abt. 34 der MA 6 bestehen für die ggst. WE-Objekte zum 27.05.2024 keine offenen Forderungen.

Grundbesitzabgabe Kto. 05/15000248 bis 05/24	€ -	KG 01605 Floridsdorf, EZ 248	21., Hoßplatz 13
Wasser-Abwassergeb. Kto. 122282210 bis 04/24	€ -	KG 01605 Floridsdorf, EZ 248	21., Hoßplatz 13
Wasser-Abwassergeb. Kto. 122282211 bis 04/24	€ -	KG 01605 Floridsdorf, EZ 248	21., Hoßplatz 13

4.3. Anpassung an den Markt

Marktsituation

Zum Stichtag werden auf den verschiedenen Immobilien-Plattformen im 21. Bezirk lediglich 16 Geschäftslokale (inkl. Gastro) zum Verkauf angeboten - 10 Geschäftslokale davon sind größer als 150 m² (siehe nachfolgender Auszug an Angeboten). Vergleichsweise werden aber aktuell wiederum rd. 41 Geschäftslokale zur Miete angeboten.

Lage/Nähe	NFI	Anmerkungen		ngebots-)Preis/ Verkehrswert Gesamt	(Angebots-)Preis/ Verkehrswert €/m² NFl
1210 Wien, Floridsdorfer Hauptstraße	162,28 m²	Geschäftslokal, unbefristet vermietet	€	526 800,00	€ 3 246,- /m²
1210 Wien, Leopoldauer Straße	185,97 m²	Geschäftslokal, Gastro	€	299 000,00	€ 1 608,- /m²
1210 Wien, Ottilie-Bondy-Promenade	185,03 m²	Geschäftslokal, Neubau	€	419 000,00	€ 2 264,- /m²
1210 Wien, Leopoldauer Straße	775,00 m²	Geschäftslokal	€	1 380 000,00	€ 1 781,- /m²
1210 Wien, Floridsdorfer Hauptstraße	160,00 m²	Geschäftslokal	€	275 000,00	€ 1 719,- /m²

Kauftransaktionen

Folgende Kauftransaktionen von Geschäftslokalen (tlw. sanierungsbedürftig bzw. vermietet) konnten seit 2022 in der Umgebung im 21. und 22. Bezirk recherchiert werden.

	Vergleichsobjekte/Basisdaten							
			G	ewichtungsfakt	1,00			
GB	EZ	Adresse	TZ	Stichtag	Geschoß	Nutzfläche	Kaufpreis (exkl. Zubehör)	Kaufpreis/m²
01606	600	Ottilie-Bondy-Promenade 4 Stg 1 Top 1B	692/2022	12.01.2022	EG	215,54 m²	406 687 €	1 887,- €/m²
01606	600	Ottilie-Bondy-Promenade 4 Stg 1 Top 1A	692/2022	12.01.2022	EG	185,14 m ²	348 313 €	1 881,- €/m ²
01660	4148	Wagramer Straße 147 Top PR-02	1032/2023	19.12.2022	OG	192,13 m ²	389 999 €	2 030,- €/m²
01605	173	Am Spitz 15 Stg 2 Top 2a	191/2023	11.01.2023	EG	123,48 m ²	250 000 €	2 025,- €/m²
01669	47	Schüttaustraße 55 Top Lokal	2819/2023	08.05.2023	EG	286,00 m ²	684 484 €	2 393,- €/m²
01658	1899	Genochplatz 1 Top 1A	1504/2023	30.09.2023	EG	156,27 m ²	608 607 €	3 895,- €/m²
01658	1899	Genochplatz 1 Top 1	1504/2023	30.09.2023	EG	228,88 m ²	845 966 €	3 696,- €/m²
01603	819	Leopoldauer Straße 66 Top 4	1912/2023	21.12.2023	EG	139,44 m ²	200 000 €	1 434,- €/m²
01609	388	Jedleseer Straße 102 Top 4	1452/2024	28.02.2024	EG	93,35 m ²	100 000 €	1 071,- €/m²
01605	329	Brünner Straße 25 Top 1	1768/2024	21.03.2024	EG	90,65 m ²	200 000 €	2 206,- €/m²
01658	791	Hirschstettner Straße 79 Top 1	3141/2023	3141/2023	EG	136,36 m ²	150 000 €	1 100,- €/m²
Durchsch	nitt							2 147,- €/m²

Marktsituation (zum Stichtag/aktuell)

Festzuhalten ist, dass sich die Rahmenbedingungen am österreichischen Immobilienmarkt insbesondere seit dem zweiten Halbjahr 2022 stark verändert haben. Bis September 2023 hat die Europäische Zentralbank den Leitzins in 10 Schritten auf den Höchststand von 4,50 % erhöht. Per Juni 2024 wurde der Leitzinssatz erstmals wieder auf 4,25 % gesenkt und aktuell per 12.09.2024 nochmals auf 3,65 %.

Zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung ist seitens der Marktteilnehmer eine deutliche Zurückhaltung erkennbar. Das Transaktionsvolumen scheint in der zweiten Jahreshälfte zurück gegangen zu sein. Unklar ist zum Stichtag, ob diese Situation zu einer mittelfristigen Senkung der am Markt erzielbaren Preise führt oder ob es sich lediglich um ein vorübergehendes Aussetzen des Marktes handelt.

Aufgrund der, zum Zeitpunkt der Gutachtenserstellung bestehenden Entwicklungen lassen sich unverhältnismäßige Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftssituation – und daraus resultierende Auswirkungen auf den Immobilienmarkt nicht einschätzen. Die Bewertung erfolgt unter der Prämisse, dass allfällige, zum Stichtag vorhandene Beeinträchtigungen des Marktes nur temporär sind. Da längerfristige Auswirkungen allfälliger Marktbeeinträchtigungen nicht vorweggenommen werden können, wird – im Hinblick auf bewertungsimmanente, durch den SV vorzunehmende Prognosen – eine Normalisierung des Marktgeschehens hinsichtlich der wertrelevanten Parameter (z.B. Fremdkapitalkosten, Inflation, Mietniveau, Baukosten, usw.) bewertungsmethodisch unterstellt. Unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklungen ist hinsichtlich des stichtagsbezogen ermittelten Verkehrswertes davon auszugehen, dass es am Markt zu einer höheren Volatilität der Immobilienwerte und zu längeren Verwertungszeiträumen kommt.

Konsensthematik (Baurecht/Wohnungseigentum)

Wie bereits ausgeführt, besteht für das ggst. Geschäftslokal, respektive die ggst. Liegenschaft kein Konsens. Der letzte eingereichte Planwechsel wurde (vermutlich) ohne Abstimmung mit der Schuldnerin eingereicht und per Ende Juni 2024 zurückgewiesen. Das gesamte Bauvorhaben muss lt. Auskunft der MA 37 neu eingereicht werden, da die Baubewilligung aus 2015 verfallen ist. Hierzu müssen auch die Plangrundlagen für das ggst. Geschäftslokal mit dem IST-Zustand abgeglichen werden. Entsprechend fehlt auch eine Fertigstellungsanzeige. Zudem war/ist die bisherige Berechnung der Stellplatzverpflichtung zu gering bemessen. Diesbezüglich gibt es lt. Auskunft der MA 37 angeblich auch ein laufendes Verfahren, da die vorgeschriebenen (anteiligen) Ausgleichsabgaben bis dato nicht bezahlt wurden. Grundsätzlich ist es hierzu jedenfalls notwendig, dass unter den Miteigentümern ein Konsens über die weitere Vorgehensweise hergestellt wird und die beiden Miteigentümer auch bereit sind, die notwendigen Unterschriften zu leisten. Hierdurch verzögert sich eine mögliche baurechtliche Fertigstellung um zumindest ein bis eineinhalb Jahre. Nachdem der Planwechsel zurückgewiesen wurde, drohen ggf. weitere Strafanzeigen seitens der Baubehörde (lt. Auskunft sind Strafen bis max. rd. € 30.000,- möglich) wegen der unerlaubten Benützung des Geschäftslokals ohne Fertigstellung. Zudem besteht das Risiko weiterer Behördenauflagen oder auch des notwendigen Rückbaus (zusätzliche Kosten, Nutzflächenrisiko) auf den Stand der Einreichung 2015 (Quasi-Konsens, da konsumiert). Die WE-Begründung ist. lt. Kaufvertrag wiederum an die Fertigstellung gebunden.

Angemerkt wird auch, dass klassische Käufer (Eigennutzer & Anleger) von WE-Objekten diese idR bevorzugt mit bestehendem baurechtlichen/wohnungseigentumsrechtlichen Konsens erwerben. Im ggst. Fall ist nach Ansicht des gef. SV unter Berücksichtigung der damit verbundenen Kosten, Mühen, Risiken und Rechtsunsicherheiten ein Marktanpassungsabschlag iHv rd. 25% vorzunehmen.

5. GUTACHTEN

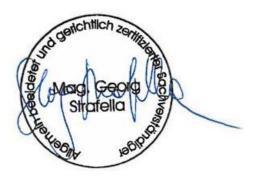
5.1. Verkehrswert der BLNR 6 – Geschäftslokal Top 1 Garten

	Ertragswert	tverfahren		
Nettomiete p.m.	gew. Fl.: 420,70 m ²		11,88 €/m²	5 000,00 € p.m.
Jahresrohertrag				60 000 €
- Bewirtschaftungskosten	Inst. 12,- €/m²	VWK 1,00%	MAW 5,00%	8 648 €
= Liegenschaftsreinertrag				51 352 €
- Verzinsung Bodenwert	500 131 €		4,50%	- 22 506 €
= Reinertrag der baulichen Anlagen				28 846 €
x Vervielfältiger	RestND 60 J.		4,50%	20,6380
= Gebäudeertragswert				595 317 €
- Fertigstellungskosten, Baumängel und -	schäden			- €
= Wert des Gebäudes				595 317 €
+ Bodenwert	420,70 m²		1 189 €/m²	500 131 €
Ertragswert				1 095 448 €
+/- Rechte und Lasten				- €
= Zwischenwert				1 095 448 €
+/- Marktanpassung			-25,00%	- 273 862 €
Verkehrswert				821 586 €
Verkehrswert gerundet				822 000 €

Der **Verkehrswert** der BLNR 368, 474/1118 Anteile, verbunden mit Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG 2002 an siehe BLNR 4 (Geschäftslokal Top 1 Garten), auf der Liegenschaft GB 01605 Floridsdorf, EZ 248, an der Adresse 1210 Wien, Hoßplatz 13, beträgt zum Stichtag¹³

rd. € 822.000,-.

Wien, am 14.10.2024



Mag. Georg Strafella Immobiliensachverständiger Allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger

Mag. Georg Strafella

¹³ unter Berücksichtigung der vorgeschriebenen (nicht indexierten) Miete

6. ANLAGEN

6.1. Grundbuchsauszug (auszugsweise)



GB

Auszug aus dem Hauptbuch

```
KATASTRALGEMEINDE 01605 Floridsdorf
                                                     EINLAGEZAHL
BEZIRKSGERICHT Floridsdorf
Letzte TZ 1239/2024
WOHNUNGSEIGENTUM IN VORBEREITUNG
Plombe 1426/2024
Plombe 1501/2024
Plombe 1577/2024
Einlage umgeschrieben gemäß Verordnung BGBl. II, 143/2012 am 07.05.2012
*************************
                             FLÄCHE GST-ADRESSE
  GST-NR G BA (NUTZUNG)
         GST-Fläche
                               600
  116
          Bauf.(10)
                                285
          Gärten (10)
                                315 Hoßplatz 13
Legende:
Bauf.(10): Bauflächen (Gebäude)
Gärten (10): Gärten (Gärten)
**************************
  4 ANTEIL: 644/1118
    H13 Immobilienprojekt GmbH (FN 447585p)
    ADR: Kärntner Ring 14/8+9, Wien 1010
    a 2274/2016 IM RANG 1343/2016 Kaufvertrag 2016-03-03 Eigentumsrecht
    b 3067/2016 4391/2016 Übertragung des Rechts auf
        Wohnungseigentumseinräumung gem § 40 Abs 2 WEG 2002 Geschäftslokal
        Top 1 Garten für Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
  6 ANTEIL: 474/1118
    Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
    ADR: Singerstraße 6/5, Wien 1010
     a 3067/2016 Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG
        2002 an siehe BLNR 4
    b 4391/2016 IM RANG 4214/2016 Kaufvertrag 2016-09-08 Eigentumsrecht
    d 2230/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-06-07
    e 3483/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-09-18
          ************************************
     auf Anteil B-LNR 6
 13
    a 4391/2016 Pfandurkunde 2016-09-08
        PFANDRECHT
                                          Höchstbetrag EUR 1.200.000, --
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
      auf Anteil B-LNR 6
     a 2493/2020 Pfandurkunde 2020-06-09
        PFANDRECHT
                                          Höchstbetrag EUR 1.000.000, --
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
    b gelöscht
      auf Anteil B-LNR 4
     a 4294/2020 Pfandbestellungsurkunde 2020-09-30
                                          Höchstbetrag EUR 3.840.000, --
        für VR Bank Niederbayern-Oberpfalz eG GnR 657 (Amtsgericht
        Regensburg)
```

Seite 1 von 2

Mag. Georg Strafella

```
20
     auf Anteil B-LNR 6
     a 2253/2023 Vereinbarung 2020-12-29, Spezialvollmacht
        2020-12-22, Nachtrag 2023-06-06
        PFANDRECHT
                                              Höchstbetrag EUR 500.000, --
        für Verius Capital AG
     b 2253/2023 Simultan haftende Liegenschaften
        EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 20
        EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 31
        EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 9
      auf Anteil B-LNR 6
     a 4673/2023 Hypothekarvereinbarung 2020-12-29, Nachtrag zur
        Hypothekarvereinbarung 2023-06-06
        PFANDRECHT
                                           Höchstbetrag EUR 10.500.000, --
        für Verius Capital AG (CHE-445.604.722)
     b 4673/2023 Simultan haftende Liegenschaften
        EZ 248 KG 01605 Floridsdorf C-LNR 21
        EZ 3022 KG 01405 Ottakring C-LNR 32
        EZ 210 KG 01210 Penzing C-LNR 10
Eintragungen ohne Währungsbezeichnung sind Beträge in ATS.
```

Grundbuch 09.05.2024 09:06:47

6.2. Einheitswertbescheid

07/11 2013 10:45 FAX +43 1 5871010 31 SV Strafella

21012

JU§TIZ

REPUBLIK ÖSTERREICH GRUNDBUCH GB

```
Auszug aus dem Hauptbuch
                                                  EINLAGEZAHL
                                                             248
KATASTRALGEMEINDE 01605 Floridsdorf
BEZIRKSGERICHT Floridsdorf
****************
Letzte TZ 1239/2024
WOHNUNGSEIGENTUM IN VORBEREITUNG
Plombe 1426/2024
Plombe 1501/2024
Plombe 1577/2024
Einlage umgeschrieben gemäß Verordnung BGB1. II, 143/2012 am 07.05.2012
GST-NR G BA (NUTZUNG) FLÄCHE GST-ADRESSE
                             600
         GST-Fläche
  116
                              285
          Bauf.(10)
                              315 Hoßplatz 13
          Gärten (10)
Legende:
Bauf. (10): Bauflächen (Gebäude)
Gärten (10): Gärten (Gärten)
4 ANTEIL: 644/1118
    H13 Immobilienprojekt GmbH (FN 447585p)
    ADR: Kärntner Ring 14/8+9, Wien 1010
     a 2274/2016 IM RANG 1343/2016 Kaufvertrag 2016-03-03 Eigentumsrecht
     b 3067/2016 4391/2016 Übertragung des Rechts auf
        Wohnungseigentumseinräumung gem 5 40 Abs 2 WEG 2002 Geschäftslokal
        Top 1 Garten für Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
  6 ANTEIL: 474/1118
    Sveta Immobilien GmbH (FN 397621m)
    ADR: Singerstraße 6/5, Wien 1010
     a 3067/2016 Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG
        2002 an siehe BLNR 4
     b 4391/2016 IM RANG 4214/2016 Kaufvertrag 2016-09-08 Eigentumsrecht
     d 2230/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-06-07
     e 3483/2023 Rangordnung für die Veräußerung bis 2024-09-18
**************
 13 auf Anteil B-LNR 6
     a 4391/2016 Pfandurkunde 2016-09-08
                                        Höchstbetrag EUR 1.200.000, --
        PFANDRECHT
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
      auf Anteil B-LNR 6
     a 2493/2020 Pfandurkunde 2020-06-09
                                         Höchstbetrag EUR 1.000.000,--
        PFANDRECHT
        für Sparkasse Neunkirchen (FN 110111d)
     b gelöscht
      auf Anteil B-LNR 4
     a 4294/2020 Pfandbestellungsurkunde 2020-09-30
                                        Höchstbetrag EUR 3.840.000,--
        PFANDRECHT
        für VR Bank Niederbayern-Oberpfalz eG GnR 657 (Amtsgericht
        Regensburg)
```

Seite 1 von 2

EW-AZ 12/015-2-0205/9

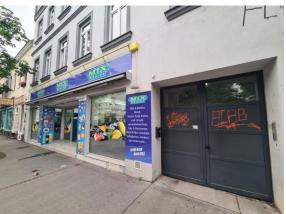
Einheitswert f . d. ges. Liegenschaft € 24.500,00

Bodenwert € 39,9037/m²

6.3. Fotos (Ausstattung/Zustand – Zeitpunkt der Befundaufnahmen)

Außenansichten, Allgemeinteile und Kellergeschoß



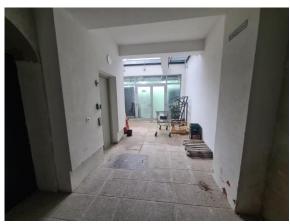






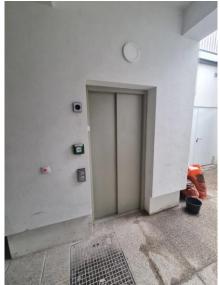






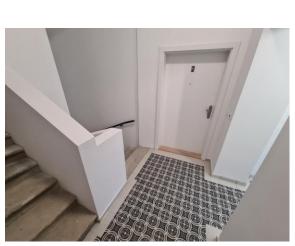












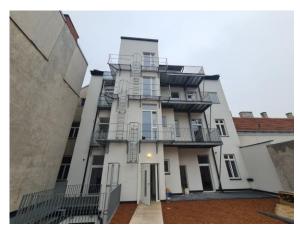






















Innenansichten Geschäftslokal Top 1 Garten











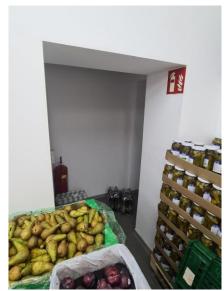


















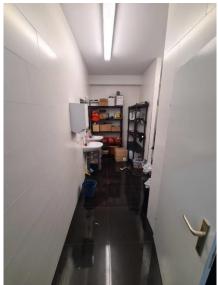










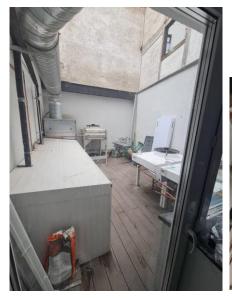














6.4. Bewilligungen/Bescheide (auszugsweise)

6.4.1. Bauakt

Bewilligung Bauliche Umgestaltungen an der linken Hausgrenze, 23.07.1910

Magistratisches Bezirksamt

k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt
WIEN.

M. B.-A. XXI. - 24728 /10.

Wien, am 23. Juli 1910.

Bei Rückschreiben wolle die vorstehende Aktenbezeichnung in der Aufschrift und auf dem Kuvert **genau** angeführt werden.

Biskmarkplatz Or.Nr.16 bauliche Umgestaltungen.

Ueber den vom Stadtbauamte vorgenommenen Augenschein wird die nachgesüchte Bewilligung erteilt, im Hause K.Nr. 1009, Grund=buchs-Einlage Z. 248/Floridsdorf des XXI. Bezirkes, Or. Nr. 16, Bismarkplatz, bauliche Umgestaltungen vorzunehmen, welche darin bestehen, dass gassenseitig das nächst der linken Hausgrenze befindliche Fenster durch Abtragung des Parapets in eine Türe umgewandelt wird.

Es wird jedoch bedüngen, dass die Mauerpfeiler nicht ver=
schwächt, ferner bei der neuen Türe weder über die Baulinie
vorspringende Vorlegestufen, noch nach aussen aufschlagende Ver=
schlüsse angebracht werden.

Hievon werden verständigt:

- 1/ Der Gesuchsteller,
- 2/ die Stadtbauamts-Abteilung für den XXI.Bezirk mit Bezug auf den Bericht vom 11.Juli 1910,Z. 3604.

Für den Bezirksamtsleiter:

Mag. Georg Strafella

Bewilligung Bauherstellungen im Hoftrakt, 28.03.1914

Magistratisches Bezirksamt für den III Bezirk k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt WIEN. Im selbständigen Wirkungskreise. M. B.-A. XXI . 9952/1914. Wion, am 28, Marz 1914. P o h l Fordinand und Adolfino. Bauherstellungen. Mit Planpare C. An die Stadtbauamts-Abteilung für den XXI. Bezirk. Das Bezirksant esteilt den Herne und Frau Perdinand und Adolfine Peh I als Eigentüner des Hauses auf der Liegenschaft E.Z.248, K.P. 116 Grundbuck Floridsdorf K.Nr. 1009 Floridsdorf und Or.Nr.18 Bisnarkplatz im IXI. Bezirke die Bewilligung, die in den genehuigten Päänen ersichtlich Zubau von Stallungen, gewachten Bauherstellungen, Ungestaltung eines Stalles in sinon Wurstraum und Ergänzung der Hauskamalisation) ausführen zu dürfen. Hiebsi wird bedungen: 1.) Der Stadtbauauts-Abtellung für den IXI.Bezirk ist rochtzeitig anzuzelgen:a) Beginn der Fundierungsarbeiten. b) die Vellendung des Rebbases, c)der Regine der Hauskanalisation unter gleichzeitiger Angabe, eb selbe unter Anwendung von Minierarbeit erfolgt eder micht. 2.) Für die Ueberpräfung müssen die Ban-und-Kenstruktionstelle sicher zugänglich sein und seweit offen liegen, dass die Qualität der Materialien, die Art der Ausführungen und die Dimensiehen zweifelles bestinnt, beziehungsweise beurteilt werden können. 3.) Santlicke Ausgusse and Wansertange sind mit Schlammfängers und Syphenverschlüssen zu versehen. 4.) Boi tiefor liegordon Rehricitangen sind Reinigungskanners mit 80:120 on und Einsteigschächte mit 60:50 on im Drucksorte Nr. 3. — M. B.-A. — Papier Nr. IV b. — A. O. Drucks.-Abt. des "Gemeins, Magistr.-Expedites". — Aufl. Dezember 1912.

Benützungsbewilligung Bauherstellungen im Hoftrakt, 28.03.1914

Magistratisches Bezirksamt für den III. Bezirk k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt WIEN. In selbständigen Wirkungskreise. M. B.-A. XXI . -9952/1914. Wien, am 28. März 1914. P o h l Fordinand und Adolfine, Bauherstellungen. Mit Planpare C. An die Stadtbauamts-Abteilung für den XXI.Bezirk. Das Bezirksant esteilt den Herne und Frac Perdinand und Adolfine P e h l als Eigentüner des Hauses auf der Liegenschaft E.Z.248, K.P. 116 Grundbuch Floridaderf K.Nr. 1009 Floridsdorf und Or.Nr. 18 Bismarkplatz im III. Bezirke die Bewilligung, die in den genehnigten Plänen ersichtlich gemachten Bauherstellungen, Ungestaltung eines Stalles in sinen Worstraum und Ergänzung der Hauskanalisation) ausführen zu dürfen. Hieboi wird bedungen: 1.) Der Stadtbauunts-Abteilung für den III.Bezirk ist rochtseitig anzuzeigen:a) Reginn der Fundierungearbeiten. b) die Veldendung den Rehbaues. c)der Beginn der Hauskanalisatien unter gleichzeitiger Angabe, ob selbe unter Anwendung von Minierarbeit erfolgt oder nicht. 2.) Für die Ueberprüfung müssen die Ban-und-Kenstraktionstelle sicher zugunglich sein und seweit offen liegen, dass die Qualitat der Materialien, die Art der Ausführungen und die Dimensionen zweifelles bestimmt, beziehungsweise benrteilt werden können. 3.) Santlicke Ausgusse and Wassertante sind mit Schlammfängern und Syphenverschlüssen zu versehen. 4.) Bei tiefer liegorden Rehpleitungen sind Reinigengskanmers mit 80:120 en und Einsteigeshächte mit 60:60 en im Drucksorte Nr. 3. - M. B.-A. - Papier Nr. IVb. - A. O. Drucks. Abt. des "Gemeins, Magistr.-Expedites". - Aufl. Dezember 1912.

Bewilligung Bauabänderungen im Hoftrakt, 25.07.1914

Magistratisches Bezirksamt für den XXI. Bezirk der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Selbständiger Wirkungskreis.

M. B.-A. XXI - 28369/14 Wien, am 25. Juli 1914.

Pohl Ferinand und Adolfine, Bauaban-

An die

deriungen.

Stadtbauamts-Abteilung für den XXI. Bezirk.

Planpare C.

Das Bezirksamt erteilt dem Herrn

Ferdinand und der Frau Adolfine Pohl als Eigentümern des Hauses E.Z. 248, K.P. 116 Grundbuch Floridsdorf K.Nr. 1009 Floridsdorf und O.Nr. 16 Bismarckplatz im XXI. Bezirke die Bewilligung, die in den gerehmigten Plänen ersichtlich gemachten Bauabänderungen (Planwecksel zum Konsens M.B.A.XXI-9952/14) ausführen zu dürfen.

Hiebsi wird bedungen:

1.) Das Holzzementdach über dem Eishause sowie der Stiegenaufgang sind durch 1 m hohe, standsiehere Geländer abzufrieden.

2.) Die neue Dackbodenture ist

aussen feuersicher herzustellen.

Gesuche um Zuerkennung der zeil-

lichen Steuerhegunstigung sind gemäss §§ 3, 4 und 28 des Gesetzes von 28. Dezember 1911, R.G.

Bl. Nr. 242, innerhalb 60 Tagon and ollende

tem Baue und jedenfalls vor Benützung des Objektes bei der k.k. Steueradministration für den

Bezir- einzubringen.

Drucksorte Nr. 1. — M.-Abl. — Papier Nr. Vb. — A. O. Drucks.-Abt. des "Gemeins. Magistr.-Expedites". — And. März. 1914

Cal

Baubewilligung Errichtung eines Magazins, 02.12.1924

Magistratisches Bezirksamt

für den ... Bezirk in Wien

im selbständigen - staatlichen - Wirkungsbereiche.

M. B. A. XXI/10411/ /1924.

Ferdinand Pohl, Bauherstellungen.

Sien, am 2. Dezember 1924.

An die Stadiffhamtsabteilung

Das mag.Bez.-Amt erteilt dem Herrn Ferdinand Pohl als Migentümer des Hauses G.B.A.248 Grund noh Donaufeld K.P.116, Gr.Nr.13 Bismarkplats im 21.Bezirk nach den mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Planen die Bewilligung, zur Ausführung der in diesen Plänen ersichtlich gomachten Bauherstellungen bestehend in der Errichtung eines gemauorten Magazins als Aufbau.

Bedungen wird:

- 1.) Der Stadtbauamtsabteilung f.d. 21. Bezirk ist rechtzeitig die Vollendung des Hohbaues anzuzeigen.
- 2.) Die Feuermauer ist mindestens 15 cm über Dach zu führen.
- 3.) Sämtliche Holzkonstruktionsteile sind feuersicher zu verkleiden.
- 4.) Die Tür ist nach außen safsohlagend und feuersicher herzustallen.
- 5.) Die Stiege ist mit einem stand enten Geländer zu versehen.
- 6.) Die Niederschlagswässer sind in einwandfreier weise auf eigenen Grund abzuführen.
- 7.) Die Decke über dem Bisbaus ist abzupflastern oder mit einem Lehmflötz zu versehen.
- 8.) Die Abschlußmauer des bestehenden Gebäudes ist zum feuersicheren Ab-

schluß des Magazins bis über Dach dieses Aufbaues zu führen.
Drs. Nr. 26.- M. B.-A. 50000 St. L. P.

Der Begirksamtsleiter:

Bewilligung Aufsetzung Stockwerk beim Hoftrakt u. Adaptierungen im EG, 09.06.1927

Magistratisches Bezirksamt
für den XXI Bezirk in Wien M.N. 1009
im selbständigen - strattichen - Wirkungsbereiche.
M. B, A. XXI/4472 /2.7. Wien, am 9. Juni 1967.
Ferdinand und Adolfine Pohl, Bauherstellungen.
An die
Eheleute Ferdinand und Adolfine Pohl,
21., Bismarkplatz 13 Plan A und B.
Bescheid:
Das mag. Bezirksamt für den 21. Bezirk erteilt den Wheleuten Ferdinam und Adolfine Pohl nach den mit dem Genehmigungsvermerk versehenen länen die Bewilligung zur Vornahme von Bauherstellungen auf der Lissenzchaft 4.2. 116 0.5.2.248 Grundbuch Floridsdorf 21. Bezirk Bismarkplatz 13 Konskr. Br. 1992, welche nach den vorgelegten Plänen darin bestehen, dass auf dem linksseitigen, ebenerdigen Hoftrakt ein Stockwerk aufgesetzt wird und im Erdgeschoß diverse adaptierungen durchgeführt werden.
Es wird bedungen:
1.) Behufs übertragung der vor der Baustelle liegenden da 52 m2 großen Teiles der im Bigentum der Gemeinde Wien befindlichen K.P.555. F.Z.187 Grundbuch Floridsdorf in der richtigen Höhenlage in das Verzeichnis über das öffentliche Gut ist die von der Mag. Abt. 45 festzusetzende Entschädigung
zu leisten. 2.) Zur Sicherstellung dieser Verpflichtung ist ein Haftgeld im Betrage von 200 S beim Zentralrechnungsamt Stelle IV - VIII zu Tegen erlegen, Friegt 1t. Erlagschein der Hauptkassa der Stadt Wien v. 9. VI.1927, Erl. Nr. 13069 mit Sparkassabuch der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien Filiale
3.) Der Stadtbeuemtsabteilung f.d. 21. Bezirk sind rechtzeitig enzuzeigen : a.) Der Baubeginn, b.) der Beginn der Herstellung des Hauskanales unter gleichzeitiger Angebe einer allfälligen Minierungsarbeit.
4.) Unterhalb des Abortes und der Waschküche sind holzfreie Deckenkonstrukti- onen anzuordnen. Die Fußböden dieser Räume sind wasserdicht herzustellen.
5.) Das Abziehen der Rauchfänge hat durch einen gewerbeberechtigten (nach der Kehrbezirkseinteilung hiezu berufenen Rauchfangkehrer zu geschehen.) Über das Ergebnis des zweimaligen Abziehens der Rauchfänge ist noch wor Erteilung der Benützungebewilligung ein Befund vorzulegen.
6.) Die Rauchfangputztürchen sind in dauerhafter Weise mit den bezüglichen Wohnungs - und Stockwerksnummern zu bezeichnen.
7.) Die Putzöffnungen der Kanalrohrleitungen müssen dichtschliessende mit widerstandsfähigen Zuheltungen und Kautschukeinlagen ausgestattete, die Putzschächte Deckel aus Stein oder gerippten Bisen und die Wassereinläufe Geruchsberschlüsse erhalten.
Pricksorte Nr. 26 - Gem. Mag. Exp.

Benützungsbewilligung Stockwerksaufsetzung und Adaptierungsarbeiten, 29.08.1927

Honse 200 Magistratisches Bezirksamt

im selbständigen - staatlichen - Wirkungsbereiche.

M-B, A. XXI/ 2740 /2 7.

Wien, am 29. VIII. 1927.

Benützungsbewilligung Adolfine und Ferdinand Pohl Grdb. F.Z. 248, Grdb. Floridsdorf K. Nr. 1009 Fldf. Stockwerksaufsetzung auf den Hofseltentrakt u. Adaptierungsarbeiten.

An die

Bauherren Ferdinand und Adolfine Pohl.

21. Bismarkplatz 13.

Bescheid:

Auf Grund des am 24. VIII. 1927 vorgenommen en Augenscheines erteilt das mag. Bezirksamt f.d. 21. Bezirk die Bewilligung alla Räume welche zufolge der mit Baubewilligung vom 9. Juni 1927 M.B.A. XXI/4472/27 an dem Hofseitentrakt des Gebäudes Grdb. Fini. 248 Grdb. Fldf. K. Nr. 1009 Fldf. 21. Ezzik Bezirk, Or. Nr. 13 Bismarkplatz durchgeführten Bauherstellungen (Stockwerks-aufsetzung und Adaptierungsarbeiten) geschaffen wurden benützen zu lassen.

Sie werden aufmerksam gemacht, dass die durch die baulichen Herstellungen entstandenen Aenderungen im Sinne des § 7 des Wohnbausteuergesetzes unter genauer Angabe der Art der Aenderung in der räumlichen Ausdehnung, Beschaffenheit und Ausstattung oder Verwendung des Mietobjektes (Hauses) dem Wiener Mag. Abt. 5. I. Neues Rathaus, als Bemessungsbehörde der Wohnbausteuer binnen 14 Tagen nach Fintritt der Aenderung bei sonstiger Strafe anzuzeigen sind. Wenn nach Threr Ansicht die Voraussetzungen des Gesetzes vom 18.3.1927, L.G. Bl. f. Wien Nr. 21, für eine Befreiung der Baulichkeiten von der Wohnbausteuer zutreffen, so können Sie um diese Befreiung bei der Mag. Abt. 5 innerhalb 45 Tagen nach Erteilung der Benützungsbewilligung ansuchen, wobei Sie nach § 3 dieses Gesetzes selbst den Nachweis zu erbringen haben, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für den Bau zutreffen.

Drucksorie Nr. 26 - Gem. Mag. Exp.

Baubewilligung Bauliche Umgestaltung im linken Hofseitentrakt, 20.07.1928

Magistratisches Bezirksamt

für den XXI Bezirk in Wien

im selbständigen - stantlichen - Wirkungsbereiche.

M. B. A. XXI/3615 /2 8.

Wien, am 20. VII.1928.

Ferdinand und Adolfine Pohl, Bauliche Umgestaltungen 21. Bezirk Bismarkplatz Or, Nr.13 Grundb. Einl. 21.248, Grundb. Floridsdorf Aonskr. Nr. 1009 Floridsdorf.

Bescheidi

Das mag, Bezirksant f.d.21. Bezirk erteiltden Eheleuten Ferdinand und Adolfine Pohl Eigentümer der Liegenschaft E.Z.248, Grundbuch Floridsdorf E.Z.113 nach den mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Plänen die Bewilligung für bauliche Umgestaltungen in dem Gebäude 21. Bezirk Bismarkplatz Cr. Nr. 13 E.Z.248 Grundbuch Floridsdorf Norskr. Nr. 1009 Floridsdorf melche dazin bestehen, dass die im linken Hofseitentrakt zu ebener Erde gelegene Räugherkammer durch Aufführung zweier 12 cm starker Scheidewände. Vermanern der beiden vorhendenen Fenster und Entfernung der in diesem Reume hefindlichen Selchofens in Kühlräume umgewandelt werden sell. Weiters soll der links neben der Schlagbrücke gelegene, zur Mursterei gehörige Raum durch Einhau eines Selchofens zur Räunherkemmer gemacht werden.

Bedungen wird :

- 1.) Die Wande des Kühl u. Vorkühlreumes sind bis auf 2.- m Höhe fugendicht zu verkacheln.
- 2.) Der aufzustellende Selchofen ist in den von den Rauchgesen bestrichenen nun Selchräume feuersicher abzudecken.

Gegen diesen Bescheid steht auf Grund des § 107 der B.O.f. Wien die Berufung offen, die gemäß § 63 d.a.V.G.binnen 2 Wochen nach erfolgter Zustellung beim mag Bezirksemt f.d.21.Bezirk eingebracht werden kam. Hievon werden gleichleutend verständigt:

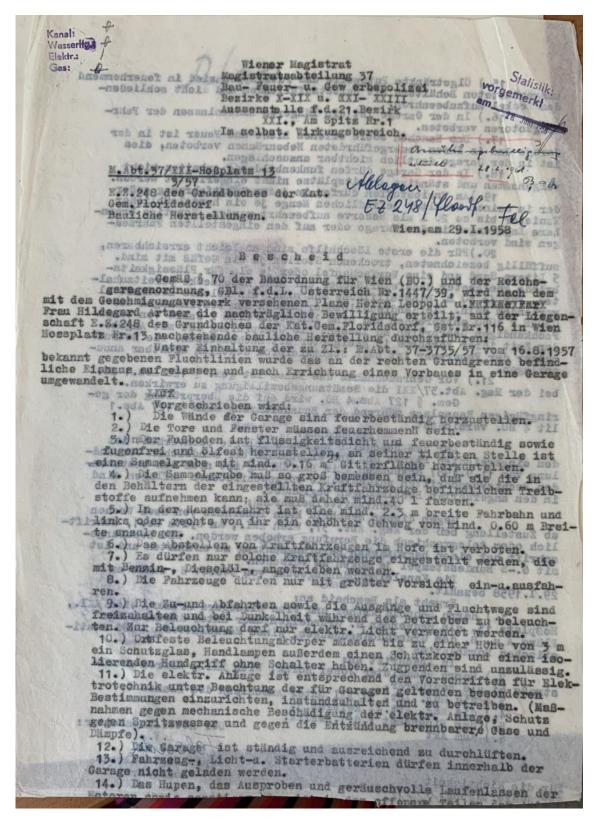
- 1.) Die Abeleute Ferdinand u. Adolfine Pohl els Bauherrn 21., Bismarkpl.13
- 2.) Herrn K.F. Arnold Baumeister 21., Brünnerstrasse 7 als Bauführer

 Gem. Mag.-Exp. Drucks. 26. V. 4888. 28 HL. 20-H A L.

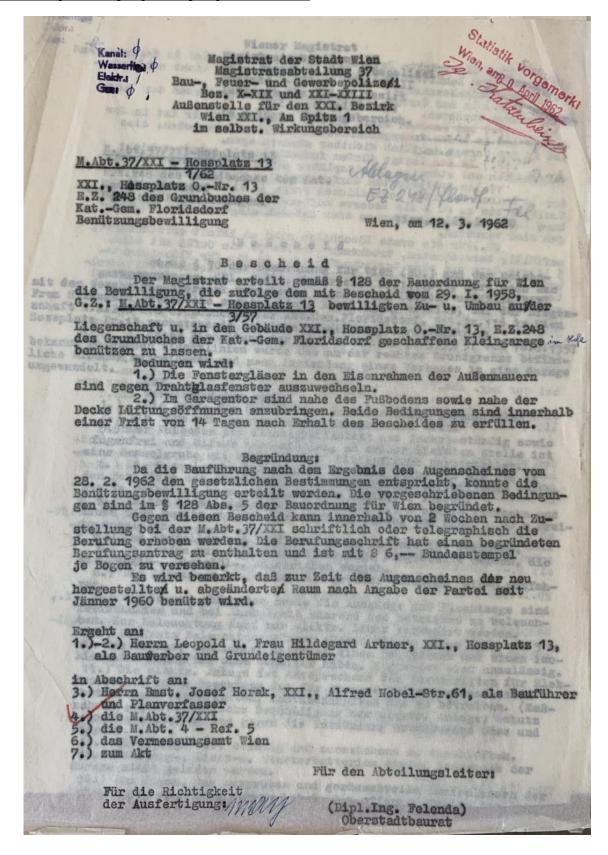
Baubewilligung Feuermauerdurchbrüche, 15.01.1941

Der Bescheib stütt sich auf die 9. Durchsührungsverordnung vom 17. August 1939 zum Luftschutzgeset und die hiezu erlassenen Aussührungsbestimmungen, wonach der Kausseigentümer, an einer Stelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschof aneinanderschen Gehäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungssesen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen ine Schutzmaßnahme darstellt, deren Aussührung aus öffentlichen Rücksichten dringend geboten ist. 1.) den Hauseigentümer zuhanden Laupold artner 22 post 141 Bismarkpl. 13 mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schutzpolizei Abs. 3. L. Schottenring 11.	Dezittsgauptmannich	wesen, Abteilung IV/31 aft für den 21., Bezirk. diensk.
e. 3. 248, Gumbluchlate , R. Ar. 1009 Feuermauerburchbriche, Auftrag. Von Bismarkple. O. Nr. 13 Zu "12 Sescheid. Aufterges des Polizeipröstdenten wird entsprechend der 2. Ausführungsbefitmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Chfischusgeses der Eigentümer des Sauses 21. Dez., Bismarkplatz Dr. Ar. 13 beauftragt, durch einen besugten Baugewerbetreibenden binnen Zugen Wochen nach Erhalt diese Sescheides die in der bestigenden Verbandlungssschrift über den Augenschein vom B. Aumer 1941 näher seisgesten Mauerdurchbrüche herstellen und die Kfinungen behelfsmäßig wieder abmauern zu lassen. Die Verbandlungsschrift vom B. Nähmer 1941 bildet einen Bestandteil dere Seschablungssschrift vom B. Nähmer 1941 bildet einen Bestandteil der Elegraphisch einzubrüngende Einspruch offen, dem zieden die erfüllt werden sollte, wird gemeinen Verwaltungsverfahrensgesess die ausschieden Virtung abertannt wird. Die Derbandlungsverfahrensgesesse die ausschieden Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsverfahrensgesesse die mangelnde Leistung auf Kossen und Gesahr des Saussciegentümers dewertstelligt werden. Segründung. Der Beschied stützt sich auf die 9. Durchführungsverodnung vom 17. August 1939 zum einer Erstelle der Ersbändererdigtige der der Rießbändererdigtige der der Rießbändererdigtige der der Rießbänder und höstigensals und in össtungsschinungen berzustellen. Die ausscigentümer, an einer Erstelle der Erständererdigtige der der Prüßschrauder verpflichtet ist, im Kellerzssschop aneinanderien Schaubsgesschausen der Verbandungsbeschinungsbeschinungen berzustellen. Die ausscigentümer, an einer Erstelle der Erständererdigtigt der der Prüßschrauder verpflichtet ist, im Kellerzssschop aneinander einen Einspruch mußte abertannt verben, weil die Serstellung der Berbindungsbesche Bistung einen Einspruch mußte abertannt verben, weil die Serstellung der Verbandungsbeschen Bistung einen Einschlander Verbandungsbeschen wird der Verbandungsbeschen der Verbandungsbeschen der Verbandungsbesche der	216t. IV/31//194	
Feuermauerdurchöfliche, Auftrage. Von Blemarkpl. O. Nr. 13 Zu "12 ** 12 ** 23escheid. Auf Grund eines Antrages des Polizeipräsidenten wird entsprechend der 2. Ausführungsbeftimmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Ourchführungsverordnung zum Luftschutzgese der Cigentimer des Kausses 21. Bez., Blemarkplatz D. Or. Nr. 13 beausstragt, durch einen besugen Baugeverbetreibenden binnen I. Sagen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der deiligenden Berhandlungsschrift über den Augenschein vom B. Akuner 1941 naher schieges Wescheides die in der deiligenden Werhandlungsschrift über den Augenschein vom B. Akuner 1941 naher schiegen Mauerdurchbrüche berstellen und die Offinungen behelfsweises Bescheides der telegraphisch einzubringende Einspruch offen, dem jedoch im Sime des § 64, Albsa 2, des Allgemeinen Verbaltungsberfahrensgesesse die ausschieden Wirtung abertannt wird. Benn dieser Alfrag innerbald der schiegebende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Alfrag innerbald der schiegebende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Alfrag innerbald der schiegebende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Alfrag innerbald der schiegebende Veistung auf Kossen und Gesahr des Hausserichtigte ober Ausseigentümers der Gebäube durch Mauerdurchbrüche der Richardsgesessen der Kribanderechtigte ober Richardungsbestimmungen, wonach der Dausseigentümer, an einer Erles der Erbsänderechtigte ober Richardungsbestimmungen, wonach der Dausseigentümer, an einer Gebäube durch Mauerdurchbrüche in dem Feuermauern und nötigenfalls auch in öffinungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Bereindungsbeson einen E	3. S. 21 B/Abt. 32/41/194 /B.	
Von Bismarkpl. O. N. 13 20 "12 Bien, am 15 I. 194 1 Descheid. Alus Grund eines Antrages des Polizeiprässbenten wird entsprechend der 2. Aussührungsbestimmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgeses der Eigentümer des Sauses 21. Bes. Bismarkplatz Or. Nr. 13 deauftragt, durch einen besugten Baugewerbetreibenden binnen 3. Eggen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der beilitegenden Verhandlungsschrift über den Augenschein vom B. Tänner 194 I. näher seisgelegten Mauerdurchbrüche herstellen und die Össungen behelfsmäßig wieder abmauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom B. Auner 194 I. bildet einen Bestandteil diese Bescheides. Gegen diesen Bescheides ein der diesen der die der die der die der der die der die der die der der die der	21 Bes Bismarkplatz Or. Nr. 1	3
Tu Besmarkpl. 0. Nr. 13 20 23escheid. Auf Grund eines Antrages des Polizeipräsidenten wird entsprechend der 2. Ausstührungsbestimmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgesch der Eigentümer des Hause einen befugten Baugewerbetreibenden binnen z. Sagen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der beitiegenden Verhandlungsschrift über den Augenschein vom A. Anderer 194½ näher seitiegenden Werhandlungsschrift über den Augenschein vom A. Anderer 194½ näher seitigenden Wauerdurchbrüche herstellen und die Össtungen behelfsweise Bescheides die in der beitiegenden Vanerdurchbrüche herstellen und die Össtungen behelfsweise Bescheides Bescheides Bescheides Enspreche der Einhruch ossen aus Justellung dei diesem Allender Die Berhandlungsschrift vom A. Anderer 194½ biedes Leisen Beschalteit der Elegaphische. Gegen diesen Bescheid sieht der binnen 2 Wochen nach Aufellung dei diesem Amberlagen der einspruch ossen zu gemeinen Bervaltungsverschrensgeseses die ausschieden Wirtung abertannt wird. Wenn dieser Auftrag innerhalb der sestigeses View mangelnde Leistung auf Kossen und Weschaltungsverschungsverschung vom 17. August 1939 zum einer Erstle der Ersbauberechtigte oder der Rießbraucher verpflichtet ist, im Kellerzeichos aneinanderien Jussissprungsbestimmungen, wonach der Kaussigenstümer, an ichem Erschauberechtigte oder der Rießbraucher verpflichtet ist, im Kellerzeichos aneinanderien Jussissprungsbestimmungen, wonach der Kaussigenstümer, an ichem Einspruch mußte abertannt werden, weil die Austermauern und nöstigenschie auch in össungen einer Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Berbindungsössinungen mit einer Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serstellung der Berbindungsössinungen der Einspruch und der Aussissinungen der Berbindungsössinungen der Gehünden Rüchsichten der Berbindungsössinungen der Gehünder von der Berbindungsössinungen der der Rießbestenden der Berbindungsössinungen der Gehünder der Von der Verbindungsössinungen der Leisen Rüchsich der	C. 3. 248, Grundbuclar, R. Nr	1009/
Puf Grund eines Antrages des Polizeipräsidenten wird entsprechend der 2. Ausführungsbestimmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgese des Gigentümer des Hauses 21. Bez., Bismarkplatz beauftragt, durch einen besugten Baugewerdertreibenden binnen 3. Eugen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der beiltegenden Verhandlungssschrift über den Ausgenschein vom B. 194 I. ahher sestigesten Mauerdurchdrüche herstellen und die Ssimmungen behelfsdieses Bescheides. Die Berhandlungsschrift vom B. Aufricer 194 I. die einen Bestanderische Siesen diese Sescheides. Gegen diesen Bescheid sieht der der die einen 2 Wochen nach Zussellung dei diesem Ammer Auftrick der einen Westandteil der et elegandpisch einzubringende Einspruch osten, dem einen Berwaltungsverschrenszeisesse die ausschiedende Wittung abertannt wird. Benn dieser Austragiensche Einspruch ossen, der erstellt werden sollte, wird gemäß eigentümers bewertstelligt werden. Weerwaltungsvollsrectungsgesches die mangelnde Leistung auf Kosten und Gefahr des Hauseinstellungsweisentümers bewertstelligt werden. Weer Bescheid stützt sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Etelle der Erbauderechtigte oder der Rießführungsbestimmungen, wonach der Hauseisenstümer, an independer Gebäude werch Mauerdurchbrüche in den Reienschießte in den Kellergesches fünder ausschiegenschen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Nerstellung der Berbindungsöffnungen der Periphichte ist, im Kellergesches fünden ausschiegenschen Geschube durch Mauerdurchbrüche in den Vereinungschie von der Vereinungschie von der Vereinungschie von der Vereinungschie erden Reinungschie der Vereinungschie von der Vereinungschie der Vereinungschie von der Vereinungschie der Vereinungschie Gebaube durch Mauerdurchbrüche in der Vereinungschie von der Vereinungschie der	Von Bismerkni O No 32	Wien, am 15 1 194 1
Auf Grund eines Antrages des Polizeipräfidenten wird entsprechend der 2. Ausführungsbeftimmung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Ourchführungsverordnung zum Luftschutzgesche der Eigentsimer des Saufes 21. Bez., Blemarkplatz Or. Nr. 13 deaustragt, durch einen befugten Baugewerbetreibenden binnen Jagen Wochen nach Erhalt diese Sescheides die in der beiliegenden Berhandlungsschrift über den Augenschein vom Beschiefes Bescheides die in der beiliegenden Wauerdurchbrüche herstellen und die Hinner 1941 näher festgelegten Mauerdurchbrüche herstellen und die Hinner Westandlungssichrift vom Beschiefes Beschiebes. Die Verhandlungssichrift vom Beschiefes Wiesen nach Zustellung dei diesem Westandteil diese Beschiebes. Gegen diesen Wescheides. Gegen diesen Wescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung der dem Auftrag innerhalb der schiepende Wirtung abertannt wird. Westandlungsverfahrensgesches die aufschiedende Wirtung abertannt wird. Ben diese Auftrag innerhalb der schiegeschen Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäße eigentümers bewertstelligt werden. Wegründung. Der Bescheid füßt sich auf die 9. Ourchführungsverordnung vom 17. Ungust 1939 zum zusteiner Gele der Erbauberechtigte oder der Nießbrungsbestimmungen, wonach der Hauseigesche Austrischungseises und die hiezu erlassen Ausführungsbestimmungen, wonach der Hauseigesche Austrischung der Erbauberechtigte voer der Nießbrungsbestimmungen. Wonach der Hauseigesche der Verpflichtet ist, im Kelterzeschöß aneinander einer Eelle der Erbauberechtigte oder der Nießbrungsbestimmungen wir diesende Dirtung kanzeigentstung Nauerburchbrüche in den Feuernauern und nöstgenfalls auch in östungsein wirden Verpflichten ihren Peuernauern und nöstgenfalls auch in östungsein der Eichben der Munterburchbrüche der den Peuernauern und nöstgenfalls auch in östungsein wirden der Einhause Schliebende Wirtung der Sch	zu " 12	
Auf Grund eines Antrages des Polizeipräsidenten wird entsprechend der 2. Ausführungsbefinnung vom 12. März 1940 zum § 1 der 9. Durchführungsverordnung zum Luftschutzgeset der Eigentümer des Saufes 21. Bez., Bismarkplatz Dr. Nr. 13 deauftragt, durch einen befugten Baugewerbetreibenden binnen 3 Engen Wochen nach Erhalt diese Bescheiches die in der beiliegenden Verhandlungssschrift über den Augenschein vom B. 1941 näher schliegenden Werhandlungssschrift über den Augenschein vom Beschließes Verschandlungssschrift vom Beschließes Verschandlungssschrift vom Beschließes Verschandlungsschrift vom Beschließes Verschandlungsschrift vom Beschließes Verschandlungsserfahrensgeseises die aufschiedende Wirtung abertannt wird. Werm dieser Auftrag innerhalb der festgeseten Frische finight erfüllt werden sollte, wird gemeinen Verwaltungsverschrensgeseises die aufschiedende Wirtung abertannt wird. Werm dieser Auftrag innerhalb der festgeseten Frische frischt erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsverschrensgeseises die mangelnde Leistung auf Kosten und Gefahr des Hauserichtigte werden. Wegründung. Der Bescheid füst sich auf die 9 Durchführungsverordnung vom 17. Ungust 1939 zum einer Stelle der Erbbauberechtigte oder der Rießbrauder verpslichtet ist, im Kellerzsssoch aneinanderden Gebäude durch Auserbunkpfrüsch in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öhrungsschen Gebäude durch Auserbunkpfrüsch in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öhrungsen einer Gelde der Erbbauberechtigte oder der Rießbrauder verpslichtet ist, im Kellerzssschöß aneinander gen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Sertsellung der Verbindungsöfnungen ine Schübnerd durch Mauerbunkpfrüsch in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öhrungsschen Verschalben durch Mauerbunkpfrüsch der der Verbindungsschlichen Rüchtigen der Beschen Birtung mit einer Allessen der Verbindungsschlichen Rüchtigen der Verbindungsöfnungen ine Schübner der Verbindungsschlichen Rüchtige der Verbindungsschlichen Rüchtige der Verbindungsschlichen Rüchtigen der	3efe	cheid
Eigentümer des Saufes 21. Bez., Bismarkplatz Or. Ar. 13 beauftragt, durch einen befugten Baugewerbetreibenden binnen 3 Cagen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der beiliegenden Verhandlungssschrift über den Augenschein vom 194 1 näher sestgelegten Mauerdurchbrücke berstellen und die Issungen behelfstätigt wieder abmauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom A. Anner 194 1 bildet einen Bestandteil dieses Bescheides. Gegen diesen Bescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung dei diesem Amer schriftlich der einen Bescheide einzurch ossen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsas 2, des Allgemeinen Berwaltungsverschrensgeseses die ausschiedende Wirtung aberkannt wird. Wenn dieser Austrag innerhald der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß eigentümers bewerkstelligt werden. Verscheidende Lieften und Geschen Ausschiedende Wirtung auf Kosten und Gesahr des Hauseigentümers dewerkstelligt werden. Verschiedungsgesen und die hiezu erlassenen Ausschiedende Verstütung auf Kosten und Gesahr des Hauseigentümers der Schauberechtigte oder der Ausschieden der Lausschieden der Kosten und Gesahr der Kosten und Gesahr der Freiheit gesten Frist nicht ersplichtet ist, im Kellerzeschof aneinander des Webäuberschiede in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungseinen Schäuben der Mauerdurchbrücke in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungseinen Schäuben der Kosten und Kosten und Kosten und Kosten und Kosten und der Kosten und		
Eigentümer des Saufes 21. Be3. Bismarkplatz Or. Ar. 13 beauftragt, durch einen befugten Baugewerbetreibeneben binnen 3 Engen Wochen nach Erhalt dieses Bescheides die in der beiliegenden Verhandlungssschrift über den Augenichein vom 194 1 näher sestgelegten Mauerdurchbrücke berstellen und die Issungen behelfsbies wieder abmauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom 2. Anner 194 1 bildet einen Bestandteil dieses Bescheides. Gegen diesen Bescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung dei diesem Amerschliche Gegen diesen Bescheide einspruch ossen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsa 2, des Allgemeinen Berwaltungsverschrensgeseses die ausschiedende Wirtung aberkannt wird. Wenn dieser Austrag innerhald der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß eigentümers bewerkstelligt werden. Vergründung. Der Bescheid stützt sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Erelle der Erbsauberecksigte oder der Ruefssucher verpslichtet ist, im Kellerzeichof aneinanderiosen Zuschsüben Weschauber verpslichtet ist, im Kellerzeichof aneinanderiosen Zwischen Augestunder der Verbsauberschieden der Auseigentsumer and mössenfalls auch in össtung ime Schützen wurchbrücke in den Zuschsungen bezusstellen. Die aufschiedende Wirtungs ime Schützengen einen Einspruch mußte abersantn werden, weil die Serstellung der Verbindungsösstungen ime Schützengen der Verbindungsösstungen aus össenstlichen Rücksiedende Wirtungs mit einer Abschrift der Werhandlungsschrift, 2. den Rommande der Besindsprifts der Berhandlungsschrift, 2. den Rommande der Berhandlungsschrift. 2. den Rommande der Berhandlungsschrif	bestimmung vom 12. März 1940 um & 1 ber 0	prafidenten wird entsprechend ber 2. Ausführungs-
bieses Bescheides die in der beiliegenden Verhandlungsschrift über den Alugenschein vom 1941 näher festgesegten Mauerdurchbrüche berstellen und die Öffnungen behelfsmäßig wieder admauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom 8. Admer 1941 bildet einen Bestandteil dieses Bescheides. Gegen diesen Sescheide steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Almte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch ossen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsa 2, des Allsa 2, des	Eigentümer des Saufes 21. Bes. Bismarel	Ourchfuhrungsverordnung zum Luftschungeset ber
194. 1 näher festgelegten Mauerburchbrüche berkellen und die Sschungen behelfsmäßig wieder abmauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom Anderson 194. 1 bildet einen Bestandteil diese Bescheides. Gegen diesen Bescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Almet schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch ossen jedoch im Sinne des § 64. Albas 2, des Allogen der telegraphisch einzubringende Einspruch ossen jedoch im Sinne des § 64. Albas 2, des Allogen der telegraphisch einzubringsverfahrensgesess die aufschiebende Wistung abertannt wird. Wenn dieser Auftrag innerhald der sessen Frist nicht erfüllt werden sollke, wird gemäß eigentümers Gerwaltungsverschungsgesesses die mangelnde Leistung auf Kosten und Gesahr des Hausseigentümers bewerkstelligt werden. Verwaltungsverschliche dungsgesesses die mangelnde Leistung auf Kosten und Gesahr des Hausseigentümers bewerkstelligt werden. Verschlüngs. Der Bescheid stüst sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. Alugust 1939 zum einer Estelle der Erbäuderechtigte oder der Nießführungsbestimmungen, wonach der Kausseigentümer, an toßender Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötzenschlich anschen einer Eich der Erbäuderschlichen Ausseigentümer, an inspender Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötzenschlässen Bistungsein wird einer Eichgen dies Abstant werden, weil die Kertsellung der Verbindungsöffnungen im Schutzungsbestimmungen derstüllt, deren Aussschlichen wird in Kinnungsich wird. 1.) den Hausseigentümer zuhanden Leapold artner 2 plast 141 Bismarkoll. 13 mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift, Ausschlichen Küchschreitung ist. Der Libteilungsseinischen Wille der Verhandlungsschrift. Der Libteilungsseileiter: Der Libteilungsseileiter: Der Libteilungsseileiter:		
mäßig wieder abmauern zu lassen. Die Verhandlungsschrift vom A. Alienner 194.1 bildet einen Bestandteil dieses Bescheides. Gegen diesen Bescheide steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Amte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch ossen der nach Zustellung bei diesem Amte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch ossen der Auflichtende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Auftrag innerhalb der festgeseten Krist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes die mangelnde Leistung auf Kosten und Gefahr des Hausseigentümers bewerkstelligt werden. Vegründungs. Der Bescheid stützt sich auf die 9. Durchsübrungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Etelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschoß aneinnadersosen Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungsiegen einen Einspruch mußte aberkannt werden, weil die Serstellung der Verbindungsöffnungen berzustellen. Die ausscheidebende Wirtung ime Schuhmaßnahme darstellt, deren Aussschlichen Rücksichten der Verbindungsöffnungen weil die Bertiellung der Verbindungsöffnungen das öffentlichen Rücksiebende Wirtung mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schuppelizei, Albt. 3 e. k. Schottenring die mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Lbteilungsleiter: Der Lbteilungsleiter: Der Lbteilungsleiter:	diefes Bescheides die in der beiliegenden Berhandl	ungsschrift über ben Olygenichein nem
Die Verhandlungsschrift vom Bestänner 194.1 bildet einen Bestandteil dieses Bescheides. Gegen diesen Bescheides fieht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Amte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch offen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsa 2, des Allsgemeinen Berwaltungsversahrensgesehes die aufschiedende Wirtung aberkannt wird. Benn dieser Auftrag innerhalb der sessignen Krist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsvollstreckungsgesehes die mangelnde Leistung auf Kosten und Gesahr des Hausseigentümers bewerkstelligt werden. Begründung. Der Bescheid stützt sich auf die 9. Durchsübrungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Etelle der Erbbauberechtigte oder der Niesbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschof aneinandersossen Bedünde durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungsiegen einen Einspruch wuße abertannt werden, weil die Serfsellung der Berbindungsöffnungen wegen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serfsellung der Berbindungsöffnungen westellen. Die aufschiedend Wirtungswegen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serfsellung der Berbindungsöffnungen westellt, deren Ausschieden Rüchschen Rüchschen Rüchschen Richten Rüchschen Richten Rüchschen Richten Rüchschen Richten Bestahlt Richten Richten Richten Richten	mäßig michen of 194 näher festgelegten M	auerdurchbrüche berftellen und die Offnungen habelte
Gegen diesen Bescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Amte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch offen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsat 2, des Allgemeinen Verwaltungsverschrensgesesses die ausschiedende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Austrag innerhalb der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsvollstreckungsgesesses die mangelnde Leistung auf Kosten und Gefahr des Hausschlaften des Hausschlaften und Gefahr des Hausschlaften der Verschlafte ist, im Kellergeschof aneinanderschlaften der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpflichte ist, im Kellergeschof aneinanderschen Bedünde durch Mauerdurchvüche in den Feuermauern und nötigenschafts auch in Hungschen des Gebäudes Verbindungsöffnungen herzustellen. Die ausschlaften Wirtung einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Berstellung der Verbindungsöffnungen in Schutzmäßichen der Ausschlaften der Verbindungsöffnungen das öffentlichen Rückschapen geboten ist. Ergebt an: 1.) den Hausschaft der Verhandlungsschrift, Australia von Kollensung ist einer Albschrift der Verhandlungsschrift, Australia von Kollensung ist von Lausschapen kollensten des Baudiensten mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Australia von Kollensung ist einer Abschrift der Verhandlungsschrift. Der Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Abschrift der Verhandlungsschrift.	Die Renkendten au lassen.	, , , , , , , , , , , , , , , , , , ,
Gegen diesen Bescheid steht der binnen 2 Wochen nach Zustellung bei diesem Amte schriftlich oder telegraphisch einzubringende Einspruch offen, dem jedoch im Sinne des § 64, Albsat 2, des Allgemeinen Verwaltungsverschrensgesesses die ausschiedende Wirtung abertannt wird. Benn dieser Austrag innerhalb der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Verwaltungsvollstreckungsgesesses die mangelnde Leistung auf Kosten und Gefahr des Hausschlaften des Hausschlaften und Gefahr des Hausschlaften der Verschlafte ist, im Kellergeschof aneinanderschlaften der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpflichte ist, im Kellergeschof aneinanderschen Bedünde durch Mauerdurchvüche in den Feuermauern und nötigenschafts auch in Hungschen des Gebäudes Verbindungsöffnungen herzustellen. Die ausschlaften Wirtung einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Berstellung der Verbindungsöffnungen in Schutzmäßichen der Ausschlaften der Verbindungsöffnungen das öffentlichen Rückschapen geboten ist. Ergebt an: 1.) den Hausschaft der Verhandlungsschrift, Australia von Kollensung ist einer Albschrift der Verhandlungsschrift, Australia von Kollensung ist von Lausschapen kollensten des Baudiensten mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Australia von Kollensung ist einer Abschrift der Verhandlungsschrift. Der Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Abschrift der Verhandlungsschrift.	bieses Bescheibes.	nner 194 1 bilbet einen Beftandteil
gemeinen Berwaltungsverfahrensgesess die aufschiebende Wirtung aberkannt wird. Benn dieser Auftrag innerhalb der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß 4 des Berwaltungsvollstreckungsgesetes die mangelnde Leistung auf Kosten und Gesahr des Hauseigentümers bewerkstelligt werden. Begründung. Der Bescheid stütt sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Erelle der Erbauberechtigte oder der Nießführungsbestimmungen, wonach der Kauseigentümer, an kößender Gebäuber Gebäuber oder der Nießbraucher verpslichtet ist, im Rellergeschoß aneinandersosen Wischenwänden des Gebäudes Verbindungsössimungen berzusstellen. Die aufschiedende Wirtung eine Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Gerstellung der Verbindungsössimungen ine Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Gerstellung der Verbindungsössimungen ine Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Kerstellung der Verbindungsössimungen ine Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Kerstellung der Verbindungsössimungen ine Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Kerstellung der Verbindungsössimungen in Schukmaßnahme darstellt, deren Aussschaft werden, weil die Kerstellung der Verbindungsössimungen in Schukmaßnahme darstellt, deren Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verbindungsössimungen ist einer Albschrift der Verhandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verkandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verlagen und die Verkandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verlagen und die Verkandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verlagen und die Verkandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verkandlungsschrift, Ausschaft werden, weil die Kerstellung der Verkandlungsschrift werden von der Ve	Begen biefen Befcheid ffeht ber binnen ?	70.4
Benn dieser Auftrag innerhalb der festgeseten Frist nicht erfüllt werden sollte, wird gemäß eigentümers bewerkstelligt werden. Begründung. Der Bescheid stütt sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Etelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpslichtet ist, im Rellergeschöß aneinanderdem Zwischenwähren des Gebäudes Verbindungsöffnungen verpslichtet ist, im Rellergeschöß aneinanderdem Zwischenwähren des Gebäudes Verbindungsöffnungen herzustellen. Die ausschende Wirtung im Schuppuch mußte aberkannt werden, weil die Berstellung der Verbindungsöffnungen der Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschuhmaßöffnungen Rücksichen Krigeht an: 1.) den Hauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht an: 1.) den Kauseigentümer zuhanden Landla artner der Krigeht ans kulle der Krigeht ans kulle Gebottenring ist. 3.) Die Abt. IV/31, die Bezirtshauptmannschaft der Baudienst mit einer Abschrift der Berhandlungsschrift. Der Leiter des Baudienstes: Der Leiter des Baudienstes:	oder telegraphisch einzubringende Ginspruch offen, b	em jedoch im Sinne des 8 64 Olkset 2 2 2 2000
S 4 ves Verwaltungsvollstrectungsgesetzes die mangelnde Leistung auf Rosten und Gesahr des Haus- eigentümers bewerkstelligt werden. Der Bescheid stütt sich auf die 9. Durchsübrungsverordnung vom 17. August 1939 zum Einer Stelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpsichtet ist, im Rellergeschos aneinanderziesen Besäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungszegen einen Einspruch mußte aberkannt werden, weil die Herstellung der Verbindungsöffnungen ine Schutzmäßnahme darstellt, deren Aussührung aus öffentlichen Rücksichende Wirtung ine Schutzmäßnahme darstellt, deren Aussührung aus öffentlichen Rücksichten dringend geboten ist. 1.) den Hauseigentümer zuhanden Landold artner 21. Post 141. Blamerkolt. 13 mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schutzpelizei, Albt. 3. E. L. Schottenring ist. 3.) Die Albt. IV/31, die Bezirtshauptmannschaft mit einer Albschrift der Verhandlungsschrift. Der Leiter des Baudienster: Der Leiter des Baudienstes:	gemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes die aufschie	bende Wirkung aberkannt wird.
Der Bescheib stütt sich auf die 9. Durchsührungsverordnung vom 17. August 1939 zum einer Stelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbraucher verpslichtet ist, im Kellergeschog aneinandersosen wonach der Sauseigentümer, an stoßender Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigensalls auch in öffnungssegen einen Einspruch mußte aberkannt werden, weil die Serstellung der Verbindungsöffnungen ine Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschen, weil die Serstellung der Verbindungsöffnungen ine Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschen, weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen ine Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschen, weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen ine Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschen weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen ine Schuhmaßnahme darstellt, deren Ausschen weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen int einer Abschrift der Verhandlungssschrift, 2.) das Kommando der Schuhpelizei, Abt. 3 e. k. Schottenring d. Raudienst mit einer Abschrift der Verhandlungssschrift. Der Leiter des Baudienster: Der Leiter des Baudienstes:		
Der Bescheid küst sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum Lussschuberechtigte oder der Krießbrungsbestimmungen, wonach der Kauseigentümer, an stoßender Gekle der Erbbauberechtigte oder der Krießbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschoß aneinandersosen Gekäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungssegen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Kerstellung der Verbindungsöffnungen im Schukmaßnahme darstellt, deren Ausssührung aus öffentlichen Rücksichten dringend gedoten ist. 1.) den Kauseigentümer zuhanden Leanold Artner 27 post 141 Bismarkpl. 13 mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schukpolizei, Abt. 3 L. Schottenring ist. 3.) Die Abt. IV/31, die Bezirtshauptmannschaft mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift. Der Abteilungsseiter: Der Leiter des Baudienstes:	eigentümers bewertstelligt werden.	einde Leiftung auf Rosten und Gefahr des Saus-
Der Bescheid stütt sich auf die 9. Durchführungsverordnung vom 17. August 1939 zum Lussschuberechtigte oder der Krießbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschof aneinanderschener Geble der Erbbauberechtigte oder der Kießbraucher verpflichtet ist, im Kellergeschof aneinanderschen Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungssegen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serssellung der Verbindungsöffnungen einen Einspruch mußte abertannt werden, weil die Serssellung der Verbindungsöffnungen im Schukmaßnahme darstellt, deren Aussührung aus öffentlichen Rücksichten dringend geboten ist. irgeht an: 1.) den Sauseigentümer zuhanden Leonold Artner 27 post 141 Bismarkpl. 13 mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schukpolizei, Abt. 3 L. Schottenring ist. 3.) Die Abt. IV/31, die Bezirtshauptmannschaft mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift. Der Abteilungsseiter: Der Leiter des Baudienstes:	Begrün	bung.
1.) den Hauseigentsimer zuhanden Laopold Artner 27. Post 141 Bismarkpl. 13 mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift, 2.) das Kommando der Schuppelizei, Abt. 3 L. L. Schottenring 41. 3.) Die Abt. IV/31, die Bezirkshauptmannschaft 21. Vaulage in V. 1009/720 Der Abteilungsseiter: Der Leiter des Vaudienstes:	Der Bescheid stütt sich auf die 9. Durch Luftschutzese und die hiezu erlassenen Ausführun seiner Stelle der Erbbauberechtigte oder der Nießbritoßender Gebäude durch Mauerdurchbrüche in den ofen Zwischenwänden des Gebäudes Berbindungsöffenen Giebergen einen Findersche western	eführungsverordnung vom 17. August 1939 zum gebestimmungen, wonach der Hauseigentümer, an aucher verpflichtet ist, im Rellergeschop aneinander- Feuermauern und nötigenfalls auch in öffnungs- rnungen herzustellen. Die aufschiehende Misken-
3.) Die Abt. IV/31, die Bezirkshauptmannschaft 21. Baudienst mit einer Abschrift der Berhandlungsschrift. Zu Eurlage in K. N. 1009/760. Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Baudienstes:	ergeht an:	
3.) Die Abt. IV/31, die Bezirkshauptmannschaft 21. Baudienst mit einer Abschrift der Berhandlungsschrift. Zu Eurlage in K. N. 1009/760. Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Baudienstes:	1.) ben Sauseigentumer guhanden Laopold	Arther 21 Book 747
3.) Die Abt. IV/31, die Bezirkshauptmannschaft 21. Baudienst mit einer Abschrift der Berhandlungsschrift. Zu Eurlage in K. N. 1009/760. Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Baudienstes:	mit einer Abschrift ber Berhandlungsichr	ift, A. A. A. Bismarkpl. 13
mit einer Abschrift der Verhandlungsschrift. Zu Eurlage in K. N. 1009/70) Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Vaudienstes:	2) The state of the contract o	i. Schottenring del
Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Baudienstes:	mit einer Abschrift der Rerhandlingest	ft 21. Baudienst
Der Abteilungsleiter: Der Leiter des Baudienstes:	- Serganotungsichti	" an antayo in K.N. 1009/
Der Leiter des Baudienstes:		
111		Der Abteilungsleiter:
Englittedant "	Or Der	Leiter bes Baudienstes:
	VI . Egra	Wetweent
		A-)

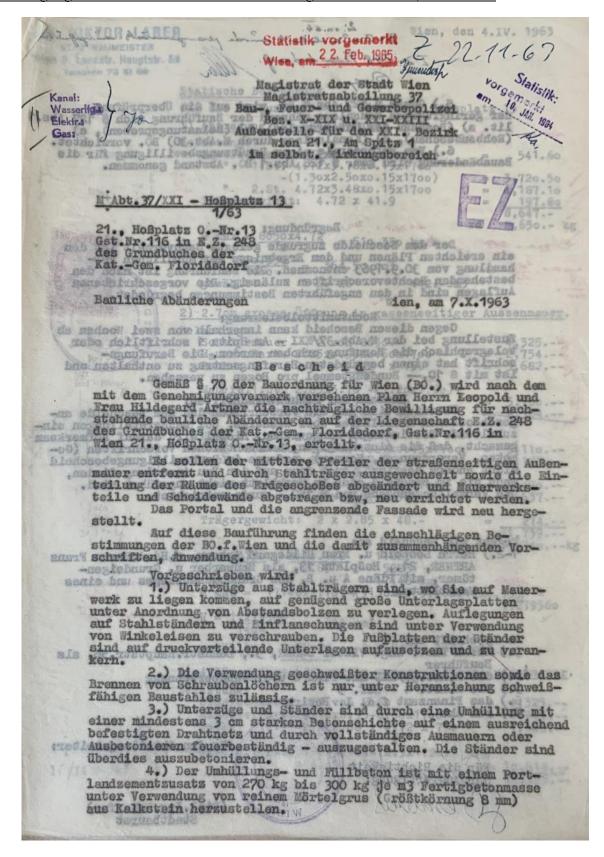
Baubewilligung Errichtung einer Kleingarage, 29.01.1958



Benützungsbewilligung Kleingarage, 12.03.1962



Bewilligung Pfeileraustausch bei der straßenseitigen Außenmauer, 07.10.1963



Bewilligung Bauliche Änderungen Geschäftslokal, 26.20.1980

Magistrat der Stadt Wien

zugestellt am i 28-2-80

Magistratsabteilung 37
Bau-Feuer und Gewerbepolizei
Bez. 10- 19 und 21- 23
Außenstelle für den 21.Bezirk
Am Spitz 1, 1211 Wien

MA 37/21- Hosplatz 13/1/80

Wien, 1980 o2 26

21.Bezirk, HoBplatz ONr. 13 Gst.Nr. 116 Bfl. in EZ.248 des Grundbuches der Kat.Gem. Floridsdorf

Bauliche Änderungen

Bescheid

Gemäß § 70 der Bauordnung für Wien (BO) wird die Bewilligung erteilt, nach dem mit dem amtlichen Sichtvermerk versehenen Plan auf der Liegenschaft 21. Bezirk, Hoßplatz OMr. 13. Gst. Nr. 116 Bfl. in EZ. 248 des Grundbuches der Kat. Gemeinde Floridsdorf nachstehende bauliche Änderungen durchzuführen:

Das Geschäftslokal im Erdgeschoß wird nach Einbeziehung eines Gangteiles und- abortes, nach Abtragen von Zwischenwänden und eines großen Teiles der Mittelmauer, sowie nach Schließen einer Deckenöffnung und Auflassung des in diesem Bereich bestehenden Keller öffnung und Auflassung des in diesem Bereich bestehenden Keller abganges insoferne abgeändert, als die Größe des Verkaufsraumes ca.
verdoppelt, der Kühlraum in einen Abstellraum abgeändert, und ein
neuer Vorraum zum Stiegenhaus geschaffen werden soll. An der Straßenfront wird ein neues Geschäftsportal hergestellt. Nach Abtragen des
Stiegenaufganges zu dem im 1. Stock befindlichen Laubengang des Hoftraktes an der linken Grundgrenze werden unter diesem bzw. im Bereich
zwischen Straßen-und Hoftrakt ein neuer Kühlraum und ein neuer Vorraum
geschaffen und es wird dadurch eine Verbindung zwischen dem Geschäftslokal und den Arbeitsräumen im Erdgeschoß des Hoftraktes hergestellt.

Vorgeschrieben wird:

- 1) Der Bauführer hat gem. § 124 Abs. 2 BO den Beginn der Bauführung mind. 3 Tage vorher der MA 37/21 und weiters dem Arbeitsinspektorat für Bauarbeiten (Fichtegasse 11, 1010 Wien) anzuzeigen.
- 2) Mindestens einen Monat vor Beginn der Bauarbeiten ist gem. § 127 Abs. 1 lit.b BO über die Festigkeit der Tragkonstruktionen und der sonstigen besonders beanspruchten Bauteile eine statische Berechnung samt Konstruktionsplänen vorzulegen.
- 3) Gemäß § 127 Abs.6 BO wird auf die Überprüfung der Bauanlage während der Bauführung nach § 127 Abs.3 lit.a) (Beschau des Untergrundes und lit.c (Rohbaubeschau) verzichtet.
 Es ist daher jeweils mind. 3 Tage vor Ausführung der betreffenden Bauteile die Anzeige für die Beschau der Stahleinlagen, der Stahleineren und stützen sowie der Schweißverbindungen, zu engtatten tnäger-und stützen sowie der Schweißverbindungen, zu erstatten.

Benützungsbewilligung Bauliche Änderungen Geschäftslokal, 13.08.1980

Magistrat der Stadt Wien Magistratsabteilung 37
Bau- Fauer und Gewerbepolizei
Bez. 10-19 und 21-23
Außenstelle für den 21.Bezirk
1211 Wien, Am Spitz 1



MA 37/21 - Hosplatz 13/7/80

Wien, 1980 08 13

21.Bez. Hoßplatz ONr. 13 EZ 248 der Kat.Gem. Floridsdorf

Benützungsbewilligung

Bescheid

Der Magistrat erteilt gem. § 128 der Bauordnung für Wien (BO) die Bewilligung, das zufolge der Baubewilligung vom 26.2.1980, MA 37/21 - Hoßplatz 13/1/80 in dem Gebäude 21.Bez. Hoßplatz ONr. 13, EZ 248 der Kat.Gem. Floridsdorf geänderte Geschäftslokal einschließlich Kühlraum, Abstellraum und Vorraum benützen zu lassen.

Begründung

Da die Bauführung nach dem Ergebnis des Augenscheines vom 12.8.1980 den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, konnte die Benützungsbe-willigung erteilt werden.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann binnen zwei Wochen nach Zustellung bei diesem Amt schriftlich oder telegraphisch die Berufung erhoben werden. Die Berufung hat einene begründeten Berufungsantrag zu enthalten und ist mit S 70,- Bundesstempel zu versehen.

Ergeht an:

- 1.) Frau Hermine Artner, Hosplatz 13, 1210 Wien, als Bauwerber und Grundmiteigentumerin
- 2.) Herrn Franz Ariner, Hosplatz 13, 1210 Wien, als Bauwerber und

in Abschrift an:

- 3.) Heprn Bmst. Ludwig Samek, Donaufelder Str. 110, 1210 Wien, als Buführer und Planverfasser
- (4) MA 37/21 mit Rauchfangbefund 5.) Stadtkasse für den 21.Bez.
- 6.) Finanzamt für den 1. Bezirk

7.8.) zum Akt

Für die Richtigkeit der Ausfert sung:

Für den Abteilungsleiter: Dipl.-Ing. Hahn e.h. Stb. Ob. Koar.

Bewilligung Errichtung einer Abortanlage, 27.03.1981

Magistrat der Stadt Wien Magistratsabteilung 37 Baupolizei Außenstelle für den 21. Bezirk 1211 Wien, Am Spitz 1 2.4.8

F & Aby - Letter:

MA 37/21 - Hospl.13/1/81

21.Bez. Hoßplatz ONr. 13 Gst.Nr. 116 Bfl. in EZ 248 des Grundbuches der Kat.Gem. Floridsdorf

Errichtung einer Abortanlage Wien, 1981 03 27

Plangemäß ausgeführt Bedingungen erfüllt

Einlegen EZ 248 KG Floriolod

Wien, ..

Beschei Referent: yul

Gem. § 70 der Bauordnung für Wien (BO) wird die Bewilligung erteilt nach dem mit dem amtlichen Sichtvermerk versehenen Plan auf der Liegenschaft 21.Bez. Hoßplatz ONr. 13, Gst.Nr. 116 Bfl. in EZ 248 des Grundbuches der Kat.Gem. Floridsdorf nachstehende bauliche Änderungen und nachstehenden Zubau durchzuführen:

Unter Einhaltung der mit Bescheid der MA 37 vom 16.Feb.1981, Zl. 385/81 bekanntgegebenen Bebauungsbestimmungen, soll an der Hofseite des Straßentraktes ein ebenerdiger, nicht unterkellerter Zubau enthaltend 2 Aborte und einen Waschraum, errichtet werden. Die Schmutz- und Regenwässer werden in die bestehende Hauskanalanlage eingeleitet. Ein Gengfenster wird in eine Türöffnung als Zugang zur Sanitärgruppe abgeändert.

V rgeschrieben wird:

- 1.) Auf die Aussteckung der bekanntgegebenen Fluchtlinien und Höhenlage wird gem. § 12 BO verzichtet.
- 2.) Der Bauführer hat gem. § 124 Abs. 2 B0 den Beginn der Bauführung mindestens 3 Tage vorher der MA 37/21 und weiters dem Arbeits-inspektorat für Bauarbeiten (Fichtegasse 11, 1010 Wien) anzuzeigen.
- 3.) Gem. § 127 Abs. 8 BO ist auf der Baustelle ab Baubeginn bis zur Vollendung des Baues die beiliegende Bestätigung darüber, daß es sich um eine befugte Bauführung handelt, so auszuhängen, daß sie von der Verkehrsfläche aus deutlich sicht- und lesbar ist.
- 4.) Gem. § 127 Abs. 6 BO wird auf die Überprüfung der Bauanlage während der Bauführung nach § 127 Abs. 3 lit a (Beschau des Untergrundes), lit. b (Beschau der Stahleinlagen, Träger, Stützen, Schweißverbindungen, Kanalleitungen, u.ä.) und lit. c (Rohbaubeschau) verzichtet.

Es ist daher mindestens 3 Tage vor Ausführung des betreffenden Bauteiles die Anzeige für die Beschau der Fundamente zu erstatten.

6.4.2. Überwachung

Baubewilligung Dachgeschoßzubau, Zubau im Hof, Aufzugsschacht, 26.11.2015

21. Bezirk, Hoßplatz ONr. 13 Gst.Nr. 116 in EZ 248 der Kat. Gem. Floridsdorf



StaDt#Wien

Magistrasabteilung 37
Baupolizei – Gebietsgruppe Ost
Großvolumige Bauvorhaben
Dresdner Straße 82, 3, Stock
A – 1200 Wien
Telefon: (+43 1) 4000-37450
Telefax: (+43 1) 4000-99-37450
E-Mail: pogroposytunis@ma37.wien.gual

Aktenzahl MA 37/447385-2015-1 Sachbearbeiterin:

Durchwahl 01/4000-37456 Datum

Wien, 26. Nov. 2015

0

I.) Dachgeschosszubau Eingeschossiger Zubau im Hof Errichtung eines Aufzugsschachtes

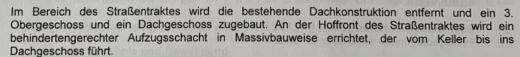
Baubewilligung

- II.) Gebrauchserlaubnis, Bewilligung nach der Straßenverkehrsordnung
- III.) Gebrauchsabgabe

BESCHEID

I.) Baubewilligung

Nach Maßgabe der mit dem amtlichen Sichtvermerk versehenen Pläne, die einen wesentlichen Bestandteil dieses Bescheides bilden, wird gemäß § 70 der Bauordnung für Wien (BO), in Verbindung mit § 68 Abs. 1 sowie Abs. 5 BO, § 83 Abs. 2 sowie 3 BO und in Anwendung des Wiener Garagengesetzes 2008 (WGarG 2008), die Bewilligung erteilt, auf der im Betreff genannten Liegenschaft die nachstehend beschriebene Bauführung vorzunehmen:



Im Hofbereich wird zwischen den bestehenden Hofgebäuden ein eingeschossiger Zubau errichtet, der als Erweiterung der Verkaufsfläche im Erdgeschoss genutzt wird.

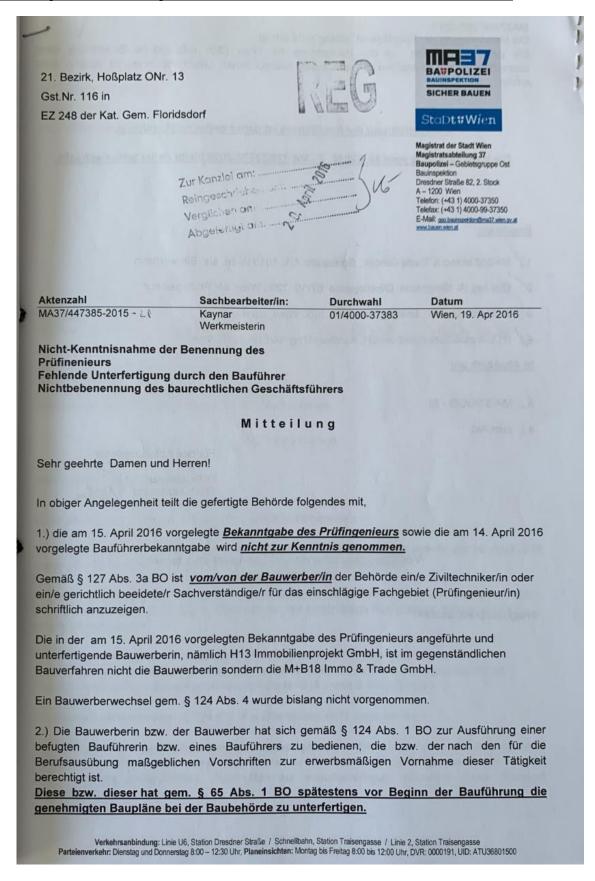
Im 1. und 2. Stock sowie im 1. Stock der Hofgebäude werden in den bestehenden Wohnungen Änderungen der Raumeinteilungen und Raumwidmungen vorgenommen dadurch werden insgesamt 7 Wohnungen hergestellt. Im 3. Stock und im Dachgeschoss werden jeweils 2 Wohnungen neu geschaffen, insgesamt werden nunmehr 11 Wohnungen und 1 Verkaufslokal hergestellt.

Die erforderlichen Einlagerungsräume und der Kinderwagen- und Fahrradraum befinden sich im Keller, der Müllraum ist im Erdgeschoss vorgesehen. Die Beheizung des Wohnhauses erfolgt mittels Gas-Brennwert-Anlage in Kombination mit einer thermischen Solaranlage.

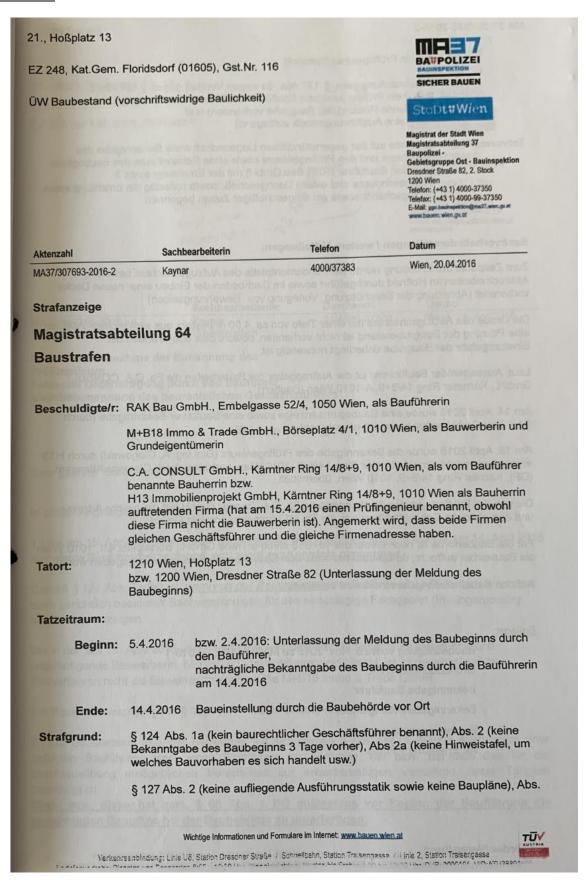
Der zwingenden Vorschrift des § 48 Abs. 1, in Verbindung mit § 50 des Wr. Garagengesetzes (WGarG 2008) zur Schaffung von 4 Stellplätzen wird nicht entsprochen.

Verkehrsanbindung: Linie U6, Station Dresdner Straße / Schnellbahn, Station Traisengasse / Linie 2, Station Traisengasse Parteienverkehr: Dienstag und Donnerstag 8:00 – 12:30 Uhr, Planeinsichten: Montag bis Freitag 8:00 bis 12:00 Uhr, DVR: 0000191, UID: ATU36801500

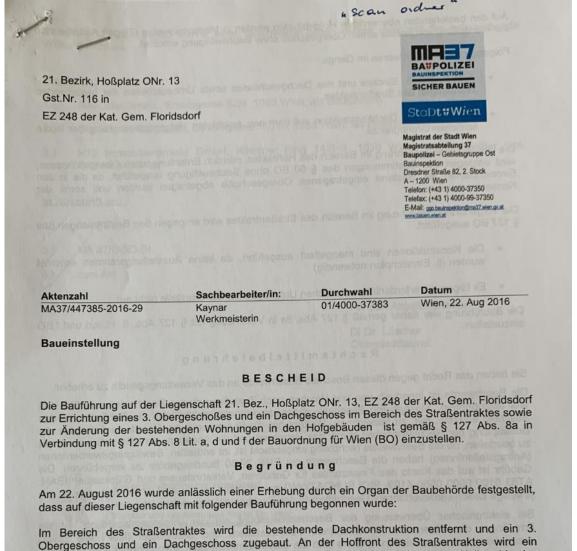
Mitteilung Nichtbenennung des baurechtlichen Geschäftsführers, etc., 19.04.2016



<u>Strafanzeige keine Bekanntgabe des baurechtlichen Geschäftsführers und des Baubeginns,</u> 20.04.2016



Baueinstellung Aufstockung, Dachgeschoßausbau, Zubauten, 22.08.2016



Obergeschoss und ein Dachgeschoss zugebaut. An der Hoffront des Straßentraktes wird ein behindertengerechter Aufzugsschacht in Massivbauweise errichtet, der vom Keller bis ins Dachgeschoss führt.

Im Hofbereich wird zwischen den bestehenden Hofgebäuden ein eingeschossiger Zubau errichtet, der als Erweiterung der Verkaufsfläche im Erdgeschoss genutzt wird.

Im 1. und 2. Stock werden in den bestehenden Wohnungen des Straßentraktes Änderungen der Raumeinteilungen und Raumwidmungen vorgenommen.

Auf den ebenerdigen bestehenden Hofgebäuden werden zwei vertikale Zubauten errichtet.

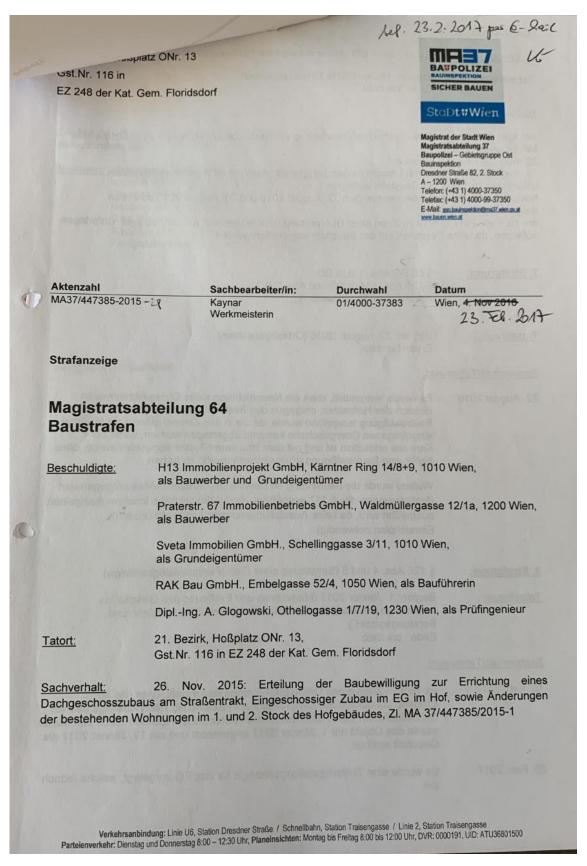
Zum Zeitpunkt der Erhebung waren folgende Bauarbeiten bereits durchgeführt:

Die bestehende Dachkonstruktion des Straßentraktes ist abgetragen, das 3. Geschoß und das Dachgeschoß sind errichtet.

Der ebenerdig eingeschossige Zubau zwischen den bestehenden Hofgebäuden ist errichtet. Es sind die Obergeschoße der beiden Hofgebäude abgetragen.

Verkehrsanbindung: Linie U6, Station Dresdner Straße / Schnellbahn, Station Traisengasse / Linie 2, Station Traisengasse
Parteienverkehr: Dienstag und Donnerstag 8:00 – 12:30 Uhr, Planeinsichten: Montag bis Freitag 8:00 bis 12:00 Uhr, DVR: 0000191, UID: ATU36801500

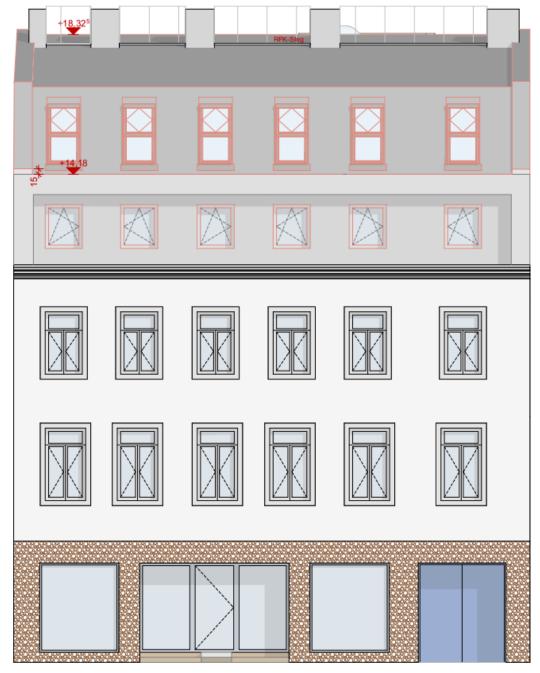
Strafanzeige Bauen ohne Baubewilligung, 23.02.2017



Strafanzeige Benutzen ohne Fertigstellung Geschäftslokal im EG, 26.06.2019

Bel. 27.06.19 Z BATPOLIZEI SICHER BAUEN 21. Bezirk, Hoßplatz ONr. 13 Gst.Nr. 116 in EZ 248 der Kat. Gem. Floridsdorf r Straße 82, 2, Stock A – 1200 Wien Telefon: (+43 1) 4000-37350 etax: (+43 1) 4000-99-37350 Datum Durchwahl Sachbearbeiter/in: Aktenzahl Wien, 26. Jun 2019 01/4000-37383 MA37/447385-2015 Kaynar Strafanzeige Magistratsabteilung 64 Baustrafen per Email an: baustrafen@ma64.wien.gv.at Beschuldigte/r: H13 Immobilienprojekt GmbH, Kärntner Ring 14/8+9, 1010 Wien als Bauwerberin und Grundeigentümerin Sveta Immobilien GmbH., 2.) Schellinggasse 3/11, 1010 Wien, als Grundeigentümerin Praterstr. 67 Immobilienbetriebs GmbH., 3.) Waldmüllergasse 12/1a, 1200 Wien, als Bauwerberin Tatort: 21., Hoßplatz Onr. 13, Geschäftslokal im Erdgeschoß des Straßentraktes Tatzeitraum: Beginn: 16. Februar 2017 bis dato Ende: Strafgrund: Benutzen ohne Fertigstellung der Bauführung sowie ohne Fertigstellungsanzeige Tatvorwurf: Bauarbeiten im Bereich des Geschäftslokals noch nicht abgeschlossen Das Geschäftslokal im Straßentrakt wird ohne Fertigstellungsanzeige betrieben Verkehrsanbindung: Linie U6, Station Dresdner Straße / Schnellbahn, Station Traisengasse / Linie 2, Station Traisengasse
Parteienverkehr: Dienstag und Donnerstag 8:00 – 12:30 Uhr, Planeinsichten: Montag bis Freitag 8:00 bis 12:00 Uhr, UID-Nr. ATU 38801500

6.5. Pläne (auszugsweise)



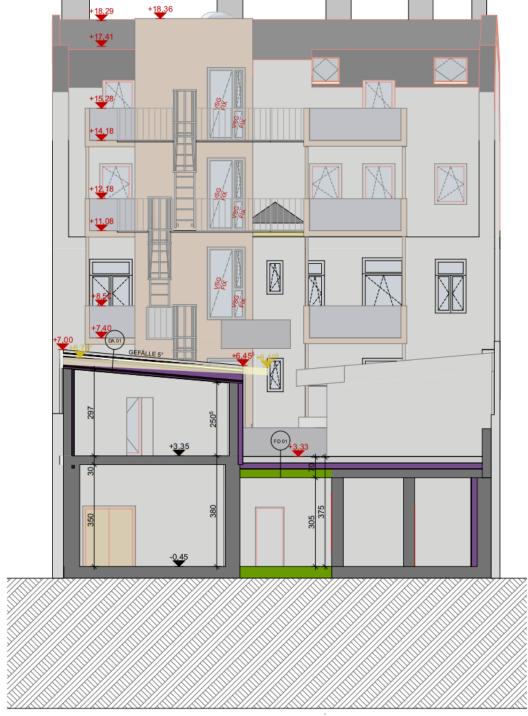
Straßenansicht (Einreichplan Oktober 2015)



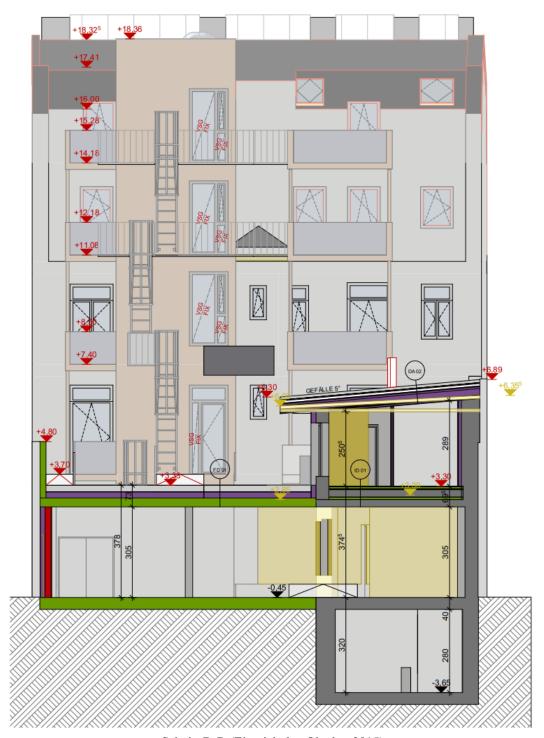
Schnitt A-A (Einreichplan Oktober 2015)



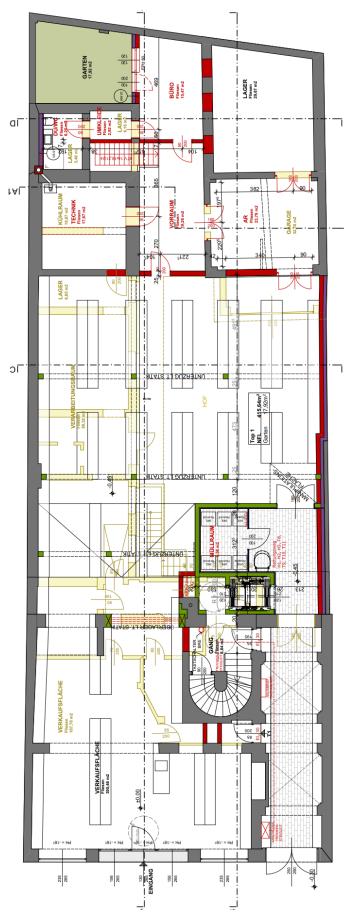
Schnitt B-B (Einreichplan Oktober 2015)



Schnitt C-C (Einreichplan Oktober 2015)

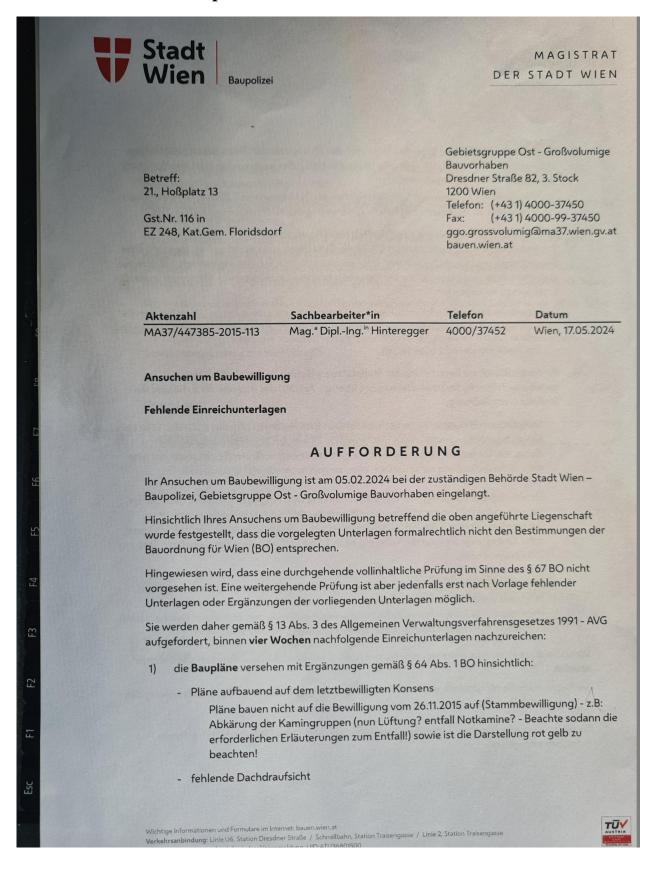


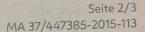
Schnitt D-D (Einreichplan Oktober 2015)



 $Grundriss\ Erdgeschoß-gedreht\ (Einreichplan\ Oktober\ 2015)$

6.6. Schreiben der Baupolizei MA 37







2) die **Zustimmung** der*des Eigentümer*in bzw. der Miteigentümer*innen der zu bebauenden Liegenschaft EZ 248 der Kat. Gem. Floridsdorf (01605); dies kann auch durch Unterfertigung der Baupläne nachgewiesen werden

Unterschrift / Zustimmung Sveta Immobilien sowie Unterschrift / Zustimmung der Sveta Immobilien als Voraussetzung für die Zustimmung der Nachbarliegenschaft (§ 71 BO)

eine statische Vorbemessung einschließlich eines Fundierungs- und Baugrubenumschließungskonzeptes ODER ein Gutachten, dass es sich um ein geringfügiges Bauvorhaben mit technisch einfacher Tragkonstruktion bzw. Fundierung handelt, bei dem aus statischen Belangen keine Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen sowie das Eigentum zu besorgen ist;

(Hingewiesen wird auf die Informationen zur Statischen Vorbemessung im "Downloadservice" der Homepage der Baupolizei: http://www.wien.gv.at/wohnen/baupolizei/merkblaetter.html)

Die Statik wurde nicht unterfertigt.

die nachvollziehbare Berechnung der **Stellplatzverpflichtung** einschließlich des gegebenenfalls erforderlichen Nachweises über die Art und das Ausmaß der **Erfüllung der Stellplatzverpflichtung**;

Stellplatzberechnung ist nicht nachvollziehbar! Eine Heranziehung des § 50 Abs. 1a ist bei lediglich baulichen Änderungen nicht möglich. Es werden beim Planwechsel keine Zubauten, Umbauten oder Raumwidmungen der Einheit verändert! Es ist somit nur eine neuerliche Aufstellung der einzelnen Wohnungen nachvollziehbar darzustellen.

Hinsichtlich der vorgelegten Stellplatzberechnung wird entgegen gehalten, dass bei der damaligen Berechnung zur Stammbewilligung der § 50 Abs. 1a WGarG noch nicht in Geltung war, wodurch die Auffassung man habe es damals nicht berücksichtigt ins Leere geht. Es war eine Stellplatzberechnung nach § 50 Abs.7 WGarG in der damaligen Fassung 2015 anzuwenden.

Betreffend des Ansuchen auf Rückerstattung einer Ausgleichsabgabe kann folgendes mitgeteilt werden: Mit der Bewilligung zum Planwechsel kann eine eventuelle anderslautende Stellplatzverpflichtung ausgesprochen werden. Erst dieser Bescheid kann Grundlage Ihres neuen Antrages auf Rückerstattung sein.

Wenn Sie diese Frist nicht einhalten, müsste der Antrag gemäß § 13 Abs. 3 AVG zurückgewiesen werden.

Sie haben auch die Möglichkeit, das Ansuchen schriftlich **zurückzuziehen** – die Zurückziehung des Antrags ist gebührenfrei.

Sie werden ersucht, die oben angeführte Geschäftszahl (MA 37/447385-2015-113) in Ihrem Schreiben anzugeben.



Seite 3/3 MA 37/447385-2015-113

Weitere Hinweise und Hilfestellungen:

Unterlagen und Pläne können an Dritte nur mit einer entsprechenden Bevollmächtigung durch Bauwerber*innen ausgehändigt werden.

Mit der Vorlage vollständiger Unterlagen wird anschließend neuerlich eine inhaltliche Prüfung Ihres Ansuchens durchgeführt.

Bevollmächtigte haben sich durch eine schriftliche, auf Namen oder Firma lautende Vollmacht auszuweisen. Vor der Behörde kann eine Vollmacht auch mündlich erteilt werden; zu ihrer Beurkundung genügt ein Aktenvermerk. Schreitet eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person ein, so ersetzt die Berufung auf die erteilte Vollmacht deren urkundlichen Nachweis.

Mit der Bearbeitung der in dieser Aufforderung angeführten Punkte sind Ihnen Planverfasser*innen bzw. Sachverständige sicherlich behilflich.

Für Fragen stehen Ihnen die Referent*innen telefonisch oder persönlich nach telefonischer Terminvereinbarung zur Verfügung.

Ergeht an:

Einbringerln/Bauwerberln	H13 Immobilienprojekt GmbH

In Abschrift an:

Г		Arch. DiplIng. Neykov Alexander
	Planverfasser	Arch. Dipiing. Neykov / liexarras

Die Sachbearbeiterin: Mag.^a Dipl.-Ing.ⁱⁿ Hinteregger



Stadt Information zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.wien.gv.at/amtssignatur



MAGISTRAT DER STADT WIEN

Betreff: 21., Hoßplatz 13

Gst.Nr. 116 in EZ 248, Kat.Gem. Floridsdorf Gebietsgruppe Ost - Großvolumige Bauvorhaben Dresdner Straße 82, 3. Stock 1200 Wien Telefon: (+43 1) 4000-37450

Fax: (+43 1) 4000-99-37450 ggo.grossvolumig@ma37.wien.gv.at

bauen.wien.at

Aktenzahl	Sachbearbeiter*in	Telefon	Datum
MA37/447385-2015-113	Mag." DiplIng. ⁱⁿ Hinteregger	4000/37452	Wien, 29.05.2024

Mitteilung

Sehr geehrter Damen und Herren,

Im Zuge des Ermittlungsverfahren wurde festgestellt, dass das Bauvorhaben, mit Baubeginn vom 05.04.2016, nicht als ein Planwechsel gemäß § 73 BO betrachtet werden kann.

Baubewilligungen gemäß § 70 BO werden nämlich unwirksam, wenn nicht binnen vier Jahren, vom Tage ihrer Rechtskraft gerechnet mit der Bauführung begonnen oder der Bau nicht innerhalb von vier Jahren nach Baubeginn vollendet wird.

In begründeten Ausnahmefällen kann die Bauvollendungsfrist verlängert werden, wenn öffentliche Rücksichten nicht entgegenstehen. Die Verlängerung der Frist, ist vor ihrem Ablauf, bei der Behörde schriftlich zubeantragen. Durch die rechtzeitige Einbringung des Ansuchens wird der Ablauf der Frist bis zur Entscheidung gehemmt. Ein solches Einbringen liegt der Behörde nicht auf, womit die Bewilligung aus dem Jahre 2015 untergegangen ist.

Zwar wurde der Bau hinsichtlich der Baubewilligung vom 26.11.2015 größtenteils in dieser Form konsumiert, jedoch kann gemäß § 73 in Verbindung mit § 74 BO kein weiterer Planwechsel mehr eingebracht werden. Die Änderungen sind somit aufgrund des Verwaltungsrechtes als Neueinreichung zu deklarieren, was zur Folge hat, dass eine Stellplatzberechnung nur nach der neuen Rechtslage beurteilt werden kann.

In Folge dessen kann die Stammbewilligung nicht mehr für die Stellplatzberechnung herangezogen werden, um einen Pflichtstellplatz zu reduzieren, obwohl ein Teilabbruch im Hofbereich vorgesehen wurde.

Die Pläne sind dahingehend zu adaptieren, dass hier kein Planwechsel am 05.02.2024 eingereicht wurde, sondern ein Ansuchen nach lediglich § 70 BO. Die Stellplatzberechnung ist in Folge dessen abzuändern.

Die Aufforderung vom 17.05.2024 bleibt weiterhin aufrecht. Nach Vorlage der ergänzenden

TŪV AUSTRIA





Unterlagen wird Ihnen die neue Geschäftszahl bekanntgegeben.

Ergeht an:

Einbringerln/Bauwerberln	H13 Immobilienprojekt GmbH	1

In Abschrift an:

Planverfasser	Arch. DiplIng. Neykov Alexander
Bauführerin	NERO Consulting & HandelsgmbH

Die Sachbearbeiterin: Mag.ª Dipl.-Ing.in Hinteregger



Stadt Unformation zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.wien.gv.at/amtssignatur

6.7. Kaufvertrag und Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum

SELBSTBERECHNUNG der Grunderwerbsteuer gemäß § 11 GrEStG vorgenommen zu Erfassungsnummer: 10 - 267. 176/2016 Die Grunderwerbsteuer wird gemäß § 13 GrEStG an das zuständige Finanzamt abgeführt

DR. HARTMUT MAYER 1010 WEN, FICHTEGASSE 2 A TEL: 01 / 512 18 72

KAUFVERTRAG

abgeschlossen am unten angesetzten Tage zwischen

 Praterstraße 67 Immobilienbetriebs GmbH FN 227206b 1200 Wien, Waldmullergasse 12/1a

als verkaufende Partei einerseits - im Folgenden kurz auch so genannt - und

2.) Sveta Immobilien GmbH

FN 397621m 1010 Wien, Schellinggasse 3/11

als kaufende Partei andererseits - im Folgenden kurz auch so genannt - wie folgt:

Kaufgegenstand:

1.1 Die verkaufende Partei ist Eigentümerin der nachstehenden Liegenschaftsanteile:

```
KATASTRALGEMEINDE 01605 Floridsdorf
BEZIRKSGERICHT Floridsdorf
     B-Blatt eingeschränkt auf die Laufnummer(n) 5
*** C-Blatt eingeschränkt auf Belastungen für das angezeigte B-Blatt
Letzte TZ 3920/2016
WOHNUNGSEIGENTUM IN VORBEREITUNG
Einlage umgeschrieben gemäß Verordnung BGBl. II, 143/2012 am 07.05.2012
           **************** A1 ********
  GST-NR G BA (NUTZUNG)
                             FLÄCHE GST-ADRESSE
  116
          GST-Fläche
                               600
          Bauf. (10)
                                480
          Bauf. (20)
                               120 Hoßplatz 13
Legende:
Bauf. (10): Bauflächen (Gebäude)
Bauf.(20): Bauflächen (Gebäudenebenflächen)
5 ANTEIL: 474/1118
    Praterstraße 67 Immobilienbetriebs GmbH (FN 227206b)
    ADR: Waldmüllergasse 12/1a, Wien
                                 1200
     a 3067/2016 Kaufvertrag 2016-03-03, Erklärung 2016-06-26 Eigentumsrecht
    b 3067/2016 Zusage der Einräumung von Wohnungseigentum gem § 40 Abs 2 WEG
2002 an siehe BLNR 4
      auf Anteil B-LNR 5
 12
     a 3920/2016 Pfandurkunde 2016-08-19
        PFANDRECHT
                                           Höchstbetrag EUR 240.000, --
        für HYPO-BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft (FN 259167d)
    b 3920/2016 Kautionsband
```

BG 016 TZ 439172016

*******	******	*********	** HINWEIS	******	*******	*****	******
	intragungen						
********	********	********	********	********	*******	******	*******
Grundbuch					08.	09.2016	09:22:58
******	********	********	**** PMDE*:	*******			

- 1.2 Gegenstand dieses Kaufvertrages (der Kaufgegenstand) sind 474/1118-stel Anteile der in Vertragspunkt 1.1 n\u00e4her dargestellten Liegenschaft, mit welchen nach Begr\u00fcndung von Wohnungseigentum das Wohnungseigentum an dem im Hause Ho\u00d6platz 13 gelegenen Gesch\u00e4ftslokal Top 1 Garten untrennbar verbunden sein wird. F\u00fcr die kaufende Partei ist die Zusage der Einr\u00e4umung von Wohnungseigentum an Gesch\u00e4ftslokal Top 1 Garten im Grundbuch gem\u00e4\u00e8 \u00e4 40 Abs. 2 WEG 2002 angemerkt. Dem Kaufgegenstand ist kein Kellerabteil zu geordnet.
- 1.3 Die in Vertragspunkt 1.1 genannten Anteile sind vorläufige Anteile, die nach Vorliegen der Nutzwertfestsetzung durch Übertragung von entsprechenden Differenzanteilen ohne gesondertes Entgelt dergestalt zu berichtigen sind, dass die Mindestanteile, mit welchen Wohnungseigentum an den selbständigen Objekten des Hauses untrennbar zu verbinden ist, hergestellt werden. Der Wertausgleich für die Differenzanteile ist im gemäß Vertragspunkt 2. vereinbarten Kaufpreis inbegriffen.
- 1.4 Die verkaufende Partei unterfertigt unter einem das Gesuch um Anmerkung der Rangordnung der beabsichtigten Veräußerung der den Gegenstand dieses Kaufvertrages bildenden Liegenschaftsanteile und beantragt, die einzige Ausfertigung des Rangordnungsbeschlusses Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartmut MAYER, Fichtegasse 2A, 1010 Wien (der Urkundenverfasser) zuzustellen.
- 1.5 Die verkaufende Partei führt im kaufgegenständlichen Geschäftslokal auf eigen Kosten Umbau- und Sanierungsarbeiten durch, die bis 31. Oktober 2016 fertigzustellen sind.
- 1.6 Die verkaufende Partei verkauft und übergibt den Kaufgegenstand samt allen Rechten, Befugnissen und Pflichten, die aufgrund dieses Kaufvertrages von der kaufenden Partei zu übernehmen sind, wie die verkaufende Partei den Kaufgegenstand bisher besessen und benützt hat oder doch zu besitzen und benützen berechtigt war an die kaufende Partei, welche diesen nach Maßgabe der weiteren Bestimmungen dieses Kaufvertrages erwirbt.

2. Kaufpreis / Treuhandabwicklung:

- 2.1 Der Kaufpreis für den Kaufgegenstand beträgt € 1,100.000,--(Euro eine Million einhunderttausend), der Nettokaufpreis zuzüglich Umsatzsteuer in der Höhe von € 220.000,--, insgesamt somit € 1,320.000,-- (Euro eine Million dreihundertzwanzigtausend), der Bruttokaufpreis. Die Kaufpreisvereinbarung bleibt auch bei Flächenabweichungen gegenüber dem unverbindlich angegebenen Ausmaß des Geschäftslokals oder der Gartenfläche unverändert.
- 2.2 Die verkaufende Partei gibt bekannt, dass sie von der Optionsmöglichkeit gemäß § 6 Abs. 2 UStG 1994 in der Fassung des Budgetüberleitungsgesetzes 1998 Gebrauch macht, sodass der Kaufpreise der Umsatzsteuer unterliegt. Die Begleichung der Umsatzsteuer erfolgt durch Überrechnung auf den Finanz-

BG 016 TZ 4391/2016

amtskonten gemäß § 211 Abs. 1 lit.g BAO. Die kaufende Partei verpflichtet sich, fristgerecht den Antrag auf Überrechnung der Umsatzsteuer vom Finanzamtskonto der kaufenden Partei auf das Finanzamtskonto der verkaufenden Partei zu stellen. Sollte die Überrechnung aus einem von der kaufenden Partei zu vertretenden Grund nicht spätestens am zwölften des zweitfolgenden Monats nach Übergabe des Kaufgegenstandes stattgefunden haben, hat die kaufende Partei den Umsatzsteuerbetrag an die verkaufende Partei zu bezahlen.

- 2.3 Die kaufenden Partei hat am 30.08.2016 einen Teilbetrag von € 75.000,-- und am 07.09.2016 einen weiteren Teilbetrag von € 75.000,-- an die verkaufende Partei direkt zur Auszahlung gebracht. Der restliche Nettokaufpreis in Höhe von € 950.000,-- ist bis 31.10.2016 auf das Treuhandkonto des Urkundenverfassers zur Einzahlung zu bringen. Der Urkundenverfasser erhält als gemeinsamer Treuhänder den einseitig unwiderruflich Treuhandauftrag, den bei ihm treuhändig hinterlegten Nettokaufpreis an die verkaufende Partei zur Auszahlung zu bringen, sobald das lastenfreie Eigentumsrecht der kaufenden Partei sowie das der Finanzierung des Kaufpreises dienende Pfandrecht (auch als Simultanpfandrecht ausgestaltet) ob den kaufgegenständlichen Liegenschaftsanteilen einverleibt worden ist. Allfällige Treuhandzinsen sowie Kontoführungsspesen fallen der verkaufenden Partei zu. Die Zustellung des Grundbuchsbeschlusses und der Eintritt der Rechtskraft desselben ist nicht Auszahlungsvoraussetzung. Es genügt die Einsicht in das elektronische Grundbuch.
- 2.4 Gleichzeitig mit dem Erlag des Nettokaufpreises ist die Grunderwerbsteuer und gerichtliche Eintragungsgebühr im Betrage von insgesamt € 60.720,-beim Urkundenverfasser auf das Anderkonto IBAN AT19 1200 0006 0241 8816, BIC: BKAUATWW, bei der UniCredit Bank Austria AG, zum Zwecke der Weiterleitung an das Finanzamt für Gebühren und Verkehrssteuern im Rahmen der EDV-Selbstbemessung treuhändig zu hinterlegen.
- 2.5 Für den Fall, dass die *kaufende Partei* mit dem treuhändigen Erlag des Kaufpreises in Verzug gerät, ist die *verkaufende Partei* berechtigt, unter Setzung einer Nachfrist von 14 Tagen vom Kaufvertrag zurückzutreten.
- 2.6 Die verkaufende Partei bestätigt gegenüber dem Urkundenverfasser, dass sie eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft gemäß § 1 Abs 2 Körperschaftssteuergesetz 1988, ist und unter § 7 Abs 3 KStG fällt und daher die §§ 30b und 30c EStG nicht anwendbar sind.

3. Übergabe:

- 3.1 Die Übergabe des Kaufgegenstandes in den physischen Besitz der kaufenden Partei erfolgt nach Treuhanderlag des Kaufpreises und Fertigstellung der Umbauarbeiten am 01.11.2016. Der Tag der tatsächlichen Übergabe, 0:00 Uhr, gilt auch als Stichtag für den Übergang von Gefahr, Nutz und Last und als Verrechnungsstichtag für alle mit dem Besitz und Eigentum des Kaufgegenstandes verbundenen Aufwendungen.
- 3.2 Auf eine Verrechnung eines allenfalls vorhandenen Guthabens aus dem Instandhaltungsfond sowie eines aufgrund der Betriebskostenjahresabrechnung sich ergebenden Saldos bzw. Guthabens wird einvernehmlich verzichtet. Eine allfällige Verrechnungsdifferenz bei der Hausverwaltung, die sich aus der Einhebung von monatlichen Pauschalbeträgen ergibt, wird von der kaufenden Partei verrechnungsfrei zur Zahlung bzw. als Guthaben übernommen. Zum

BG 016 TZ 439 1/2016

Zeitpunkt des Übergabestichtags aus diesem Titel bereits vorhandene offene Zahlungsverpflichtungen oder festgestellte Rückverrechnungsansprüche treffen noch die Verkäuferseite bzw. stehen dieser zu.

4. Gewährleistung:

- 4.1 Die verkaufende Partei haftet im Rahmen der gesetzlichen Gewährleistung für die von ihr durchgeführten Umbau- und Sanierungsarbeiten. Für ein bestimmtes Ausmaß des Geschäftslokals bzw. des Gartens wird ebenso wenig gehaftet, wie für eine bestimmte Ertragsmöglichkeit des Kaufgegenstandes.
- 4.2 Die verkaufende Partei haftet dafür, dass der Kaufgegenstand mit Ausnahme der sich aus dem Wohnungseigentum ergebenden Beschränkungen in das freie und unbelastete Eigentum der kaufenden Partei übergeht und dass daran niemandem Rechte zustehen, insbesondere nicht solche, die kraft Gesetzes auch Dritten gegenüber wirken und nicht im Grundbuch eingetragen sind, wie etwa Gebühren- und Abgabenrückstände, öffentlich-rechtliche Verbindlichkeiten sowie Betriebskostenrückstände oder sonstige Forderungen der Miteigentümergemeinschaft bzw. der Hausverwaltung. Die verkaufende Partei erklärt und steht dafür ein, dass keine baubehördlichen Aufträge vorliegen, dass der Kaufgegenstand nicht streitverfangen ist und keine Beschlüsse der Miteigentümer zur Vornahme von Erhaltungsarbeiten gefasst wurden.
- 4.3 Die kaufende Partei bestätigt, von der verkaufenden Partei den Energieausweis erhalten zu haben.

Wohnungseigentum:

- 5.1 Die *kaufende Partei* erwirbt den *Kaufgegenstand* in der Absicht, nach Vorliegen des Nutzwertgutachtens Wohnungseigentum am kaugegenständlichen Geschäftslokal Top 1 Garten zu begründen.
- 5.2 Die gegenseitigen Rechte und Pflichten in Bezug auf die Begründung von Wohnungseigentum wurden in Punkt V des mit der Wohnungseigentumsorganisatorin abgeschlossenen Kaufvertrages vom 03.03.2016, Anlage 5.2, festgelegt. Die verkaufende Partei überträgt der kaufenden Partei hiermit alle sich daraus ergebenen Rechte (insbesondere den Anspruch auf Begründung von Wohnungseigentum) und Pflichten. Die kaufende Partei erklärt die Vertragsannahme und übernimmt die der hier verkaufenden Partei in Punkte V. des Kaufvertrages, Anlage 5.2, auferlegten Verpflichtungen, insbesondere die Verpflichtung nach Vorliegen des Nutzwertgutachtens Wohnungseigentum zu begründen.

6. Allgemeine Vertragsbestimmungen:

- 6.1 Die kaufende Partei erklärt an Eides statt, dass sie ihren Sitz in Österreich hat und an ihr Ausländer im Sinne der Punkte 1. oder 2. des § 2 des Wiener Ausländergrunderwerbsgesetzes 1998 nicht überwiegend beteiligt sind.
- 6.2 Dieser Kaufvertrag wird in einer Ausfertigung errichtet, welche der kaufenden Partei verbleibt. Die verkaufende Partei erhält auf eigene Kosten eine beglaubigte Abschrift.

2016-09-08

BG 016 TŽ 4391/2016

- 6.3 Die Vertragsteile bevollmächtigen Herrn Rechtsanwalt Dr. Hartmut MAYER, geb. 29.08.1942, Fichtegasse 2A, 1010 Wien, allfällige Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages in ihrem Namen in einfacher oder beglaubigter Form vorzunehmen, die gegebenenfalls zur grundbücherlichen Durchführung des Vertrages erforderlich sind. Die Parteien bevollmächtigen den oben Genannten darüber hinaus, den Bescheid über die Grunderwerbsteuer sowie die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung in Empfang zu nehmen, in ihrem Namen das Grundbuchsgesuch einzubringen und Grundbuchsbeschlüsse in Empfang zu nehmen.
- 6.4 Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung dieses Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben, insbesondere die Grunderwerbsteuer, die staatliche Eintragungsgebühr und die Kosten des Urkundenverfassers trägt die kaufende Partei. Festgehalten wird, dass die kaufende Partei den Auftrag zur Vertragserrichtung erteilt hat. Jede Partei trägt die Kosten ihres Rechtsfreundes selbst.
- 6.5 Die Vertragsteile erklären, sich über den Wert der Kaufgegenstandes Wohnung genaue Kenntnis verschafft zu haben und diesen Vertrag aus besonderer Vorliebe zu schließen, weshalb eine Anfechtung des Vertrages wegen Verletzung über oder unter die Hälfte des wahren Wertes ebenso ausgeschlossen ist, wie eine Anfechtung wegen Irrtums.
- 6.7 Falls irgend eine Bestimmung dieses Vertrages ungültig oder nicht durchsetzbar ist, soll diese Ungültigkeit oder Nichtdurchsetzbarkeit nur diese Bestimmung betreffen und in keiner Weise irgend welche anderen Bestimmungen dieses Vertrages beeinträchtigen oder berühren, ungültig oder undurchsetzbar machen. In diesem Falle ist die ungültige oder undurchsetzbare Bestimmung durch eine gültige oder durchsetzbare Bestimmung zu ersetzen, die dem von den Parteien gewollten Vertragsinhalt am nächsten kommt.
- 6.8 Dieser Vertrag stellt die gesamte Vereinbarung zwischen den Parteien dar, mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen bedürfen der Schriftform.
- 6.9 Als Gerichtsstand für alle aus diesem Vertrag resultierenden Streitigkeiten wird das sachlich in Betracht kommende Gericht für den 1. Wiener Gemeindebezirk vereinbart.
- 6.10 Die Parteien erklären, dass sie mit der elektronischen Archivierung aller zur Einverleibung Ihres Eigentumsrechts erforderlichen Urkunden einverstanden sind.

7. Aufsandungserklärung:

- 7.1 Sohin erteilt die verkaufende Partei ihre ausdrückliche Einwilligung, dass ohne ihr weiteres Wissen und Zutun, jedoch nicht auf ihre Kosten, ob den in Vertragspunkt 1.1 n\u00e4her bezeichneten Liegenschaftsanteilen der EZ 248 Katastralgemeinde 01605 Floridsdorf, das Eigentumsrecht f\u00fcr die kaufende Partei einverleibt werden kann.
- 7.2 Die Parteien erteilen des weiteren ihre Zustimmung, dass ob dieser Liegenschaft, die Übertragung der Anmerkung der Zusage der Einräumung von

BG 016 T254391/2016

Wohnungseigentum gemäß § 40 Abs. 2 WEG 2002, an **Geschäftslokal Top 1 Garten** für die *kaufende Parte*i bewilligt wird.

Anlage: 5.2 Auszug aus dem Kaufvertrag vom 03.03.2016

Wien, am 08.09.2016

Praterstraße 67 Immobilienbetriebs GmbH FN 227206b

Sveta Immobilien GmbH

FN 397621m

BG 016 TZ 4391/2016

~(#

V. Vertragszweck / Nutzwertfestsetzung / Wohnungseigentumsbegründung

1.) Die Käuferin erwirbt die kaufgegenständlichen Miteigentumsanteile, wie schon erwähnt, zum Zwecke der Begründung von Wohnungseigentum am Geschäftslokal Top 1 Garten. Die Verkäuferin behält sich vor, diese formelle Wohnungseigentumsbegründung erst nach Vorliegen eines endgültigen Nutzwertgutachtens, d.h. dem Feststehen der endgültigen Liegenschaftsmiteigentumsanteile sämtlicher wohnungseigentumsfähiger Objekte des gegenständlichen Hauses, durchzuführen.

Die Käuferin nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass der auf den Vertragsgegenstand entfallende Nutzwert gemäß § 8 WEG 2002 noch nicht endgültig festgesetzt ist, und unterwirft sich schon jetzt der auf der Grundlage eines von der Verkäuferin beauftragten Sachverständigen vorzunehmenden Festsetzung. Die Käuferin erklärt ausdrücklich, mit der Bestellung dieses oder auch eines anderen Sachverständigen nach Wahl der Verkäuferin einverstanden zu sein. Die daraus resultierenden Kosten trägt die Verkäuferin.

- 2.) Im Hinblick darauf, dass der gegenständliche Kaufvertrag auch zum Zwecke der Begründung von Wohnungseigentum an der gegenständlichen Liegenschaft geschlossen wird, verpflichten sich beide Vertragsparteien in Ergänzung der vorstehenden Bestimmungen für sich und ihre Rechtsnachfolger unwiderruflich
- (a) wechselseitig und überdies gegenüber allen übrigen jetzigen oder zukünftigen Miteigentümern der Liegenschaft, an dieser unverzüglich nach Vorliegen des endgültigen Nutzwertgutachtens Wohnungseigentum zu begründen, wobei der Käuferin bzw. seinen allfälligen Rechtsnachfolgern das Wohnungseigentum am Geschäftslokal Top 1, allen übrigen Miteigentümern der Liegenschaft bzw. deren allfälligen Rechtsnachfolgern jedoch das Wohnungseigentum an den übrigen wohnungseigentumsfähigen Objekten des gegenständlichen Hauses einzuräumen ist;
- (b) sich dem Gutachten über die Nutzwertfestsetzung bzw. einem allfälligen Bescheid über die Nutzwertfestsetzung ohne jede Einrede zu unterwerfen (ausgenommen offensichtlichen Irrtum);
- (c) der allfällig, aus welchen Gründen immer notwendigen unentgeltlichen Berichtigung (unter Verzicht auf Entschädigung und ohne Einfluss auf den Kaufpreis) ihrer Miteigentumsanteile auf den Mindestanteil im Sinne des § 2 Abs. 9 WEG 2002 zuzustimmen;
- (d) alle Erklärungen abzugeben, Urkunden zu unterfertigen und Handlungen zu billigen, die zur unentgeltlichen Berichtigung ihrer Miteigentumsanteile auf den Mindestanteil und den dazu notwendigen Anteilsübertragungen sowie der grundbücherlichen Durchführung notwendig sind;
- (c) der Vertragsverfasserin alle zur Durchführung der ihr übertragenen Aufgaben etwa weiters erforderlichen Erklärungen und/oder Originalunterlagen (wie zB den Staatsbürgerschaftsnachweis etc.) über Aufforderung jeweils ohne Verzug zur Verfügung zu stellen;
- (f) überhaupt alles vorzukehren, was der ehest möglichen Begründung von Wohnungseigentum an den einzelnen Wohnungseigentumsobjekten dienlich ist;
- (g) das Wohnungseigentum an den anderen Wohnungseigentumsobjekten der gegenständlichen Liegenschaft in verbücherungsfähiger Form einzuräumen;

BG 016 TZ 4391/2016

- (h) allen späteren Erwerbern von Liegenschaftsanteilen sowic Wohnungen zugesagten Einräumungen von Wohnungseigentum zuzustimmen und die zur Erwirkung von diesbezüglichen Anmerkungen gemäß § 40 Abs. 2 WEG 2002 erforderlichen Handlungen zu setzen, insbesondere Urkunden zu unterzeichnen. Die Käuferin verpflichtet sich hierzu binnen einer Frist von 14 (vierzehn) Tagen ab Aufforderung;
- (i) alle diese Verpflichtungen auf etwaige Rechtsnachfolger mit der Verpflichtung der weiteren Überbindung zu überbinden.
- 3.) Bis zu dieser formellen Begründung von Wohnungseigentum verzichten die Vertragsparteien ausdrücklich auf die Einbringung einer Teilungsklage und verpflichten sich, diese Verpflichtung mit der weiteren Verpflichtung zur Überbindung an allfällige Rechtsnachfolger zu überbinden.
- 4.) Die Vertragsteile erteilen der Vertragserrichterin am Tage der Vertragsunterfertigung den Auftrag, im Sinne des Sachverständigengutachtens den Wohnungseigentumsvertrag zu verfassen und den Vertragsparteien zur Unterfertigung vorzulegen. Die Vertragsparteien sind verpflichtet, den Wohnungseigentumsvertrag, welcher ihnen im Entwurf bekannt ist, binnen 14 Tagen nach Vorlage beglaubigt zu unterfertigen und an die Vertragsverfasserin wieder auszufolgen. Die Käuferin wurde von der Vertragsverfasserin über die wesentlichen Rechte und Pflichten, die sich aus der Nutzung der Wohnungseigentumseinheit ergeben, informiert.
- Zur Sicherstellung der Erfüllung dieser Verpflichtung und zur Vermeidung einer etwaigen Verzögerung dieser zukünstigen Wohnungseigentumsbegründung, zB. durch Ortsabwesenheit oder sonstige Ver- oder Behinderung einer Vertragspartei, erteilen die Vertragsparteien hiermit - und aus abwicklungstechnischen Gründen auch nochmals mit gesonderter Urkunde - der Vertragsverfasserin RA Dr. Susanne Pertl, geb. 26.11.1969, 1060 Wien, Loquaiplatz 13/19, für sich sowie für ihre etwaigen Erben oder sonstigen Rechtsnachfolger im Miteigentum an der gegenständlichen Liegenschaft Allgemein- und Spezialvollmacht mit dem nachstehend bezeichneten Inhalt und dem einseitig unwiderruflichen Auftrag, den zukünftigen Wohnungseigentumsvertrag sowie alle sonstigen zur Wohnungseigentums-begründung an sämtlichen wohnungseigentumsfähigen Objekten dieser Anlage und zur Herstellung der Grundbuchsordnung dieser Liegenschaft (wie z.B. Einholung der endgültigen Nutzwertberechnung, allfällig erforderliche Anteilsberichtigungen gemäß dieser endgültigen Nutzwertberechnung, etc.) etwa noch erforderlichen oder zweckmäßig erscheinenden Urkunden oder Eingaben zu verfassen, zu fertigen und durchzuführen - dies alles unter ausdrücklicher Genehmigung des Selbstkontrahierens sowie alle diesbezüglichen Zustellungen entgegen zu nehmen. Im Übrigen wird auf Vertragspunkt XII. Abs 3.) verwiesen.

BG 016 TZ 4391/2016

6.8. Mietvertrag

Mietvertrag MAV 12/2017

Zwischen

Sveta Immobilien GmbH

Schellinggasse 3/11

A-1010 Wien, ATU 68008014

im Folgenden kurz "Vermieter" genannt - einerseits und

und

Praterstrasse 67 Immobilien GmbH

Waldmüllergasse 12/1

A-1200 Wien, ATU 56696926

im Folgenden kurz "Mieter" genannt – andererseits wie folgt:

Mietgegenstand

Geschäftslokal in 1210 Wien, Hoßplatz 13, LOKAL 1 plus Garten, siehe Anhang PLAN

Verwendung des Mietgegenstandes

- 1. Der Mietgegenstand soll zur Nutzung als Verkaufslokal dienen.
- 2. Der Mieter erklärt ausdrücklich, keine Gefahrengüter zu lagern.
- Firmen- und Reklameschilder, Plakate usw. dürfen an für den Mieter geeigneten
 Stellen angebracht werden. Die diesbezüglichen, behördlichen Genehmigungen sind vom Mieter einzuholen.

Mag. Georg Strafella

Vertragsdauer

Das Miet Verhältnis beginnt am 01-01-2017 und wird unbefristet gewährt.

Übergabe und Übernahme

Die Übergabe und Übernahme des Mietgegenstandes erfolgt am 01-01-2017. Der Mieter verpflichtet sich, dem Vermieter den Mietgegenstand in ordnungsgemäßen Zustand zu übergeben.

Mietentgelt

Das Mietentgelt beträgt EUR 5000,- inkl. akonto- Betriebskosten, sowie inkl. der gesetzlichen 20% Umsatzsteuer. → Gesamt Brutto 6720 €uro

Der Mietentgelt ist jeweils im Vorhinein und bis spätestens am 5. eines jeden Monats auf das vom Vermieter bekannt gegebene Konto IBAN AT12 2024 1050 0005 3545 zu überweisen.

Wertsicherung

Der Mietzins wird durch den vom Österreichischen Statistischen Zentralamt verlautbarten monatlichen Index der Verbraucherpreise 200 = 100 wertgesichert. Die Anpassung erfolgt jeweils zum 1. Jänner eines jeden Jahres, bezogen auf die zu diesem Zeitpunkt zuletzt veröffentlichte Indexzahl. Die neue Indexzahl bildet jeweils die Ausgangsbasis für die Errechnung der weiteren Überschreitungen. Schwankungen unter 5 Prozent des letztgültigen Mietzinses bleiben unberücksichtigt. Sollte dieser Index nicht mehr verlautbart werden, gilt jener Index als Grundlage für die Wertsicherung, der diesem Index am meisten entspricht.

Kaution

Der Vermieter verzichtet auf die Hinterlegung einer Kaution.

Kosten

Die mit der Errichtung und Vergebührung dieses Nutzungsvertrages verbundenen Kosten und Gebühren trägt der Mieter.

Rückstellung des Mietgegenstandes

Mit Beendigung des Mietvertrages hat der Mieter den Mietgegenstand an den Vermieter geräumt und besenrein zu übergeben.

Sonstiges

- Neben dem gegenständlichen Mietvertrag bestehen keine mündlichen
 Nebenabreden; Änderungen; Ergänzungen sowie Aufkündigung bedürfen zu ihrer
 Wirksamkeit der Schriftform.
- Zur Entscheidung aller sich aus diesem Vertrag ergebenden Streitigkeiten wird als ausschließlicher Gerichtsstand die Zuständigkeit des Bezirksgerichtes Innere Stadt Wien vereinbart.
- Dieser Mietvertrag wird in zwei Ausfertigungen errichtet, wobei jeder Vertragspartner eine Ausfertigung erhält.
- 4. Der Mieter hat das RECHT das LOKAL unterzuvermieten innerhalb des Familienkreises des Mieters.

Wien, am 02-01-2017

Praterstr/67 Immobilienbetriebs GmbH 1200 Wien, Waldmüllergasse 12/1a Fn: 227206b, ATU 56696926

praler67 gmbh@gmail.com

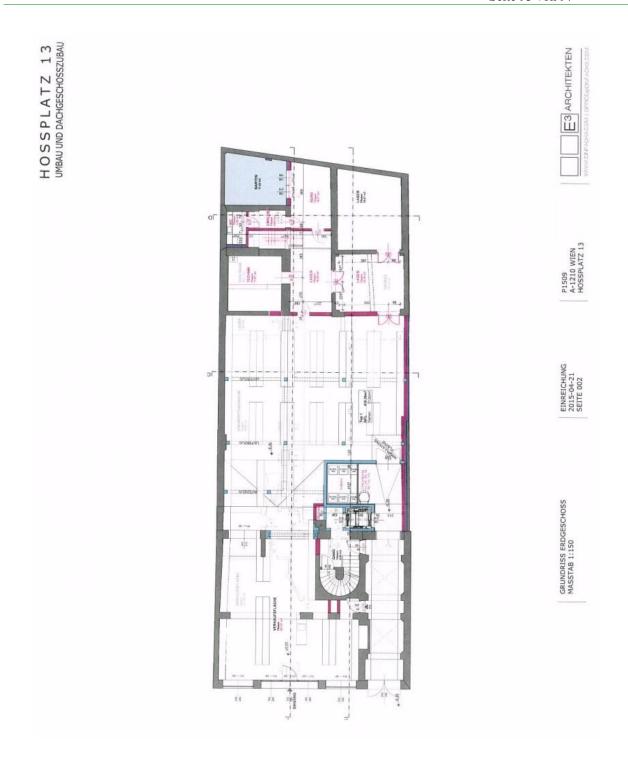
Sveta Immobilien GmbH

1010 Wier, Schellinggasse 3/411 FN 397624m, UIO ATU68008014 E-Mail: office@svetaimmobilien.at

Praterstrasse 67 Immobilien GmbH

Sveta Immobilien GmbH

Ingesamt samt Beilage 4 Seiten



6.9. Hausverwaltung

6.9.1. Betriebskostenvorschreibung 2024

MAUTNER MARKHOF Immobilienverwaltungsges.m.b.H. 1090 Wien, Schubertgasse 13/5

Firma Sveta Immobilien GmbH

Schellinggasse 3/11 1010 Wien UID ATU68008014 Rechnung 2024-05100-000051 01.06.2024/MA

Ihre Vorschreibung per Juni 2024 5100/001-0 Top GL 1 1210 Wien, Hossplatz 13

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hiermit erhalten Sie Ihre Vorschreibung, welche bis auf Widerruf als Dauerrechnung gilt. Ihre Vorschreibung setzt sich wie folgt zusammen:

Betriebskosten 20%	409,440/1.050,240 Anteile	800,00	20,0%
Rücklage Ansparung	474,0/1.004,0 Anteile	247,86	0,0%
BK Abrg VJ 20%	409,440/1.050,240 Anteile	-2.032,42	20,0%
Netto		-984,56	€
USt		-246,48	€
Gesamtbetrag (Gutschrift)		-1.231,04	€

Die Rechnungslegung erfolgt im Namen unseres in der Fußzeile angeführten Auftraggebers. Sollten Sie uns mittels Einzugsverfahren beauftragt haben, besteht Ihrerseits kein Handlungsbedarf. Bei Überweisung mittels Telebanking ist bitte die EDV/Top Nr. anzuführen.

Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung. Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

Mautner Markhof Immobilien Verwaltungs Ges.m.b.H. 1090 Wien, Schubertgasse 13/5+6 office@mm-immo.at Tel. 01 47 00 911

© npf 1989-2024 V 6.36.10 (im-livs) Lizenz 2610165 Im Namen, im Auftrag und auf Rechnung: Wohnungseigentümergem. Hossplatz 13 1210 Wien - UID ATU72921626 RLB NÖ-Wien - IBAN AT61 3200 0125 1303 4681 - BIC RLNWATWW - lautend auf: WEG 21,Hosspl.13

Mautner Markhof Immobilienverw.GmbH., Schubertgasse 13/5+6, A-1090 Wien, Tel. 01/47 00 911 e-mail office@mm-immo.at, UID ATU56044701, FN 212035 t

6.9.2. Vorausschau 2024

An die Wohnungseigentümer/innen der Liegenschaft

Hossplatz 13 A-1210 Wien I M M O B I L I E N VERWALTUNGSGES.M.B.H.

Schubertgasse 13/5-6 1090 Wien Telefon +43 1 47 00 911 e-mail office@mm-immo.at www.mm-immo.at FN 212035 t UID Nr.ATU56044701 BIC: RLNWATWW IBAN: AT61 3200 0125 1303 4681

Wien, 14.12.2023

Vorausschau auf das Wirtschaftsjahr 2024

gemäß §20 Abs.2 WEG 2002

Sehr geehrte Wohnungseigentümer/innen,

die Vorausschau für 2024 wurde unter Berücksichtigung der bisherigen Kostenentwicklung und der zu erwartenden Veränderungen erstellt.

Betriebskosten:

Es ist für das Wirtschaftsjahr 2024 mit einer generellen Preiserhöhung zu rechnen.

Die monatlichen <u>Akontobeträge</u> der allgemeinen Betriebskosten werden mit € 1,95/NFL eingehoben. Für die Lift-<u>Akontobeträge</u> werden € 0,23 vorgeschrieben.

Instandhaltung:

Die Ansparung der Instandhaltungsrücklage beträgt derzeit ca. € 1.400,-Die monatliche Zuführung beträgt ab 2024 € 525,12, das entspricht € 0,50 /NFL.

Geplante Instandhaltungen:

Wir teilen Ihnen mit, dass folgende Arbeiten für das Jahr 2024 vorgesehen sind:

Fertigstellung der Liegenschaft.

Reparaturen bzw. Investitionen werden – mit Ausnahme in Fällen von Gefahr im Verzug – im Einvernehmen mit der Eigentümergemeinschaft festgesetzt und durchgeführt.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Überblick gedient zu haben, legen diesem Schreiben die Vorschreibungen für das Jahr 2024 bei, und wünschen Ihnen alles Gute für das neue Jahr.

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen

Mautner Markhof Immobilien Verwaltungsges.m.b.H Mail: office@mm-immo.at